

Kommune 21

Digitalisierung, E-Government, Informationstechnik

Cybersecurity

KI-Werkzeuge erhöhen die Gefahr

E-Government

- **Meßstetten:**

Mit eigens eingerichteter Stabsstelle Digitalisierung zur papierlosen Verwaltung

Informationstechnik

- **Kommunale:**

Die Messebesucher erwarten Innovationen, Impulse und praxisnahe Lösungen

Praxis

- **Frankfurt am Main:**

Open-Source-Projekt GA-Lotse soll das Gesundheitsamt in die Zukunft bringen



Spezial

- **OZG:**

In kleinen Kommunen fällt die Bilanz bei der Umsetzung der Vorgaben ernüchternd aus

Kita-Platzvergabe leicht gemacht



**Infotag E-Government am
04. November 2025 in Hannover**



- 49 Vorträge und Workshops
- persönliche Beratung mit Blick in die Software

Jetzt anmelden unter:
www.egov-infotag.de/hannover

Digitale Kita-Platzvergabe

Die trägerübergreifende Voranmeldung ermöglicht Kommunen, Trägern und Kitas eine effiziente Platzvergabe. Mit zahlreichen benutzerfreundlichen Funktionen vereinfacht NOLIS | Kita-Platz dabei den gesamten Vergabeprozess.

Tipp

**Eltern-Login
mit BundID**

Das Kita-Portal

Mit dem Kita-Portal finden Eltern schnell und unkompliziert passende Betreuungsangebote in ihrer Kommune. Die Voranmeldung wird anschließend in wenigen Schritten online ausgefüllt und abgeschickt.



NOLIS | Kita-Platz

- **Übersichtlich:** Alle Einrichtungen auf einen Blick
- **Praktisch:** Online-Voranmeldung für Wunsch-Kitas
- **Effizient:** Zentrale Vergabe von Betreuungsplätzen

www.nolis-kitaplatz.de | info@nolis.de | 0 50 21 - 88 77 555



Liebe Leserinnen und Leser,

Cyberkriminalität wird für die Kommunen immer mehr zur Bedrohung. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik wurden allein 2024 in Deutschland über 130.000 Fälle registriert. Ransomware-Angriffe verursachen weiterhin die größten Schäden. Mit dem Einzug von Künstlicher Intelligenz hat sich die Bedrohungslage noch einmal verschärft: Passwörter knacken, Phishing-Mails verfassen oder Schadcode erzeugen – all das gelingt dank KI schneller und in nie dagewesener Qualität. Immerhin hilft KI auch bei der Abwehr von Angriffen. (Seite 14)

Wie können Kommunen reagieren? Entscheidend ist, Informationssicherheit nicht als einmalige Maßnahme, sondern als kontinuierlichen Prozess zu verstehen. Hanau zeigt, wie das geht: Mit ISO-27001-Zertifizierung, KI-gestützten Abwehrsystemen und der Einbindung in Sicherheitsnetzwerke verfolgt die BeteiligungsHolding Hanau eine langfristige Strategie. (Seite 16) Doch auch im Ernstfall ist der Zusammenhalt entscheidend. Die Gemeinde Kinkel konnte einen Cyberangriff nicht zuletzt deshalb erfolgreich bewältigen, weil umliegende Kommunen schnell Unterstützung leisteten. Ebenso wichtig war die Kommunikation mit der Öffentlichkeit, die Vertrauen schuf. Bürgermeister Dominik Hochlenert bringt es auf den Punkt: „Die kommunale Familie hat hier zusammengehalten.“ (Seite 18)

Das zeigt: Cybersecurity ist nicht nur eine technische, sondern auch eine organisatorische und soziale Aufgabe. Sie verlangt Wachsamkeit, Investitionen – und den Willen zur Zusammenarbeit über Verwaltungsgrenzen hinweg.

Ihr



Alexander Schaeff



Jürgen Altmann

Beschleunigen und vereinfachen Sie mit dem **Virtuellen Bauamt 2.0** die Prozesse im Baugenehmigungsverfahren.

Das **Virtuelle Bauamt 2.0** bringt alle Beteiligten im Bauantrag digital zusammen. So schafft es mehr Transparenz, Geschwindigkeit und Effizienz.



- virtueller Projektraum führt Beteiligte, Unterlagen und Prozesse zusammen
- stringente Unterstützung über den gesamten Antragsprozess hinweg
- höhere Qualität in eingehenden Anträgen erleichtert Bearbeitung
- Geschwindigkeit und Einsparungen durch vollständig digitale Aktenführung
- jederzeit Transparenz über den Verfahrensstand für alle Beteiligten
- einfache Anbindung an alle relevanten Fachverfahren
- zukunftssicher durch Konformität mit XBau 2.3.1 und OZG 2.0

Lernen Sie das Virtuelle Bauamt 2.0 im Video auf unserer Webseite kennen: www.cit.de/vba



cit GmbH
Kirchheimer Str. 205
73265 Dettingen/Teck
(0 70 21) 950 858-0
info@cit.de

E-Government

Digitalisierung: Zehn-Punkte-Plan zur Förderung 10

Meßstetten: Mit Stabsstelle Digitalisierung auf dem Weg zum papierlosen Rathaus 12

Titel

IT-Sicherheit: Angriff und Abwehr mit KI 14

Hanau: Wie sich Hessens kleinste Großstadt gegen Cyberbedrohungen rüstet 16

Kirkel: Cyberangriff erfolgreich begegnet 18

Clouddienste: Fachkräftemangel und Digitalisierungsdruck rückt Cloud in den Fokus 20

Informationstechnik

Kommunale: Innovationen, Impulse und praxisnahe Lösungen 22

Statements: Bayerischer Gemeindetag und Gemeindetag Baden-Württemberg zur Kommunale 24

Messe-News: Produkte und Aussteller der Kommunale 26

Kita-Lösungen: Kita und Tagespflege stehen zunehmend in Konkurrenz 30

Kitas: Herausforderungen gestalten 32

Lösungen: Ganzheitliche Lösung für den frühkindlichen und angrenzende Bereiche 34

Merseburger Digitaltage: Signal für Innovation und Zusammenarbeit gesendet 35

Praxis

Frankfurt am Main: Open-Source-Lotse für das Gesundheitsamt 36

Bochum/Gelsenkirchen: Stadtentwicklung dank Augmented Reality für alle erlebbar 38

Ahaus: Alles in der SuperApp ... 40

Eppingen: Dienstanweisung für KI 41

Spezial

OZG-Umsetzung: Kleine Kommunen ziehen ernüchternde Bilanz 42

Niedersachsen: Wie das Land die Kommunen bei der OZG-Umsetzung unterstützt 44

Jagdwesen: Heidekreis profitiert von Onlinediensten 46

Bürgerservice: Flexibles Vorgehen beschleunigt Digitalisierung 48

Meldewesen: Erfolgsprojekt Elektronische Wohnsitzanmeldung 50

Rubriken:

Editorial 3
News 6
IT-Guide 51
Vorschau, Impressum 58



IT-Sicherheit mit KI

Künstliche Intelligenz macht Hackern das Leben leichter. Aber auch die Verteidigungsseite setzt auf KI, um Angriffe besser zu erkennen oder Sicherheitslücken zu schließen. Welche weiteren Maßnahmen sinnvoll sein können, zeigen beispielhaft Hanau und Kirkel.

ab Seite 14

DAS KOMMUNALE CMS
iKISS

Internet & Intranet 100 % kommunal

- ✓ CMS
- ✓ Beratung & Design
- ✓ Schulung & Support
- ✓ Rechenzentrum & DSGVO
- ✓ BITV & OZG

**Besuchen Sie
uns auf der
KOMMUNALE**
Halle 9 | Stand 441



Scannen & mehr erfahren
advantic.de/k21



iKISS



Landkreis Regensburg

News-Ticker

Arnsberg: Digitale Info-Terminals

Arnsberg plant, in den Ortsteilen Voßwinkel und Bruchhausen digitale Info-Terminals zu installieren, um digitale Angebote auf dem Land zu fördern.

- www.arnsberg.de

Stuttgart: Amtsblatt als ePaper

Wichtige Informationen aus dem Rathaus immer dabei: Das Stuttgarter Amtsblatt kann jetzt auch in einer digitalen Version als ePaper abonniert werden.

- www.stuttgart.de/service/stuttgarter-amtsblatt

Altmark: Meilenstein im Breitbandausbau

Die Altmark ist fast flächendeckend mit schnellem Internet des Netzbetreibers DNS:NET versorgt und nimmt eine Vorreiterrolle in Sachsen-Anhalt ein.

- <https://breitband-altmark.de>

Potsdam: Service weiter verbessert

Potsdam hat den Bürgerservice verbessert. Über Fast Lanes können kurzfristige Termine für Pass- oder Ausweisanträge vereinbart werden.

- www.potsdam.de

Bundesagentur für Arbeit

Pilot in der Delos Cloud

Die Bundesagentur für Arbeit setzt die Delos Cloud in einem Pilotprojekt ein. Wie Delos Cloud mitteilt, soll geprüft werden, ob die Plattform die besonderen Anforderungen einer Bundesbehörde erfüllt. Im Mittelpunkt stehen Anwendungen von Microsoft wie Office 365 und Teams, die von Delos Cloud in Deutschland betrieben werden. Der Test umfasst unter anderem die Entwicklung eines Konzepts für die Migration, die Überprüfung von Leistung und Verfügbarkeit sowie eine umfassende Datenschutzprüfung. Auch eine Wirtschaftlichkeitsanalyse ist vorgesehen. „Wir setzen auf Delos Cloud, um die IT-Landschaft der Bundesagentur für Arbeit vor allem resilienter und zukunftsfähig aufzustellen“, sagte CIO Stefan Latuski. Die Delos Cloud soll ein zentraler Baustein der deutschen Verwaltungs-Cloud-Strategie werden. Sie richtet sich an IT-Dienstleister von Bund, Ländern und Kommunen.

www.arbeitsagentur.de

www.deloscloud.de

StädteRegion Aachen

Online-Servicebüro gestartet

Die StädteRegion Aachen hat gemeinsam mit der Firma Purpleview und dem kommunalen IT-Dienstleister regio iT im Ausländeramt ein Online-Servicebüro eingeführt. Die innovative Lösung ermöglicht es, Verwaltungsprozesse digital, medienbruchfrei und in Echtzeit per browserbasierter Videoberatung von zu Hause aus abzuwickeln. Der erste Prozess sei die Verpflichtungserklärung. Im Testbetrieb können dafür erste Onlineterminale gebucht werden. „Der Einsatz digitaler Werkzeuge wie das Online-Servicebüro ist Teil unseres strategischen Wegs hin zu einer modernen, anpassungsfähigen Verwaltung. Unsere Verwaltungskundinnen und -kunden können so ihre Angelegenheiten bequem und sicher online erledigen, ohne auf persönliche Beratung verzichten zu müssen. Das spart nicht nur Wege, sondern bringt den Service direkt nach Hause“, sagt Städtereionsrat Tim Grüttemeier.

www.staedtereion-aachen.de

Darmstadt

Erfolgreiche Strategie

Eine Kleine Anfrage der Grünen-Stadtverordnetenfraktion hat Darmstadts Oberbürgermeister Hanno Benz dazu genutzt, die Kommunikations- und Social-Media-Strategie der Wissenschaftsstadt detailliert zu erläutern. Die Stadt hatte Anfang 2024 das Amt für Kommunikation gegründet und damit einen umfassenden Transformationsprozess der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit eingeleitet. Ziel sei es, Social Media als selbstverständlichen Teil der städtischen Kommunikationsarbeit zu etablieren – sei es für den Bürgerdialog, Beiträge über kommunalpolitische Entscheidungen und städtische Maßnahmen, Service-Informationen der Verwaltung oder die schnelle und direkte Kommunikation im Krisenfall. „Deshalb wird die Wissenschaftsstadt Darmstadt ihre Social-Media-Präsenz ausbauen, zum Beispiel auf LinkedIn, und die Einführung weiterer Kanäle wie TikTok prüfen“, kündigt Oberbürgermeister Benz an.

www.darmstadt.de

Smart City Index 2025

An der Spitze wird es enger

Im Vorfeld der Smart Country Convention (30. September bis 2. Oktober, Berlin) präsentierte der Branchenverband Bitkom sein Ranking der digitalsten deutschen Großstädte. Zum dritten Mal in Folge kann sich demnach München mit 90,2 von möglichen 100 Punkten als smarteste Stadt Deutschlands behaupten – aber der Abstand zum Verfolger Hamburg (89,6 Punkte) ist nur noch hauchdünn. Neu auf dem Siegerpodest ist die Stadt Stuttgart mit 88,0 Punkten,

die damit Köln (87,9 Punkte) mit einem minimalen Vorsprung vom dritten Platz verdrängt. Auch auf den weiteren Plätzen wartet das Ranking mit einigen Veränderungen auf. So rückt etwa Hannover mit einem Sprung um 34 Plätze auf Rang 7 in die Top 10 vor und hat sich damit binnen eines Jahres so stark verbessert wie noch keine Stadt zuvor. Ebenfalls neu in den Top 10 finden sich laut Bitkom die Städte Düsseldorf (Platz 6, Vorjahr: 17), Leipzig (Platz 9, Vorjahr: 23) und Heidelberg (Platz 10, Vorjahr: 15).

www.bitkom.org/Smart-City-Index

Mehr als eine Cloud für den öffentlichen Dienst.

Eine Plattform für die digital souveräne Verwaltungs-transformation.

Die Delos Cloud wurde speziell für die Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene entwickelt. Sie verbindet höchste Anforderungen an Datenschutz, Sicherheit und Souveränität mit Innovationsgeist und Spitzentechnologie.

Volle Kontrolle und Transparenz

Alle Daten bleiben sicher in Deutschland und unterliegen deutschem und europäischem Recht. So liegt der Betrieb vollständig in deutscher Hand – kein Zugriff aus dem Ausland, keine geteilte Zuständigkeit, keine Kompromisse.

Technologieoffen und flexibel

Delos Cloud ermöglicht den sicheren Betrieb bewährter Microsoft- und SAP-Dienste, die Nutzung von Open-Source-Anwendungen sowie individueller Eigenentwicklungen.

Effiziente, bürgernahe Digitalisierung

Bund, Länder und Kommunen können mit Delos Cloud auf eine vertrauenswürdige Cloud-Infrastruktur zugreifen und sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren: effiziente und bürgernahe digitale Dienstleistungen – ohne Abstriche bei Sicherheit, Transparenz und Compliance.

Für einen digitalen Staat, der bürgernah, intelligent, flexibel und handlungsfähig ist.

Delos Cloud: Das Fundament für den Aufbruch in ein digital souveränes Deutschland.



Um mehr zu erfahren, einfach scannen oder besuchen Sie deloscloud.de

Waghäusel

Bauantrag mit Prosoz

Die baden-württembergische Stadt Waghäusel wurde bei der Umsetzung des digitalen Bauantrags vom Fachverfahrenshersteller Prosoz Herten unterstützt. Ausschlaggebend für die Entscheidung war laut Unternehmensangaben die Möglichkeit, sämtliche Komponenten aus einer Hand zu beziehen. Neben der Baugenehmigungssoftware ProBAUG, die auch in Baden-Württemberg sehr weit verbreitet ist, stellt Prosoz die Onlineplattform für den digitalen Bauantrag zur Verfügung. Die Lösung Prosoz elan comfort ermögliche die Einreichung von Bauanträgen, die digitale Kommunikation zwischen Baurechtsbehörde und Antragstellenden sowie die Beteiligung weiterer Fachbehörden.

www.waghaeusel.de

Landkreis Nienburg/Weser

Digitaler Projekttraum

Der Landkreis Nienburg/Weser hat gemeinsam mit dem Unternehmen cit die vollständige Digitalisierung seines Baugenehmigungsverfahrens realisiert. Seit Januar 2024 bearbeitet die Kreisverwaltung mit der Lösung cit intelliForm Virtuelles Bauamt (VBA) jährlich rund 650 Bauanträge komplett medienbruchfrei – von der Antragstellung bis zur finalen Genehmigung. Ein zentrales Element des digitalen Verfahrens im Kreis Nienburg/Weser ist nach Angaben von cit der digitale Projekttraum, der als zentrale Kommunikations- und Arbeitsplattform dient. Hier tauschen Verwaltung, Entwurfsverfasser und weitere Beteiligte alle relevanten Unterlagen aus und können zeitgleich – statt wie in der Vergangenheit nacheinander – eingebunden werden.

www.lk-nienburg.de

KRZN

Virtuelle Meetings

Das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein (KRZN) hat gemeinsam mit dem Fachbereich Gesundheit der Technischen Hochschule Mittelhessen drei Jahre lang an einer Lösung für virtuelle Meetings gearbeitet. Nun hat das Open-Source-Webkonferenzsystem BigBlueButton in Kombination mit der Benutzeroberfläche PILOS laut KRZN die Zulassung durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW erhalten. Für die Nutzung der Plattform ist keine Installation notwendig – sie läuft vollständig im Webbrowser und ist mit allen Geräten kompatibel. Wie das KRZN weiter mitteilt, wird derzeit von der Stadt Moers der praktische Einsatz von PILOS getestet.

www.krzn.de

Verl

Mit LoRaWAN zur Smart City

Seit dem Jahr 2023 baut die Stadt Verl sukzessive ein LoRaWAN auf. Damit sollen städtische Abläufe effizienter gestaltet, Ressourcen geschont und Bürgerinnen und Bürgern unkompliziert Einblicke in Echtzeitdaten ermöglicht werden. In einem Testfeld werden nun von der Parkplatzerkennung über Wetterstationen bis hin zu intelligenten Müll-eimern unterschiedliche Sensoren und Technologien erprobt. „Uns ist wichtig, dass die Menschen in Verl direkt miterleben können, was mit moderner Sensorik möglich ist. Das digitale Dashboard macht das sichtbar und schafft Transparenz“, erklärt Matthias Frey, der das LoRaWAN-Projekt federführend betreut.

www.verl.de

Studie

KI in smarten Städten

Wie Kommunen Künstliche Intelligenz (KI) erfolgreich nutzen können, zeigt eine neue, vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) veröffentlichte Studie. Sie definiert zunächst, was unter KI zu verstehen ist, welche Risiken und Voraussetzungen für die KI-Integration im kommunalen Kontext gegeben sind und informiert über den ethischen Rahmen des KI-Einsatzes. In einem rechtlichen Exkurs geht sie der Frage nach, in welchem nationalen und europäischen rechtlichen Rahmen sich der KI-Einsatz in smarten Städten und Regionen bewegt. Hier geht es unter anderem um die europäischen Vorgaben des AI Act. Im Fokus stehen dabei die Pflichten für Betreiber, der Datenschutz, das Thema Transparenz und der

verantwortungsvolle Umgang mit KI-Systemen. Anhand ausgewählter Fallbeispiele geht die Studie auch darauf ein, wie KI in den Städten und Regionen aktuell angewendet wird. Abschließend werden Handlungsempfehlungen aufgelistet. Sie sind „entlang strategisch entscheidender Aufgabenfelder im Gestaltungsprozess aufbereitet“. Im ersten Aufgabenfeld geht es darum, wie Grundlagen geschaffen und KI-Impulse gesetzt werden können. Im nächsten Punkt steht die Analyse von KI-Potenzialen in städtischen Handlungsfeldern im Fokus. Es folgen Tipps, wie die KI-Integration strukturiert geplant und umgesetzt werden kann. Auf ethisches Handeln und nachhaltige Rahmenbedingungen konzentrieren sich die Handlungsempfehlungen im vierten Aufgabenfeld

www.bbr.bund.de



Digitale Zeiten brauchen smarte Lösungen.

Smartes Handeln in modernen Kommunen. Mit cosma21 bietet Ihnen ekom21 die führende Lösung im Bereich Smart City/Smart Region. Unabhängig von der Größe ihrer Kommune haben wir die passenden Anwendungen. Smarte Lösungen garantieren verantwortungsvolles Handeln – nicht nur hinsichtlich Klimaschutz, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Werden Sie smart. Wir beraten Sie mit unserem erfahrenen und starken Team! So gelingt Zukunft. Für Sie, mit uns. Weitere Informationen unter: www.ekom21.de/cosma21

Zehn-Punkte-Plan von Vitako L. Hoppmann

Im Rahmen eines Zehn-Punkte-Plans hat die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, Vitako, Vorschläge für eine gezielte Förderung der Digitalisierung erarbeitet. Als wichtiger Aspekt wird dabei die ebenenübergreifende Zusammenarbeit betont.

Bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung geht es um mehr als Onlineformulare oder Portale für einzelne Leistungen. Sie verlangt vielmehr einen tiefgreifenden Umbau des Verwaltungshandelns, bei dem Prozesse, Strukturen, Zuständigkeiten und Infrastrukturen interföderal neu gedacht werden müssen. Welche Elemente für die flächenwirksame Umsetzung der Digitalisierung hierzulande wesentlich sind, hat die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, Vitako, in einem Zehn-Punkte-Plan festgehalten.

Ob die Digitalisierung gelingt, wird nicht allein auf Bundesebene oder in Strategiepapierrunden entschieden, sondern vor allem dort, wo die Verwaltungsleistungen tatsächlich erbracht werden: in den Kommunen. Hier zeigt sich den Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen unmittelbar, ob das Versprechen der digitalen Transformation eingelöst oder erneut vertagt wird. Das macht Kommunen und kommunale IT-Dienstleister zu zentralen Akteuren der Digitalisierung. Sie kennen die Bedarfe, haben Praxiswissen, verfügen über belastbare Infrastrukturen und sind darüber hinaus bereit, Verantwortung zu übernehmen. Als digitaler

Schlüsselfaktor müssen sie deshalb frühzeitig in alle strategischen Entscheidungsprozesse zum Bürokratieabbau und zur Digitalisierung eingebunden werden.

Für die Verwaltungsdigitalisierung braucht es klar definierte Verantwortlichkeiten mit verbindlichen, aber föderal anschlussfähigen Entscheidungswegen. Daran mangelte es bislang. Nun könnte das neu geschaffene Digitalministerium für politische Führung sorgen. Dafür muss es eine entscheidende Rolle in der Governance sowie der Entwicklung einer kohärenten Digitalstrategie spielen. Es sollte sowohl für die Förderung zentraler digitaler Projekte als auch für die Koordination der verschiedenen föderalen Ebenen verantwortlich sein.

Das Digitalministerium erarbeitet leistungsfähige digitale Infrastrukturen, die das Fundament der digitalen Transformation darstellen. Hier ist der Deutschland-Stack ein wichtiger Ansatz. Er ist allerdings nicht als technisches Produkt zu verstehen, sondern als Verwal-



Arbeiten alle Ebenen zusammen, gelingt die Digitalisierung.

tungsplattform, die Basiskomponenten interoperabel bereitstellt und eine föderale Nutzung ermöglicht. Für die kommunale Praxis bedeutet das: Fachverfahren müssen anschlussfähig werden und digitale Signaturen, Payment-Module, Authentifizierungsmöglichkeiten sowie Postfächer verlässlich, zugänglich und integrationsfähig vorliegen. Neben der Software müssen eine organisatorische Architektur, die Beteiligung, die Entwicklung und der Betrieb gemeinsam adressiert werden.

Für den Anschluss und die Integrationsfähigkeit vorhandener Lösungen benötigen die Kommunen Projektmittel. Aber auch darüber

hinaus sind sie auf eine verlässliche, langfristige und angemessene finanzielle Grundlage für die Digitalisierung angewiesen. Um dies sicherzustellen, schlägt der Zehn-Punkte-Plan höhere Steueranteile für Kommunen, gezielte Fonds für die digitale Infrastruktur und neue Wege der interkommunalen Kofinanzierung vor.

Im Sinne der Effizienz muss die digitale Verwaltung neu konzipiert werden. Prozesse werden in diesem Zuge nicht nur digitalisiert, sondern von Anfang bis Ende nutzerzentriert, medienbruchfrei und interoperabel gestaltet. Standardisierte Schnittstellen und offene Plattformen sind dafür unerlässlich. Diese digitale Ende-zu-Ende-Verwaltung entlastet Verwaltungen, Bürger und Unternehmen gleichermaßen. Die Umsetzung des Registermodernisierungsgesetzes bleibt deshalb – bei allen bekannten Schwierigkeiten – eines der zentralen Digitalisierungsvorhaben dieser Legislaturperiode. Dabei braucht es aus Sicht von Vitako klare Regeln und realistische Fristen. Auch muss die Umsetzbarkeit auf kommunaler Ebene fortlaufend überprüft werden. Um Fortschritte sichtbar zu machen, sind alle Maßnahmen vor und während ihrer Umsetzung kontinuierlich anhand klar definierter Erfolgsfaktoren zu evaluieren. Die Kriterien für dieses Monitoringsystem müssen gemeinsam auf föderaler Ebene definiert werden.

Ein weiterer strategischer Leitgedanke des Zehn-Punkte-Plans ist die Digitale Souveränität. Soll diese Sicherheit, Nachnutzbarkeit und Innovation ermöglichen, muss der Einsatz von Open-Source-Lösungen gezielt gefördert werden. Geeignete

Digitalisierung in Deutschland

Zehn-Punkte-Plan von Vitako

In zehn Punkten hält die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, Vitako fest, wie die Digitalisierung in Deutschland gefördert werden kann. Wichtig ist dabei ein gemeinsames Handeln von Kommunen, Ländern, Bund und EU. Die zehn Punkte lauten:

1. Kommunale IT als der digitale Schlüsselfaktor
2. IT nachhaltig und verlässlich finanzieren
3. Digitale Infrastrukturen und Zusammenarbeiten stärken
4. Klare Governance und Standards
5. Alles Ende-zu-Ende-digital
6. Digitale Souveränität als Master-Strategie 2030
7. Resilienz und Sicherheit durch verbindliche Standards
8. Open Source als Baustein der Zukunft
9. „Digital-First“ im Recht verankern
10. Softwareentwicklung und -betrieb nachhaltig sicherstellen

Anwendungsfelder sind Greenfield-Projekte, digitale Basisdienste oder modulare Verwaltungsportale. Wichtig sind hier tragfähige Wartungsmodelle, verlässliche Entwickler-Communities und verbindliche Qualitätsstandards.

Besondere Verantwortung trägt die öffentliche Verwaltung hinsichtlich der Informationssicherheit und des Datenschutzes. Verbindliche, einheitliche und hohe Sicherheitsstandards sind daher auf allen Ebenen unerlässlich. Die kommunale IT ist als Teil der Kritischen Infrastruktur zu betrachten und braucht eigene Vorgaben. Vitako empfiehlt hier abgestufte Sicherheitsstandards, die nach Risikoprofil, personeller Ausstattung und technischer Komplexität unterscheiden. Der Bund ist gefordert, dafür benötigte Mittel zur Verfügung zu stellen.

In Summe plädiert Vitako für ein gemeinsames Handeln von Bund, Ländern, Kommunen und EU. In den vergangenen Monaten ist der Austausch zwischen den kommu-

nalen IT-Dienstleistern, den kommunalen Spitzenverbänden und der Politik intensiver geworden. Diese Dynamik gilt es zu nutzen, damit die Digitalisierung von föderaler Kooperation, kommunaler Expertise und politischer Entschlossenheit getragen werden kann. Soll Deutschland seinen digitalen Rückstand aufholen, braucht es ein abgestimmtes Zielbild, das digitale Ökosysteme von der Kommune bis zum Bund integriert. Auch rechtlich abgesicherte Standards, klare Governance-Regeln, verbindliche Entscheidungen und tragfähige Finanzierungsmodelle samt langfristiger Investitionen sind wichtig, damit die digitale Verwaltung nicht nur punktuell, sondern auch strukturell wirken kann. Fortschritte sind hier kein Selbstzweck, sondern essenziell für die staatliche Souveränität und den Erhalt unserer demokratischen Strukturen.

Lars Hoppmann ist Geschäftsführender Vorstand der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, Vitako.

Tablet statt Tinte

Volker Bitzer

Meßstetten zählt rund 11.000 Einwohner, hat aber eine eigene Stabsstelle Digitalisierung. Das Ziel: Das Rathaus soll Schritt für Schritt zum modernen, digitalen Dienstleistungszentrum gemacht werden.

In Rathäusern hat die Online-welt längst Einzug gehalten. Ein Paradebeispiel dafür, wie eine Kommunalverwaltung aufs digitale Gleis in die Zukunft gehoben werden kann, ist Meßstetten. Die rund 11.000-Einwohner-Stadt im baden-württembergischen Zollernalbkreis leistet sich eine Stabsstelle Digitalisierung mit eineinhalb Mitarbeiterstellen, um auf dem Weg zum papierlosen Rathaus einen Berg an Aufgaben, Vorhaben und Herausforderungen zu meistern.

Die Digitalisierung verändert die Art und Weise, wie Verwaltungsprozesse gestaltet werden. E-Government bietet die Möglichkeit, Behördendienstleistungen online bereitzustellen und somit noch bürgernäher und effizienter zu gestalten. Um aber dieses breite Spektrum an Herausforderungen zu meistern, braucht es Fachwissen. Dieses kann entweder extern sehr teuer eingekauft werden, oder die Experten gehören zur eigenen Belegschaft. Meßstetten entschied sich für den zweiten Weg und hat seit Jahresbeginn 2024 die Stabsstelle Digitalisierung. Deren Leiterin ist Diana Härter. Sie ist Diplom-Medieninformatikerin (FH) und schon seit über fünf Jahren im Rathaus; ihr zur Seite steht seit Mai 2024 Ralf Strienz, der ebenfalls aus-

gebildeter Informatikfachmann ist. Dieser für eine Stadt der Größenordnung Meßstettens besonders professionelle Einstieg in das Metier ist auch Herzensanliegen ihres Behördenleiters, Bürgermeister Frank Schroft.

Die 44-jährige Härter stellt den Aufgabenbereich auf drei tragende Säulen: IT (EDV, technische Unterstützung, Telefonie), Digitale Medien (Homepage, soziale Medien, News-App) und Digitalisierung (E-Government und papierlose Verwaltungsleistungen). Die Ausgangslage ist recht ernüchternd. Es herrscht Fachkräftemangel. „Eine Untersuchung von 2018 ergab, dass im öffentlichen Dienst jeder vierte Beschäftigte über 55 Jahre alt ist und somit bald in Rente geht“, weiß Diana Härter. Hinzu kämen eingeschränktes IT-Know-how und steigende Anforderungen an die IT-Expertise durch den technischen Fortschritt. Rechtliche Forderungen setzten Kommunen zusätzlich unter Handlungsdruck. Hinzu komme der gesellschaftliche Wandel mit der digitalen Transformation und Homeoffice sowie die damit einhergehende Erwartungshaltung von Bürgerinnen und Bürgern an eine



Diana Härter setzt auf Tablet statt Hängeregister.

moderne Verwaltung. Zunächst gilt es laut Härter deshalb, im Rathaus eine technische Basis zu schaffen.

Hier sind die ersten Schritte bereits getan: Für rund 135.000 Euro samt Wartungsvertrag wurden die Arbeitsplätze im Rathaus und die Serverumgebung modernisiert. Die herkömmlichen Desktop-PCs wurden, auch altersbedingt, ausgemustert; die Mitarbeitenden haben nun nagelneue Notebooks mit Dockingstation und je zwei Monitore auf dem Schreibtisch, manche zusätzlich noch Tablets. Diese Variante ermöglicht mobiles Arbeiten, etwa bei gelegentlichen Homeoffice-Tagen oder bei Besprechungen, insbesondere aber bei Außerhaus-Terminen, sei es in der Sozialstation, auf der Baustelle

oder bei Tagungen: Die Rathaus-Bediensteten haben dann alle notwendigen und stets aktuellen Daten – ob Dokumente, Fotos, Pläne oder Kalkulationen – im Notebook dabei und können auf Papiausdrucke weitgehend verzichten.

Was für viele Bürgerinnen und Bürger beim Schlagwort Digitalisierung vielleicht noch recht pauschal klingt, bekommt Kontur, wenn man sich die Beispiele anhört, die Diana Härter gerne anführt, um ihr Arbeitsfeld zu beschreiben: So sollen Onlineformulare zunehmend am heimischen Computer ausgefüllt werden können, beispielsweise um eine Geburtsurkunde zu beantragen, und der Gang zum Rathaus somit entfallen. Ein smarterer Wasserzähler könnte die Ablesung selbst online vornehmen und ein intelligenter Mülleimer den Füllstand automatisch an die Behörde übermitteln. Oder, ganz spannend und greifbar: Touristen könnten mit einer Handy-App beim Vorbeigehen an Sehenswürdigkeiten automatisch Wissenswerte vorgelesen bekommen.

Schon jetzt werden in Meßstetten Informationen zu rund 150 Verwaltungsleistungen über eine Schnittstelle auf der Homepage

www.stadt-messstetten.de zur Verfügung gestellt. Bei 21 davon sind bereits Onlineprozesse hinterlegt. Zudem gilt es, diese Vorgänge intern zu kanalisieren und zwar voll-elektronisch. Wo bisher noch immer Ausdrucke gemacht werden mussten, um Online-Bürgeranliegen zu bearbeiten, soll künftig alles per Datenleitung an die entsprechenden Ämter gehen. Eingehende E-Mails nehmen ihren Weg sowieso, aber auch klassische Post wird nun beim Eingang digitalisiert und elektronisch verteilt. Das Schlagwort heißt E-Akte; ein weiterer großer Schritt hin zur papierlosen Verwaltung. Der digitale Postausgang ist in Meßstetten ebenfalls bereits Wirklichkeit. Anstatt Briefe selbst auszudrucken, einzutüten und zu frankieren, werden diese direkt vom Computer aus auf die Reise geschickt, an die epostbox, einen Dienstleister, welcher alle weiteren Aufgaben erledigt – unter dem Strich sogar günstiger. Weitere Topics sind unter anderem der elektronische Rechnungswork-flow, E-Payment, ein Hallenbeleuchtungstool, die Schuldigitalisierung sowie eine Mitarbeiterapp.

„Ziel ist es, das Rathaus Schritt für Schritt in ein modernes, digitales Dienstleistungszentrum zu verwandeln und alle Verwaltungs-

leistungen bis 2029 digital anbieten zu können, sofern die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür geschaffen sind“, verkündete Bürgermeister Schroft im Juni dieses Jahres beim örtlichen Bürgerempfang.

Bürgerservice und effizientes Arbeiten sind das eine, Zuverlässigkeit und Sicherheit das andere. Dass das Rathaus gegen Hackerangriffe geschützt werden muss und Cyber-sicherheit absolute Priorität hat, ist für Diana Härter ganz klar. Es geht schließlich auch um sensible Daten der Bürgerschaft. Regelmäßige Mitarbeiterschulungen in IT-Sicherheit, eine Notfallplanung mit Alarmierungsschritten und generell eine umfangreiche EDV-Betreuung gehören deshalb mit zum Konzept. In dieses werden nicht nur die Kernverwaltung, sondern auch alle Außenstellen wie Kindergärten, Bauhof oder Sozialstation eingeschlossen. Natürlich gehört auch die Digitalisierung der Schulen zum breiten Handlungsfeld. Härter: „Moderne Glasfaserleitungen sind in Meßstetten gelegt, aber jetzt geht es darum, die Schulen beim Ausbau ihres digitalen Unterrichts zu unterstützen.“

Volker Bitzer ist Pressesprecher der Stadt Meßstetten.

Anzeige

JETZT HANDELN – MIT DIGITALEN LÖSUNGEN FÜR KITA & SCHULE

LITTLE BIRD, WORK4KIDS und KIKOM stehen für:

- Kapazitäten planen und effizient verwalten
- digitale Organisation der Betreuungangebote
- Elternkommunikation modern gestalten
- Fachkräfte finden



QR-Code scannen & Vorteile sichern:

- WORK4KIDS: kostenfreie Stellenanzeige
- LITTLE BIRD: Produktpräsentation vor Ort
- KIKOM: 3 Monate kostenlos testen

IHR
AKTIONSCODE:
K21-DIGITAL



Angriff und Abwehr mit KI

Künstliche Intelligenz unterstützt Kriminelle bei Cyberangriffen, gleichzeitig wird sie zur Gefahrenabwehr eingesetzt. In Kommunen beginnen die Probleme allerdings an ganz anderer Stelle: Sie fallen aus dem IT-Grundschutz.

Laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) wurden im Jahr 2024 innerhalb Deutschlands 131.391 Cybercrime-Fälle begangen. Hinsichtlich des Schadens bleiben Ransomware-Attacken die größte Bedrohung. Wie viele hiervon auf das Konto von Künstlicher Intelligenz (KI) geht, die bei Cyberangriffen immer häufiger mit im Spiel ist, weist die Statistik nicht aus.

Der Einzug von generativer KI und Sprachmodellen wie ChatGPT macht Angreifern jedoch das Leben leichter. Mittels KI-gestützter Anwendungen lassen sich Passwörter erraten, Phishing-Mails verfassen, Deepfakes generieren oder Schadcode programmieren. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) gab bereits im April 2024 den Bericht „Einfluss von KI auf die Cyberbedrohungslandschaft“ heraus. Darin heißt es: „KI, insbesondere LLMs (große Sprachmodelle), senkt die Einstiegshürden und erhöht Umfang und Geschwindigkeit bössartiger Handlungen, einschließlich der Erstellung von Malware, Social-Engineering-Angriffen und der Datenanalyse im Rahmen von Angriffen. Dies führt zu fähigeren Angreifern und qualitativ besseren Angriffen.“

Viele IT-Dienstleister und Rechenzentren stellen eine veränderte Bedrohungslage fest. Ihre Systeme werden tausendfach am Tag attackiert – und genauso routiniert verteidigt. Mit dem Aufkommen von KI allerdings hat sich das Angriffsverhalten hinsichtlich der Geschwindigkeit verändert, was auf einen hohen Automatisierungsgrad zurückzuführen ist. Zudem sind die Angriffe zielgerichteter geworden. Man spricht von „targeted attacks“ – maßgeschneiderten Cyberattacken auf Sicherheitslücken in IT-Systemen.

Allein Passwörter zu knacken, geht mithilfe von KI-Sprachmodellen deutlich leichter. Die Modelle werden mit Passwortlisten trainiert, die durch vorherige Hackerangriffe öffentlich geworden sind und Millionen Passwörter enthalten. Die KI analysiert daraus Muster und Ähnlichkeiten und erkennt, wie Passwörter üblicherweise von Menschen vergeben werden. Vornamen, Tiernamen, Jahreszeit, Fernsehsendungen plus Zahlenreihen und Interpunktion – die Wahrschein-



KI wird beispielsweise genutzt, um Deepfakes zu generieren.

lichkeit, einer Passwortkombination mit KI auf die Schliche zu kommen, ist hoch. Innerhalb von Sekunden geschieht, wozu ein linearer Passwort-Cracker Stunden oder Tage gebraucht hätte.

Auch Phishing-Attacken werden mit KI einfacher. Durch die Übersetzungsmöglichkeiten in andere Sprachen, die ein Sprachmodell bietet, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass eine Mail glaubwürdig wirkt. So können internationale Akteure massenhaft und teilautomatisiert Mails in einer beliebigen Landessprache versenden. Je mehr und je fehlerfreier, desto größer die Erfolgsquote. Das BSI spricht von Social-Engineering-Angriffen in „noch nie dagewesener Qualität“.

Hierzu zählen überraschende Szenarien. Angreifer können als CEO einer Firma auftreten und als Chef simulieren, sie bräuchten dringend die Genehmigung für eine zeitkritische Geldtransaktion. Oder die HR-Abteilung erhält die Bewerbungsmail eines Idealkandidaten für eine angebotene Stelle mit dem Hinweis, wegen Urlaubs doch bitte binnen zwei Stunden über einen Link Kontakt aufzunehmen. Indem langjährige Mitarbeitende direkt angeschrieben werden und die Mails von einer tiefen Kenntnis innerbetrieblicher Abläufe zeugen, erscheinen sie plausibel und führen unter Umständen zum Ziel. Manuel Atug, Gründer und Sprecher der AG KRITIS, einem Netzwerk von Fachleuten, die sich mit Kritischen Infrastrukturen beschäftigen, kennt eine Vielzahl solcher Szenarien: „Social Engineering gibt es in allen Farben und Formen. Der Trick daran ist nicht die verwendete Technologie, sondern wie gut und glaubwürdig ein Szenario gebaut wird, wozu immer auch ein gewisser Handlungsdruck gehört.“

Ob bei einer Cyberattacke Künstliche Intelligenz verwendet wurde, lässt sich – wie bei KI-generierten Inhalten durch Sprachmodelle insgesamt – im Einzelfall nicht leicht nachweisen. Dass KI inzwischen häufig verwendet wird und die Einstiegshürden für Kriminelle gesenkt hat, „indem sie es auch Personen mit begrenzten technischen Kenntnissen ermöglicht, anspruchsvollen schädlichen Code zu produzieren“, ist für das BSI offenkundig. Ein Befehl wie „Erstelle mir Code für Ransomware“ wird von öffentlichen KI-Systemen möglicherweise herausgefiltert. Die Filter lassen sich indes leicht umgehen – oder man

greift gleich auf KI-Angebote im Darknet zurück. Insofern können auch minderbegabte Hacker leichter kriminell tätig werden. Manuel Atug weist jedoch darauf hin, dass von einer KI entwickelte Software oftmals nicht sicher ist. „Sie kann zwar ausführbaren Programmcode erzeugen, aber in der Regel ist es unsicherer Code mit gravierenden Sicherheitslücken. Diese können von staatlichen Akteuren und organisierten Kriminellen dann aktiv ausgenutzt werden.“

Festzustellen ist, dass im Zeitalter von KI die Cyberkriminalität neue Züge angenommen hat und immer professioneller auftritt. Beobachter sprechen von Cybercrime-as-a-Service, bei dem eine Schattenwirtschaft kriminelle Dienstleistungen im industriellen Maßstab anbietet. Im Darknet wird inzwischen arbeitsteilig vorgegangen: Es gibt Gruppierungen, die sich auf den Zugang zu IT-Systemen spezialisiert haben, andere erzeugen Schadcode und wieder andere sind für das Eindringen in IT-Systeme zuständig. Bei Darknet-Händlern lässt sich alles kaufen: Zugangsdaten, Deepfakes für Authentifizierungssysteme, Malware, Entschlüsselungssoftware und ganze Dashboards, um die Angriffe zu steuern.

Umgekehrt hat sich die Verteidigungsseite ebenfalls professionalisiert und setzt ihrerseits KI ein, um Angriffe besser zu erkennen oder Sicherheitslücken aufzuspüren und frühzeitig zu schließen. Dabei wird die gesamte IT-Infrastruktur und das Netzwerkverhalten überwacht, samt den Endgeräten im Homeoffice. Auf der Basis einer Definition des

Normalbetriebs lassen sich Auffälligkeiten und Störungen erkennen. Da KI von Angreifern häufig für klassische Angriffe eingesetzt wird, lauten die Empfehlungen des BSI weiterhin: besseres und konsequentes Patchmanagement, eine resiliente IT-Infrastruktur, die kein Eindringen in alle Bereiche des IT-Netzwerks erlaubt. Zudem sollte die Social-Engineering-Prävention durch Mitarbeiterschulungen und Multifaktor-Authentifizierungen gestärkt werden.

Weitsichtig wären auch Notfallpläne, regelmäßige Krisenstabsübungen und Analogdaten relevanter Informationen im Stahlschrank. Auch der gegenseitige Erfahrungsaustausch der lokalen CERTs (Computer-Notfallteams) ist wichtig. Hier tritt auf kommunaler Ebene die größte Schwachstelle hervor: „Kommunen wurden ausdrücklich aus der NIS2-Gesetzgebung für Cybersicherheit herausgenommen“, so Manuel Atug. „Laut aktuellem IT-Sicherheitsgesetz sollen alle Behörden den IT-Grundschutz des BSI umsetzen. Das wird vom deutschen NIS2-Gesetzesentwurf sogar nochmal heruntergestuft auf Einhaltung der BSI-Mindeststandards. Angeblich ist kein Geld vorhanden. Das ist ein strategisches Armutszeugnis, schließlich geht es in der Cybersicherheit insbesondere um die Funktionsfähigkeit des Staates.“

Helmut Merschmann

Link-Tipp

Der BSI-Bericht „Einfluss von KI auf die Cyberbedrohungslandschaft“ zum Download:

• <https://t1p.de/i0bim>

Weitere Informationen zur AG KRITIS:

• <https://ag.kritis.info>

Ganzheitlich widerstandsfähig

Marcel Jordan

Die BeteiligungsHolding Hanau verfolgt eine langfristige, umfassende Strategie zur Stärkung der Informationssicherheit der Kommune. Dazu zählen Maßnahmen wie ISO 27001, KI-gestützte Abwehrsysteme und die Einbindung in Sicherheitsnetzwerke.

Die zunehmende Digitalisierung bringt neben zahlreichen Vorteilen auch wachsende Herausforderungen mit sich – insbesondere im Bereich der Cyberkriminalität. Kommunen und Unternehmen sehen sich einer immer komplexeren Bedrohungslage gegenüber. Angriffe auf IT-Systeme nehmen zu, ebenso wie ihre Raffinesse und potenzielle Schäden.

Dieses Szenario gilt auch für Hessens kleinste Großstadt Hanau. Im Osten der Metropolregion Rhein-Main gelegen, erfüllt die Stadt wichtige Versorgungsfunktionen für die mehr als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Dazu gehören ein kommunales Krankenhaus ebenso wie moderne Bildungseinrichtungen und zeitgemäße Sportstätten. Kernaufgabe der BeteiligungsHolding Hanau GmbH (BHG) ist die Bereitstellung und Weiterentwicklung einer zukunftsfähigen IT-Landschaft für die Stadt, deren Eigenbetriebe und die Konzerngesellschaften.

Die BeteiligungsHolding Hanau stellt sich den Herausforderungen mit Nachdruck und verfolgt eine langfristige, umfassende Strategie zur Stärkung der Informationssicherheit. Die BHG ist der bundesweiten Allianz für Cyber-

Sicherheit (ACS), einer Initiative des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), beigetreten und engagiert sich zudem im Arbeitskreis Kommunale Cybersicherheit des Landes Hessen. Diese Netzwerke ermöglichen einen frühzeitigen Informationsaustausch über neue Bedrohungen, praxisnahe Schulungen sowie die enge Zusammenarbeit mit Städten und Organisationen.

Besonders hervorzuheben ist die aktuelle Anerkennung der BHG als „Institution im besonderen staatlichen Interesse“ (INSI) durch das BSI. Damit erhält die BHG Zugang zu einem erweiterten, vertraulichen Informationspool und zusätzlichen Unterstützungsangeboten. Diese Einstufung unterstreicht die zentrale Rolle der BHG für die öffentliche Sicherheit und die regionale Infrastruktur und stärkt ihre Position im Hinblick auf zukünftige Herausforderungen wie NIS2 und ISO 27001. Oberbürgermeister Claus Kaminsky, Stadträtin und Di-



Hanau rüstet sich gegen Cyberbedrohungen.

Stadt Hanau / Moritz Göbel

gitalisierungsdezernentin Isabelle Hemsley sowie BHG-Geschäftsführer Markus Menzen betonen: „Mit diesen Maßnahmen können wir eine noch leistungsfähigere und sichere IT-Infrastruktur aufbauen und gleichzeitig zukunftssicher weiterentwickeln.“

Als Muttergesellschaft von 19 städtischen Unternehmen übernimmt die BHG eine zentrale Rolle in der digitalen Infrastruktur Hanaus. Die interne IT-Einheit bhg.it betreut nicht nur die IT-Versorgung der Stadtverwaltung, sondern auch der städtischen Eigenbetriebe und Gesellschaften – von der Hardware-Beschaffung über die Administra-

tion des Rechenzentrums bis hin zur Weiterentwicklung der digitalen Strukturen. Durch die enge Vernetzung der IT-Sicherheitsverantwortlichen entstehen Synergieeffekte, die unmittelbar allen Einrichtungen zugutekommen.

Besondere Anerkennung fand Hanau durch das hessische Innenministerium: Die Stadt gehört zu den ersten zehn Kommunen, die für ein Pilotprojekt zur Erprobung einer KI-basierten Plattform zur Cyberabwehr ausgewählt wurden. Die Plattform basiert auf den Prinzipien der Threat Intelligence – also der aktiven Bedrohungserkennung – und nutzt maschinelles Lernen, um Muster und Auffälligkeiten in Netzwerken automatisch zu identifizieren. Dies ist ein Quantensprung in der Art und Weise, wie Angriffe detektiert und verhindert werden können. Die Plattform wird künftig in der Lage sein, gezielte Angriffskampagnen – etwa durch Ransomware – frühzeitig zu identifizieren. Indem Bedrohungen automatisiert erkannt und mit vorhandenen Daten abgeglichen werden, kann die Reaktionszeit drastisch verkürzt werden. Hanau fungiert hierbei als Alphatester und bringt wertvolle Praxiserfahrungen in die Weiterentwicklung der Plattform ein.

Ein praktisches Beispiel zeigt die Leistungsfähigkeit solcher Systeme: Eine Schadsoftware-Kampagne gegen ein Finanzinstitut konnte rechtzeitig erkannt werden, da ähnliche Kommunikationsmuster und Malware-Signaturen bereits in der Plattform gespeichert waren. Frühzeitige Warnungen erlaubten es dem Unternehmen, rasch präventive Maßnahmen zu ergreifen. Ähnliche Schutzmechanismen sol-

len zukünftig auch in kommunalen Verwaltungsnetzen aktiv werden.

Parallel dazu arbeitet die BeteiligungsHolding Hanau derzeit intensiv an der Einführung eines Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) nach ISO/IEC 27001. Dieser international anerkannte Standard definiert klare Anforderungen an den sicheren Umgang mit Informationen, strukturiert die Verantwortlichkeiten und unterstützt eine kontinuierliche Verbesserung. Die Implementierung ist ein zentraler Baustein in der strategischen Sicherheitsarchitektur Hanaus. Sie trägt dazu bei, Transparenz, Nachvollziehbarkeit und ein hohes Sicherheitsniveau dauerhaft zu gewährleisten. Im Rahmen der ISO 27001 werden unter anderem regelmäßige Risikoanalysen, ein systematisches Schwachstellenmanagement sowie Maßnahmen zur Awareness-Schulung der Mitarbeitenden implementiert. Auch die Notfallvorsorge und Reaktion auf Sicherheitsvorfälle werden klar geregelt. Ziel ist es, die Stadt Hanau und ihre Beteiligungen ganzheitlich widerstandsfähig gegenüber digitalen Gefahren zu machen.

Mit der bevorstehenden Umsetzung der europäischen NIS2-Richtlinie in deutsches Recht wird Hanau voraussichtlich als besonders wichtige Einrichtung (BVE) eingestuft. Diese Klassifizierung bringt verschärfte Anforderungen mit sich: Meldepflichten bei IT-Sicherheitsvorfällen, regelmäßige Berichterstattung an Aufsichtsbehörden sowie ein klar definiertes Risikomanagement. Hanau begegnet diesen Anforderungen proaktiv – durch strategische und technische Maßnahmen, die weit

über das gesetzliche Mindestmaß hinausgehen.

Die frühe Vorbereitung durch Maßnahmen wie ISO 27001, KI-gestützte Abwehrsysteme und die Einbindung in Sicherheitsnetzwerke positionieren Hanau als digitalen Vorreiter unter den Kommunen. Besonders wichtig ist dabei der interdisziplinäre Ansatz: Informationssicherheit wird nicht nur technisch, sondern auch organisatorisch, juristisch und kulturell gedacht.

Die kontinuierliche Weiterentwicklung der IT-Sicherheitsmaßnahmen in Hanau basiert auf einem umfassenden Verständnis von Sicherheit als laufendem Prozess. Oder wie es sinngemäß in der klassischen Militärstrategie heißt: „Wenn du den Feind kennst und dich selbst kennst, brauchst du den Ausgang keines Kampfes zu fürchten.“ Informationssicherheit erfordert ständige Wachsamkeit, Anpassung und Zusammenarbeit.

Durch das konsequente Zusammenspiel aus strategischer Planung, technologischem Fortschritt, organisatorischem Know-how und starkem Netzwerk zeigt Hanau, wie Kommunen den Herausforderungen der digitalen Welt souverän begegnen können. Bürgerinnen und Bürger, Mitarbeitende und Partner können sich auf eine Verwaltung verlassen, die Sicherheit nicht nur verspricht, sondern aktiv lebt. Der eingeschlagene Weg ist ambitioniert, aber notwendig – für eine sichere, digitale Zukunft der Stadt Hanau.

Marcel Jordan ist Informationssicherheitsbeauftragter der BeteiligungsHolding Hanau GmbH.

Krise kontrolliert bewältigt

Thorsten Wolf

Die saarländische Gemeinde Kirkel konnte einem Cyberangriff technisch erfolgreich begegnen – auch dank der Unterstützung umliegender Kommunen. Die offene Kommunikation mit der Öffentlichkeit trug ebenfalls zum kontrollierten Umgang mit dem Angriff bei.

Wie geht man als kleine Kommune mit einem Cyberangriff um? Dieser Frage musste sich die saarländische Gemeinde Kirkel (rund 10.000 Einwohner) Anfang dieses Jahres stellen, als ein Cyberangriff die Verwaltung lahmlegte. „Die Angreifer haben sich Zugriff auf die Systeme verschafft, Daten extrahiert und einen Ransomware-Angriff gestartet“, schildert Julian Gebhardt, Leiter der IT in der Gemeindeverwaltung Kirkel, das Szenario aus technischer Sicht. „Die Schutzmechanismen der Firewall haben gegriffen, und dies ist direkt bei den täglichen Kontrollen aufgefallen.“ Betroffen gewesen seien Domänen-Controller und File Server, so der IT-Chef.

Der Angriff zog eine ganze Reihe von Konsequenzen nach sich: Die Gemeinde wurde unmittelbar „vom Netz“ genommen und alle notwendigen Stellen über den Cyberangriff informiert – so die Zentrale Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) beim saarländischen Landeskriminalamt und der Versicherungsträger der Gemeinde. Hier hatte man sich – eine Entscheidung mit Weitblick – schon frühzeitig gegen solche Angriffe versichert.

In der Folge wurden Spuren des Cyberangriffs sowohl von einem



Gemeinde Kirkel

Kirkeler Rathaus war nach dem Cyberangriff zügig wieder arbeitsbereit.

Team der ZAC als auch von der Versicherung gesichtet und sichergestellt. Im Anschluss erfolgte die Planung für einen kompletten Wiederaufbau der IT-Systeme und deren Wiederherstellung. Julian Gebhardt sagt mit Blick auf den Stand heute: „Alle IT-Systeme wurden gehärtet, alle festgestellten Lücken geschlossen.“ An ihrer Seite wusste die Gemeinde dabei mit der Firma HJP Datentechnik aus Kirkel einen verlässlichen Partner.

Dass man recht schnell den technischen Folgen des Cyberangriffs erfolgreich begegnen konnte, habe auch an der Unterstützung umliegender Kommunen gelegen, macht Kirkels Bürgermeister Dominik

Hochlenert deutlich. „Die kommunale Familie hat hier zusammengehalten.“

Der technische Aspekt des Cyberangriffs und dessen Folgen auf die Einsatzbereitschaft der Kirkeler Gemeindeverwaltung waren aber nur ein Teil der Geschichte. Konnte man im Rathaus schon sehr zügig wieder ein Höchstmaß an Arbeitsbereitschaft herstellen, wirkte der Cyberangriff aufgrund von entwendeten Daten nach. Vor allem, als die Hackergruppe nach einem ersten Hinweis im Darknet die Daten ohne weitere Vorwarnung veröffentlichte. Hatte schon der eigentliche Cyberangriff eine rechtskonforme Kommunikation

mit der Öffentlichkeit erfordert, verschärfte sich die Situation durch den tatsächlichen Datenabfluss und dessen Veröffentlichung im Darknet weiter. In der Folge ging es darum, die Betroffenen – je nach Grad der Betroffenheit auf unterschiedlichen Wegen – rechtssicher zu informieren und die Pressearbeit im Wechsel zwischen aktiv und passiv zu steuern. Hier griff die Gemeinde auch auf die Unterstützung eines externen Kommunikationsspezialisten zurück.

Eben diese offene, aber immer anwaltlich begleitete Kommunikation, die auch vom externen Datenschutzbeauftragten unterstützt wurde, führte im Ergebnis zu einem gut kontrollierten Umgang mit dem Cyberangriff in der Öffentlichkeit.

Welches Fazit und welche Lehren zieht die Gemeinde Kirkel nun aus dem Vorfall, auch als Handlungshilfen für anderen Kommunen? „Es ist unerlässlich, eine entsprechende Versicherung gegen solche Cyberangriffe abzuschließen“, betont Bürgermeister Dominik Hochlenert. „Diese macht, gerade mit Blick auf den möglichen finanziellen Schaden, die Situation für eine Kommune handelbar. Auch ist es nötig, den engen Schulterschluss in der kommunalen Familie zu suchen – um hier auf Ressourcen zurückgreifen zu können, die man als kleine Kommune möglicherweise nicht hat.“ Und schließlich sei es unbedingt erforderlich, Notfallstrukturen zu schaffen, um möglichst schnell die Wiederherstellung der Arbeitsbereitschaft zu

erreichen. Vorabplanungen für die Arbeit eines Krisenstabs gehörten hier ebenso zu den Aufgaben wie ein schlüssiges Kommunikationskonzept – sowohl nach innen als auch nach außen.

Gerade mit Blick auf die Innensituation einer Gemeinde unter der Last eines akuten Cyberangriffs macht Kirkels Bürgermeister Dominik Hochlenert zudem deutlich, dass es darum gehen müsse, in der Hochphase der Krisenbewältigung auch das Wohl der Mitarbeitenden im Blick zu haben – um Überbelastungssituationen und deren Folgen zu vermeiden.

Thorsten Wolf ist zuständig für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde Kirkel.

Anzeige




#ReadyforAI

Mit smarten KI-Lösungen die eigene Verwaltung zukunftsfähig machen!

Durch unsere KI-Partnerprodukte, die Protokolllösung „Scriba“ und das Übersetzungstool „DeepL“, optimieren Sie Prozesse und entlasten Ihre Teams. Weitere KI-Lösungen für Sie sind zudem schon in Planung!



www.govconnect.de



inside

der Kongress von rku.it

05. | 06. NOVEMBER VELTINS-Arena in Gelsenkirchen

Die Stadiontour geht weiter – Der **INSIDE Kongress** von rku.it dieses Jahr in der VELTINS-Arena im Herzen von Gelsenkirchen. Werde Insider und gestalte mit uns zusammen die Zukunft der Branchen **Energie, Kommune und Mobilität.**



JETZT ANMELDEN!

IT-Landschaft im Wandel

Unter anderem aufgrund des zunehmenden Fachkräftemangels können viele Kommunen die Selbstverwaltung ihrer IT nicht mehr stemmen. Es bietet sich daher an, diese durch cloudbasierte Lösungen zu ersetzen. Ein relevanter Aspekt hierbei ist die IT-Sicherheit.

Die IT-Selbstverwaltung in deutschen Kommunen steht vor enormen Herausforderungen, denn der Mangel an qualifizierten IT-Fachkräften nimmt weiter zu. Bis zum Jahr 2030 könnten im öffentlichen Dienst rund 140.000 IT-Spezialisten fehlen, was insbesondere die Kommunen trifft, in denen die Lücke nach aktuellen Schätzungen bis zu 26 Prozent betragen wird. Die Gründe sind vielfältig: Der demografische Wandel, eine hohe Zahl an altersbedingten Abgängen und ein umkämpfter Arbeitsmarkt führen dazu, dass die Kommunen ihre IT-Systeme immer schwerer eigenständig betreiben und weiterentwickeln können.

Gleichzeitig steigt der Digitalisierungsdruck. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen erwarten schnelle, digitale Verwaltungsdienstleistungen. Die Modernisierung der Fachverfahren und die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen sind daher nicht mehr optional, sondern eine zwingende Voraussetzung für eine zukunftsfähige Kommune.

Insbesondere die Registermodernisierung – etwa durch das Once-Only-Prinzip, bei dem Daten nur einmalig erfasst und dann über



Srinard/stock.adobe.com

SaaS-Lösungen bieten hinsichtlich der IT-Sicherheit erhebliche Vorteile.

sichere Vermittlungsdienste zwischen Behörden ausgetauscht und verwaltungsübergreifend genutzt werden – ist ein zentrales Vorhaben, um Effizienz und Bürgerfreundlichkeit zu steigern.

Vor diesem Hintergrund rücken die Nutzung von zentralen Cloud-Lösungen und von Software-as-a-Service(SaaS)-Modellen stärker in den Fokus als bisher. Mit dem Start der Deutschen VerwaltungscLOUD (DVC) am 1. April 2025 ist ein Meilenstein erreicht. Die DVC wird zur zentralen Betriebsplattform für digitale Verwaltungsdienste ausgebaut und soll künftig ein breites Portfolio an standardisierten Cloudservices für Bund, Länder und Kommunen bereitstellen.

Die Vorteile eines solchen zentralen Ansatzes liegen auf der Hand: Durch den Wegfall eigener IT-Infrastrukturen und geringere Wartungsaufwände lassen sich erhebliche Kosten einsparen. Gleichzeitig bieten die Lösungen ein hohes Maß an Skalierbarkeit und Flexibilität, sodass Kommunen auf veränderte Anforderungen schnell reagieren können. Zudem gewährt das Modell hohe Aktualität: Es besteht die Möglichkeit der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Fachverfahren durch deren Anbieter, gleichzeitig können Updates automatisch erfolgen. Auch in puncto IT-Sicherheit und Compliance ergeben sich Vorteile, da zertifizierte Rechenzentren und zentrale Sicherheitsarchitekturen genutzt werden. Darüber

hinaus trägt die Auslagerung von Betrieb und Wartung dazu bei, den Fachkräftemangel zumindest teilweise zu kompensieren und das kommunale IT-Personal spürbar zu entlasten.

Die Modernisierung der kommunalen IT-Landschaft gelingt jedoch nur im Schulterschluss mit Bund und Ländern. Der Bund unterstützt die Kommunen bei der Umsetzung der DVC, der Registermodernisierung und der Standardisierung von Fachverfahren. Die enge Abstimmung zwischen allen Ebenen ist dabei essenziell, um eine einheitliche, sichere und zukunftsfähige IT-Infrastruktur zu schaffen.

Ein besonders relevanter Aspekt im Zuge der Transformation kommunaler IT-Landschaften ist die IT-Sicherheit. Während bei der traditionellen IT-Selbstverwaltung die Kommune für den Schutz der Systeme, regelmäßige Updates, Wartung und die Einhaltung von Compliance-Vorgaben verantwortlich ist, verschieben sich diese Aufgaben im SaaS-Modell größtenteils

zum Anbieter – was für die Kommunen mit deutlichen Vorteilen einhergeht.

Führende Anbieter investieren kontinuierlich in moderne Sicherheitsinfrastrukturen, um Cyberbedrohungen wie Ransomware oder Datenlecks abzuwehren. Gerade für Kommunen, die sensible Bürgerdaten verarbeiten, ist dies ein entscheidender Vorteil, da die Verantwortung für die Bereitstellung und den Betrieb von Sicherheitsarchitekturen beim Anbieter liegt und das Risiko für die Kommune dadurch erheblich sinkt. Zusätzlich sorgen zentralisierte Strukturen für regelmäßige Wartung und ermöglichen eine schnelle Reaktion auf neue Bedrohungen – oft deutlich effizienter, als es kommunale IT-Abteilungen mit begrenzten Ressourcen leisten könnten. Ein weiterer Pluspunkt liegt in der Nutzung zertifizierter Rechenzentren sowie der Einhaltung gängiger Standards wie ISO 27001, BSI IT-Grundschutz oder der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Damit wird die Compliance zentral sichergestellt,

und die kommunalen IT-Teams werden spürbar entlastet.

Die kommunale IT-Landschaft befindet sich in einer Phase tiefgreifender Transformation. Dabei erzwingen der Druck durch den Fachkräftemangel und die steigenden Digitalisierungsanforderungen ein Umdenken. Die Selbstverwaltung der IT wird zunehmend durch zentrale, standardisierte und cloudbasierte Lösungen ersetzt. Mit der Unterstützung des Bundes, der konsequenten Modernisierung aller Fachverfahren und der Forcierung von SaaS-Modellen sind die Weichen für eine leistungsfähige, resiliente und bürgernahe Verwaltung gestellt. Insbesondere im Bereich der IT-Sicherheit bieten SaaS-Lösungen erhebliche Vorteile, erfordern aber auch weiterhin ein hohes Maß an Aufmerksamkeit, Kontrolle und Zusammenarbeit – damit die digitale Verwaltung nicht nur effizient, sondern auch sicher bleibt.

Ein Artikel der Abteilung IT-Betrieb und IT-Sicherheit der PROSOZ Herten GmbH.

Anzeige

Lenovo



Der neue Standard:
Lenovo KI-PCs
mit Windows 11



Intel® Core™ Ultra 9 Prozessor

NÜRNBERG
KOMMUNALE
BUNDESWIRTSCHAFTSMESSE UND KONGRESS

MR Datentechnik
Ihr IT-Partner!



HALLE 9 | STAND 459

**'kommunal
'digital**

M R
M A N A G E D
I T

22./23. Oktober 2025

mr-daten.de

Die Zukunft gestalten

Christian Wild

Auf der Kommunale in Nürnberg erwartet die Besucher ein vielfältiges Angebot an Innovationen, Impulsen und praxisnahen Lösungen für die kommunale Zukunft.

Die Kommunale, Deutschlands größte Fachmesse mit Kongress für Kommunalbedarf, öffnet am 22. und 23. Oktober erneut ihre Tore im Messezentrum Nürnberg. Erstmals in ihrer Geschichte wird die Messe auf drei Hallen mit jeweils unterschiedlichen Themenschwerpunkten erweitert. Diese thematische Gliederung ermöglicht eine gezielte Orientierung und vertiefte Auseinandersetzung mit den drängendsten Herausforderungen der kommunalen Welt. In Halle 8 stehen Mobilität, öffentlicher Raum und Nutzfahrzeuge im Mittelpunkt. Halle 9 widmet sich der digitalen Transformation, IT und Kommunikation. In Halle 10 dreht sich alles um Klima- und Umweltschutz, Nachhaltigkeit, Energie, Wasser, Entsorgung und Verwertung. „Die Erweiterung auf drei Hallen ist ein klares Zeichen für die Relevanz kommunaler Themen in der heutigen Zeit – von der digitalen Verwaltung bis hin zur nachhaltigen Stadtentwicklung“, erklärt Claudia Reindl, Projektleiterin der Kommunale.

Ein besonderes Zeichen setzt die diesjährige Messe durch die enge Zusammenarbeit zweier kommunaler Spitzenverbände: Der Bayerische Gemeindetag und erstmals auch der Gemeindetag Baden-Württemberg gestalten gemeinsam das Kongress-

programm. Damit wird die Kommunale 2025 zum überregionalen Treffpunkt für kommunale Verantwortungsträger.

Ein besonderes Highlight der diesjährigen Kommunale sind die drei Ausstellerfachforen, die praxisnahe Impulse für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider bieten. Im Fachforum „Stadt, Land, Kommunale“ in Halle 8 (Stand 505) werden innovative Ansätze zur Entwicklung urbaner und ländlicher Räume vorgestellt. Das Fachforum zur Digitalisierung in Halle 10 (Stand 543) widmet sich den neuesten Technologien und digitalen Trends, welche die kommunale Verwaltung modernisieren und effizienter gestalten können. Im dritten Fachforum, das sich mit Umwelt und Ressourcen beschäftigt und ebenfalls in Halle 10 (Stand 603) zu finden ist, stehen nachhaltige Lösungen und ressourcenschonende Konzepte für eine zukunftsfähige Kommunalwirtschaft im Mittelpunkt.

Herzstück des diesjährigen Digitalisierungsschwerpunkts der Kommunale ist der DIGITAL-Kongress im Nürnberg Convention Center (NCC). Die Veranstaltung bringt Expertinnen und Experten sowie kommunale Entscheidungsträger zusammen, um über Chancen und

Herausforderungen der Digitalisierung zu diskutieren. Ergänzt wird das Programm durch den DIGITAL-Talk, der Raum für den offenen Austausch bietet – von Best Practices bis hin zu strategischen Fragen der digitalen Kommune. Ein Highlight ist die Verleihung des DIGITAL-Awards, der herausragende kommunale Digitalprojekte in drei Kategorien würdigt. Die Finalisten stehen bereits fest, das Onlinevoting ist am 1. September gestartet. Die Preisverleihung findet am 22. Oktober gegen 17 Uhr im Fachforum II „Digitalisierung“ in Halle 10 statt.

Die Kommunale richtet sich ausschließlich an Fachbesucher – insbesondere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Verwaltungen sowie Expertinnen und Experten aus kommunalen Einrichtungen. Mit 585 Ausstellern und drei vollständig belegten Messehallen wird in diesem Jahr ein neuer Rekord erreicht. Die Kommunale 2025 zeigt eindrucksvoll, wie vielfältig und dynamisch die kommunale Landschaft in Deutschland ist. Sie bietet nicht nur eine Plattform für Produkte und Dienstleistungen, sondern auch für den Austausch von Ideen, Erfahrungen und Visionen.

Christian Wild ist PR-Manager bei der NürnbergMesse Group.



Am 22. und 23. Oktober kostenlos
live erleben mit Code KOM25AKDBW

NÜRNBERG
KOMMUNALE
BUNDESWEITE FACHMESSE UND KONGRESS



Starkregen vorbeugen! Mit Smart Data Services

Wo droht Hochwasser und wann? Wo entwickeln sich gerade Hitzeinseln? Wann und wo sollte Bodentrockenheit bekämpft werden? Erfassen Sie die Umweltdaten Ihrer Kommune mittels IoT, bringen Sie diese auf unserer SDS-Datenplattform zum Sprechen und verwandeln Sie Wissen in Entscheidungen!

www.akdb.de/kommunale25

akdb

Wir haben die Lösung

Bayerischer Gemeindetag

Gemeinsam für starke Gemeinden

In einer Zeit, in der uns eine angespannte Finanzlage, steigende Anforderungen an den Klimaschutz und die voranschreitende Digitalisierung ebenso fordern wie der Fachkräftemangel und der Investitionsbedarf in unseren Kommunen, wächst auch der Bedarf an praxisnahen Lösungen und einem guten Erfahrungsaustausch. Die Fachmesse Kommunale in Nürnberg bietet dafür die richtige Plattform – ein Ort, an dem wir gemeinsam Erkenntnisse gewinnen und in den Austausch treten können, um unsere Städte, Gemeinden und Landkreise auf die Zukunft vorzubereiten.

Die Messe bietet die Gelegenheit, mit Kolleginnen und Kollegen aus ganz Bayern und weit darüber hinaus in den Dialog zu treten. Dieses Jahr auch aus dem Partnerland Baden-Württemberg. Ob bei Fachvorträgen zu innovativen Konzepten, Workshops zur kommunalen Kitaplanung oder persönlichen Gesprächen an den Ausstellerständen – hier sind Menschen, die wissen, worüber sie sprechen, und die sich darauf freuen, ihre Erfolgsgeschichten zu teilen.

Gerade jetzt, wo die Herausforderungen in allen Bereichen unserer Gemeindearbeit spürbar zuneh-



Alta C/stock.adobe.com

men, ist es von unschätzbarem Wert, Netzwerke zu stärken und neue Partnerschaften zu knüpfen. Jeder Impuls, jeder Austausch kann dazu beitragen, lokale Projekte voranzubringen und unsere Kommunen für die Zukunft resilienter zu machen.

Matthias Simon ist Direktor des Bayerischen Gemeindetags.

Gemeindetag Baden-Württemberg

Über Grenzen hinweg

Der Gemeindetag Baden-Württemberg ist in diesem Jahr erstmals auf der Fachmesse Kommunale in Nürnberg vertreten. Zusammen mit dem Bayerischen Gemeindetag wird unter dem Motto „Südschiene: Gemeinsam stark in schwierigen Zeiten“ ein gemeinsamer Auftritt gestaltet.

Die Beteiligung unterstreicht die überregionale Bedeutung der Veranstaltung und die gewachsene Zusammenarbeit zwischen den kommunalen Spitzenverbänden beider Länder. Neben Referenten des Gemeindetags Baden-Württemberg bringen sich auch zahlreiche

Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsstädte und -gemeinden in das gemeinsame Kongressprogramm des Bayerischen Gemeindetags ein.

Steffen Jäger, Präsident und Hauptgeschäftsführer des Gemeindetags Baden-Württemberg, wird selbst vor Ort sein und im Rahmen des politischen Podiums „Südschiene – Gemeinsam für starke Kommunen!“ mit Bundesminister Thorsten Frei, Chef des Bundeskanzleramts, und Albert Füracker, Staatsminister der Finanzen des Freistaats Bayern, am Kongressprogramm mitwirken und



Martina Berg/stock.adobe.com

über aktuelle Entwicklungen und politische Perspektiven diskutieren. Die Messe Kommunale schafft eine wichtige Bühne – um Erfahrungen auszutauschen, politische Signale zu setzen und die Rolle der kommunalen Ebene in der föderalen Ordnung zu stärken.

Christopher Heck ist Referent des Gemeindetags Baden-Württemberg.

Online-Ausweisfunktion – einfach, sicher, überall

Die Online-Ausweisfunktion als leises Erfolgsmodell

Governikus



Die Digitalisierung in Deutschland wird oft als langsam und teuer kritisiert – doch der Erfolg der Online-Ausweisfunktion zeigt, dass digitale Lösungen sehr wohl funktionieren können. Und das sicher, effizient und nachhaltig.

15 Jahre im Dienst der sicheren digitalen Identität

Seit dem 1. November 2010 gibt es den Personalausweis im Scheckkartenformat mit eingebautem Chip – und damit auch die Online-Ausweisfunktion und der kostenfreien AusweisApp. Damals noch unter dem Namen „Bürger-Client“, hat sich die Software zur modernen, plattformübergreifenden Identitätslösung entwickelt für PC, Mac, sowie iOS und Android.

Hohe Nutzung: 1,5 Millionen Transaktionen monatlich

Aktuell wickelt die Online-Ausweisfunktion über die BundID mehr als 1,5 Millionen digitale Transaktionen pro Monat ab – ein klarer Beleg dafür, dass die digitale Identifikation auf breiter Basis ankommt. Aktuelle Studienergebnisse des eGovernment Monitor 2025 der

Initiative D21 und TUM belegen, dass die öffentliche Befürwortung von der ausschließlich digitalen Nutzung von Verwaltungsleistungen in Deutschland spürbar steigt. 34 Prozent der Befragten halten eine vollständig digitale Verwaltung für selbstverständlich. Besonders auffällig ist, dass sich der Zuwachs über alle Altersgruppen hinweg verzeichnet.

Praxisnahe Integration für Kommunen und Unternehmen

Anbieter wie Governikus stellen standardisierte eID-Dienste an, um Unternehmen und Behörden die Integration der Online-Ausweisfunktion zu erleichtern. Das alles auf Wunsch ohne den Betrieb eigener Server. Gerade für kleinere Organisationen ist dies ein pragmatischer Weg, um gesetzliche Anforderungen zu erfüllen und gleichzeitig die Nutzerfreundlichkeit zu erhöhen.

Zukunftsfähige Schnittstelle zur EUDI-Wallet

Die Novellierung der eIDAS-VO bildet die Basis für die elektronische Identitätsbrieftasche, die

EUDI-Wallet (European Digital Identity Wallet), die bis Ende 2026 kommen soll. Die Online-Ausweisfunktion fungiert dabei als idealer Ausgangspunkt, um dieses Wallet-Ökosystem sicher und einfach nutzbar zu machen. Um die Diensteanbieter dabei zu unterstützen, sowohl den Online-Ausweis als auch die digitale Brieftasche anzubinden, entwickelt Governikus eine technische Anbindung an die künftige EUDI-Wallet. Mit der Funktionalerweiterung eines bestehenden Produkts entsteht bald eine Brücke zwischen der Online-Ausweisfunktion, die durch die AusweisApp für Endverbraucher:innen nutzbar wird, und der standardisierten Infrastruktur der Zukunft. Das bedeutet, dass alle Unternehmen und Behörden, die bereits jetzt die Governikus ID-Lösung beziehen, künftig nahtlos an die Wallet-Architektur andocken können.

Jetzt handeln – nicht warten

Die digitale Zukunft Europas darf nicht auf 2026 verschoben werden. Die AusweisApp zeigt, dass sichere, praxiserprobte Lösungen bereits heute existieren – mobil, offen und effizient.



GOVERNIKUS

Governikus GmbH & Co. KG
Hochschulring 4
28359 Bremen, Germany
www.governikus.de



Team der NOLIS GmbH.

NOLIS | Halle 9, Stand 120

Suite für E-Government

Der Software-Anbieter NOLIS ist seit 25 Jahren auf E-Government-Lösungen für Kommunen spezialisiert. Dem Unternehmen zufolge nutzen rund 400 Städte und Gemeinden in ganz Deutschland Anwendungen aus der NOLIS | E-Government-Suite. Das Angebot reicht von Fachverfahren wie Kitaplatzvergabe, Recruiting oder Sportstättenmanagement bis hin zu einem integrierten Gesamtpaket aus Content-Management-System (CMS) und Spezialsoftware. Mit dem NOLIS | CMS und der OZG-Lösung NOLIS | Rathausdirekt gehören zwei zentrale Produkte zum Portfolio. Jüngste Ergänzung ist die NOLIS | CityApp. Sie wird über das CMS gepflegt und kann um Onlineformulare sowie weitere Fachverfahren erweitert werden. Damit bietet die App laut Hersteller eine moderne Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bürgerschaft, die den Zugang zu kommunalen Services deutlich vereinfacht.

www.nolis.de

Kohlhammer | Halle 9, Stand 711

Praktischer Einsatz

Der Kohlhammer Verlag und der Deutsche Gemeindeverlag präsentieren auf der Messe aktuelle Fachinformationen für die kommunale Praxis. Schwerpunkte liegen im Verwaltungs- und Kommunalrecht sowie in angrenzenden Rechtsgebieten. Das Programm richtet sich an Verantwortliche in Politik, Verwaltung und kommunalen Einrichtungen und bietet Fachpublikationen sowie Arbeitshilfen für den praktischen Einsatz.

www.kohlhammer.de

Telecomputer | Halle 9, Stand 454

Automatisierte Prozesse

Telecomputer zeigt Lösungen für Kfz- und Führerscheinwesen. Das Fachverfahren OK.VERKEHR bildet dem Unternehmen zufolge alle relevanten Prozesse ab – von der Antragstellung über Auskünfte bis hin zur Kommunikation mit externen Stellen. Ziel ist es, Verwaltungsabläufe digital und automatisiert zu gestalten. Im Kongressprogramm erläutert das Unternehmen, wie Onlinedienste im Führerscheinwesen Verwaltungsprozesse effizienter machen und den Zugang für Bürgerinnen und Bürger vereinfachen können.

<https://telecomputer.de>

AKDB | Halle 9, Stand 454

Aktuelle Entwicklungen

Die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) stellt in Nürnberg aktuelle Entwicklungen zur Digitalisierung der Verwaltung vor. Im Mittelpunkt stehen Themen wie Künstliche Intelligenz, Business Intelligence, digitale Datenplattformen und Cloudlösungen. Neben dem Angebot am Hauptstand werden auch Tochter- und Partnerunternehmen wie RIWA, BayKIT/ADSG sowie smart data worx vertreten sein. Dort werden unter anderem Lösungen zum klimaresilienten Wassermanagement präsentiert.

www.akdb.de/kommunale25

ekom21 | Halle 9, Stand 426

Smarte Kommunen

Der IT-Dienstleister ekom21 zeigt Lösungen für Smart City und Smart Region. Zentrale Grundlage ist die urbane Datenplattform cosma21, die unter anderem Hochwasserwarnungen, Auslastungsanzeigen von Bürgerämtern oder Hitzekarten bereitstellt. Ergänzt wird das Portfolio durch Smart-Parking-Lösungen, intelligente Straßenbeleuchtung, effizientes Abfallmanagement und Energiemanagement in öffentlichen Gebäuden.

www.ekom21.de

DTVP | Halle 9, Stand 664

Neues Bieterverzeichnis

Das Deutsche Vergabeportal (DTVP) stellt seine Plattform für digitale Vergabeprozesse vor. Ein Schwerpunkt ist das neue Bieterverzeichnis, das laut DTVP-Angaben eine schnelle Suche nach geeigneten Unternehmen ermöglicht. Grundlage sind mehr als 1,8 Millio-

nen Profile, die mit vergaberelevanten Informationen wie CPV-Codes oder Präqualifikationen angereichert sind. Das Verzeichnis unterstützt Verwaltungen bei Markterkundungen und nichtförmlichen Verfahren. Ziel ist eine einfachere und verlässlichere Gestaltung von Beschaffungsprozessen.

<https://dtvp.de>

JCC Software | Halle 9, Stand 107

Abläufe steuern

Das Unternehmen JCC Software entwickelt Anwendungen, die speziell auf kommunale Bedürfnisse ausgerichtet sind. Das Angebot umfasst Lösungen für Terminvereinbarungen, Besuchersteuerung, Personalplanung und Zahlungsabwicklung. Ziel sei es, Verwaltungen mit praxistauglichen Werkzeugen bei der Gestaltung bürgerfreundlicher und zukunftsorientierter Abläufe zu unterstützen.

<https://jccsoftware.de>

CeyonIQ | Halle 9, Stand 412

Intelligente Akten

Mit nscale eGov präsentiert CeyonIQ Technology eine E-Akte, die durch Künstliche Intelligenz unterstützt wird. Laut Hersteller automatisiert die Lösung Aufgaben wie das Kategorisieren von Dokumenten, die Vergabe von Schlagworten oder die Erstellung von Zusammenfassungen. Alle Funktionen laufen in einer geschützten Umgebung, sodass Datenschutz und Informationssicherheit gewährleistet bleiben.

<https://ceyoniq.com>

GovConnect | Halle 9, Stand 441

Für Hunde und Halter

GovConnect informiert unter anderem über neue Partnerprodukte im Bereich Sprach-KI, die zeigen sollen, wie Künstliche Intelligenz rechtskonform und sicher genutzt werden kann. Ergänzend stellt das Unternehmen eine digitale Hundemarke vor, die das Hunde- und Haltermanagement unterstützt. Weitere Anwendungen betreffen unter anderem Ordnungswidrigkeiten und allgemeine Verwaltungsprozesse.

www.govconnect.de

S-Public Services | Halle 9, Stand 364

Integrierte Bezahlverfahren

Das Unternehmen S-Public Services aus der Sparkassen-Finanzgruppe zeigt auf der Messe, wie medienbruchfreie Antragsprozesse, Bürgerdienste und integrierte Bezahlssysteme in kommunale Abläufe eingebunden werden können. Ein besonderes Augenmerk liegt auf dem neuen europäischen Bezahlungssystem Wero, das in bestehende Verfahren integriert werden soll.

www.s-publicservices.de

cit | Halle 9, Stand 412

Neues zu Low Code

cit stellt aktuelle Weiterentwicklungen der Low-Code-Plattform cit intelliForm vor. Dabei liege der Schwerpunkt auf dem Betrieb umfangreicher Formularbestände und dem modellbasierten Aufbau digitaler Antragsprozesse. Gezeigt wird, wie Kommunen Onlinedienste eigenständig gestalten und betreiben können.

www.cit.de

G DATA | Halle 10, Stand 336

IT-Sicherheit verbessern

Mit seinem Angebot G DATA 365 | MXDR richtet sich das Unternehmen nach eigenen Angaben gezielt an Kommunen, die ihre IT-Sicherheit verbessern möchten. Die Lösung setzt auf ein Managed Extended Detection and Response-Konzept, das Angriffe erkennt und abwehrt. Kunden profitieren von festen Ansprechpartnern, deutschsprachigem Support und individueller Betreuung – vom Onboarding bis hin zur Auswahl geeigneter Schutzmaßnahmen.

www.gdata.de

Anzeige

brain-SCC

Ihr Partner für Digitale Verwaltung

EfA-Digitale Baugenehmigung

„Einer für Alle“
Der Bauantrag geht online



digitale-baugenehmigung.de

VOIS-Vorgangsraum

Die zentrale Plattform für
moderne Verwaltungsprozesse



vorgangsraum.de

**NÜRNBERG
KOMMUNALE**
BUNDESWEITE FACHMESSE UND KONGRESS

22. - 23. Oktober 2025

Messezentrum Nürnberg

Besuchen Sie uns Vor Ort

Digitale Verwaltung

Rheinland-Pfalz 2025

30. Oktober 2025

Atrium Hotel Mainz

Besuchen Sie uns Vor Ort



www.brain-scc.de



LinkedIn
brain-scc



Little Bird | Halle 9, Stand 432

Unterstützung im Alltag

Little Bird bietet eine Softwarelösung für die Kinderbetreuung, die von der Platzsuche über die Beitragsberechnung bis zur Träger- und Einrichtungsverwaltung reicht. Ergänzt wird das System durch die KIKOM-App, die Einrichtungen im Alltag unterstützt. Wie Little Bird berichtet, nutzen bereits über 600 Kommunen die Lösung. Das Angebot sei dabei gleichermaßen für Städte wie für ländliche Gemeinde geeignet.

www.little-bird.de

DATEV | Halle 9, Stand 421

Finanzen im Blick

DATEV unterstützt Kommunen und öffentliche Unternehmen mit Software- und Cloudlösungen für das Finanzwesen. Laut Unternehmensangaben liegen die Schwerpunkte auf der Haushaltssteuerung, Budgetierung und Mittelbewirtschaftung. Ergänzend stehen Anwendungen zur Kosten- und Leistungsrechnung, Anlagenbuchführung sowie für Steuern, Gebühren und Beiträge zur Verfügung. Auch ein spezielles Lohn- und Gehaltsprogramm, das die Besoldung von Beamten berücksichtigt, gehört zum Portfolio. Weitere Fachverfahren können angebunden werden.

www.datev.de

Sternberg | Halle 9, Stand 146

Sitzungen planen

Seit 35 Jahren ist Sternberg auf digitales Sitzungsmanagement spezialisiert. Mit SD.NET stellt das Unternehmen ein System für den gesamten Sitzungszyklus vor, das durch Erweiterungen, Schnittstellen und Apps ergänzt werden kann.

www.sitzungsdienst.net



Mit seinen Lösungen will Axians die Datenqualität steigern.

Kommunix | Halle 9, Stand 412 u. 433

Führend im Ausländerwesen

Kommunix entwickelt seit über 30 Jahren Fachverfahren für Kommunalverwaltungen. Zum Angebot gehören unter anderem VOIS|ADVIS für Ausländerbehörden, VOIS|VERA für Verpflichtungserklärungen sowie VOIS|TEVIS für Terminverwaltung und Besuchermanagement. Die Anwendungen sind auf eine intuitive Bedienung und flexible Schnittstellen ausgelegt. Besonders im Ausländerwesen ist das Unternehmen nach eigenen Angaben als Anbieter führend.

www.kommunix.de

Axians | Halle 9, Stand 419

Mitarbeitende entlasten

In Nürnberg präsentiert Axians Softwarelösungen zur Prozessautomatisierung und Effizienzsteigerung in Kommunalverwaltungen. Schwerpunkte sind Haushaltsplanung, Finanzverwaltung und Jahresabschluss. Mit Technologien wie Künstlicher Intelligenz und automatisierten Abläufen möchte das Unternehmen die Datenqualität verbessern und Mitarbeitende entlasten. Seit über 30 Jahren arbeitet Axians mit Kommunen an Strategien zur Digitalisierung und Nachhaltigkeit.

www.axians.de

brain-SCC | Halle 9, Stand 433

Verwaltungen unterstützen

Das Unternehmen brain-SCC entwickelt seit mehr als 25 Jahren Softwarelösungen speziell für den öffentlichen Sektor. Am Messestand in Nürnberg stehen laut Hersteller die Digitale Baugenehmigung und der VOIS-Vorgangsraum im Mittelpunkt.

www.brain-scc.de

Ressourcenmangel in der Verwaltung:

Wie Umweltämter mit Digitalisierung handlungsfähig bleiben

Historischer Personalmangel setzt Kommunen unter Druck

600.000 fehlende Beschäftigte im öffentlichen Dienst – davon 108.500 allein in den Kommunalverwaltungen. Laut dbb erreicht der Personalmangel historische Ausmaße und führt zu langen Bearbeitungszeiten, steigender Arbeitslast und wachsender Unzufriedenheit bei Bürger*innen. Besonders Umweltämter sind betroffen: Sie müssen ein breites Aufgabenspektrum abdecken – vom Abfallrecht über Boden- und Immissionsschutz bis hin zum Wasserrecht. Die Verfahren sind komplex, streng reguliert und zeitkritisch. Wenn jedoch Personal fehlt, geraten Abläufe ins Stocken – mit Folgen für Servicequalität, Umweltschutz und Rechtssicherheit.

Digitale Prozesse als Schlüssel zur Handlungsfähigkeit

Ein Ausweg liegt in der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen. Standardisierte und automatisierte Abläufe sparen Zeit, reduzieren Fehler und sichern Wissen. Auch die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben – etwa im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes – wird erleichtert.

Ein Beispiel aus der Praxis ist die Fachsoftware *komvor*, die seit über 25 Jahren in Umweltämtern im Einsatz ist und Verwaltungsarbeit durch digitale Workflows unterstützt – von der Antragserfassung bis zur Bescheiderstellung.

Über Schnittstellen lässt sich die Lösung zudem mit Dokumentenmanagement-, Geoinformations- oder Kassensystemen verknüpfen. So werden Medienbrüche vermieden,



und die Zusammenarbeit zwischen Fachbereichen verbessert sich.

Erfahrungen aus Kommunen zeigen, dass digitale Systeme Bearbeitungszeiten verkürzen und die Arbeitsbelastung deutlich reduzieren. Eine strukturierte Prozessabbildung erleichtert zudem die Einarbeitung neuer Mitarbeitender – ein wichtiger Aspekt, wenn erfahrene Fachkräfte in den Ruhestand gehen und Wissen verloren zu gehen droht.

Digitalisierung allein kann den Fachkräftemangel nicht beheben. Sie ist jedoch ein zentraler Baustein, um vorhandene Ressourcen besser zu nutzen und die Handlungsfähigkeit der Verwaltung zu sichern. Für Bürgerinnen und Bürger bedeutet das: schnellere Verfahren, mehr Transparenz und ein moderneres Verwaltungserlebnis.

Fazit: Wer heute in Digitalisierung investiert, macht die Verwaltung zukunftsfähig. Systeme wie *komvor* zeigen, dass Prozessdigitalisierung trotz knapper Ressourcen Effizienz und Bürgernähe stärkt.

Vorteile digitaler Verwaltungsprozesse mit *komvor*

- **Effizienzsteigerung**
Weniger manuelle Arbeit, weniger Fehler, Zeitersparnis.
- **Rechtssicherheit**
Gesetzliche Vorgaben werden automatisiert eingehalten.
- **Wissenssicherung**
Klare Strukturen erleichtern Einarbeitung und verhindern Wissensverlust beim Generationswechsel.
- **Integration**
Mit über 40 Schnittstellen zu Dokumentenmanagement, GIS oder Kassenanbindung fügt sich *komvor* nahtlos in bestehende IT-Landschaften ein.



Weiterführende Informationen:

www.synqony.com/k21

Telefon: +49 (0) 491 / 92 567 88

E-Mail: komvor@synqony.com

Weniger verwalten

Annette Steidle

Konnten Eltern bislang froh sein, überhaupt einen Betreuungsplatz für ihren Nachwuchs zu erhalten, verändert sich die Situation jetzt aufgrund der sinkenden Geburtenraten. Kita und Kindertagespflege werden künftig stärker konkurrieren.

Aktuell verzeichnen immer mehr Kommunen einen deutlichen Rückgang der Geburtenzahlen. Ein Trend, der sich deutschland- und sogar europaweit beobachten lässt. Für die Jugendhilfeplanung in den Kommunen birgt diese Situation ganz neue Herausforderungen. Sie ist unter anderem für die vorausschauende Kitaplanung in der Kommune zuständig, die dann die Grundlage für die Politik bildet, um entsprechende Maßnahmen für die Betreuung in Kitas und Krippen zu beschließen. Seit vielen Jahren sehen sich die Verantwortlichen vor allem mit einer alles bestimmenden Herausforderung konfrontiert: Wie können sie dem ständig steigenden Bedarf an Betreuungsplätzen gerecht werden? Ursächlich für den Bedarf waren die hohen Geburtenraten sowie neue gesetzliche Regelungen, wie zum Beispiel der seit 2018 bestehende Rechtsanspruch auf Betreuung von U3-Kindern.

Seit 2024 ist nun deutschlandweit, wenn auch mit regionalen Unterschieden, ein Rückgang der Geburtenrate zu verzeichnen. Gleiches zeigt die Statistik von Eurostat auch für Europa, ebenfalls mit regionalen Besonderheiten. Kommunen, die mit ihrem Platzangebot bis vor Kurzem eine gute

Abdeckungsquote erreichten, haben jetzt Probleme, ihre Plätze zu belegen. Dort schlagen selbst kleine Veränderungen in der Geburtenrate unmittelbar auf die Kitaplanung durch. Im Gegensatz dazu können die Kommunen, die den Platzbedarf bisher nicht voll decken konnten, vielleicht etwas entspannter mit der neuen Planungssituation umgehen.

Bis 2024 war die Tagespflege oftmals der Rettungsanker in der U3-Betreuung. Die Kommunen bewarben die Tätigkeit als Kindertagespflegeperson, denn so konnten in relativ kurzer Zeit die Kapazitäten geschaffen werden, um dem steigenden Bedarf an U3-Plätzen gerecht zu werden. Denn obwohl die Qualifizierung zur Tagespflegeperson über die Jahre deutlich anspruchsvoller wurde, war die dafür benötigte Zeitspanne viel kürzer als die vier bis sieben Jahre, die zwischen Beschluss und Fertigstellung einer Kindertagesstätte ins Land ziehen. Und bis vor Kurzem wurde die Kindertagespflege auch nachgefragt, wie bei den Kitas stiegen die Platzzahlen kontinuierlich. Doch durch die inzwischen verfügbaren und vielerorts immer noch weiter im Aufbau befindlichen Kapazitäten ergibt sich nun plötzlich eine Konkurrenzsituation zwischen Kindertagespflege und Krippen.

Da die Kindertagespflege eine selbstständige Tätigkeit auf einem freien Markt ist, haben die Kommunen nur sehr begrenzte Steuermöglichkeiten. Andererseits können die Betreuungsplätze in Krippen und Kitas, deren Schaffung meist mit Mitteln der Länder finanziert wurden, aufgrund der Zweckbindung nicht oder nur in sehr begrenztem Maße umgewidmet werden. Diese Zweckbindung besteht je nach Fördergegenstand bis zu 20 Jahre. Insbesondere in den neueren Kitas besteht daher keine Möglichkeit, Plätze zu reduzieren.

Davon sind natürlich auch die Träger der Einrichtungen betroffen. Insbesondere dort, wo die Förderung über eine Kindpauschale und nicht über eine Platzpauschale erfolgt, ist bei geringerer Belegung das vorhandene Personal nicht refinanziert. Und das, obwohl bedingt durch steigende Problemlagen und erkennbar höhere Förderbedarfe künftig genauso viele Mitarbeitende für weniger Kinder benötigt werden.

Insbesondere in den bevölkerungsstarken Bundesländern mussten Eltern bislang froh sein, überhaupt einen Betreuungsplatz für ihr Kind zu ergattern. Sie profitieren von der neuen Situation:

Nun haben sie die Möglichkeit, sich zwischen den beiden Systemen Kita und Kindertagespflege zu entscheiden. Aber auch zwischen den Kitas steigt der Wettbewerb. „Wir beobachten seit knapp zwei Jahren eine deutlich ansteigende Wechselrate von Kindern zwischen Kitas: Das große Angebot bietet den Eltern die Chance, nicht nur irgendeinen, sondern den Platz in ihrer Wunschkita zu bekommen“, resumiert Frank Siebert, Geschäftsführer von Trinuts, dem Anbieter von kitaVM, einer umfassenden webbasierten Lösung zur Anmeldung, Vergabe, Verwaltung und Abrechnung von Kita- und Tagespflegeplätzen.

Auf der einen Seite ist die Existenzgrundlage der selbstständig tätigen Tagespflegepersonen gefährdet, auf der anderen Seite stehen die unflexiblen, weil langfristig geplanten und geförderten Kapazitäten in den Kitas. Welche Möglichkeiten haben die Kommunen, aus dieser Zwickmühle herauszukommen? „Es gibt keine pauschale Antwort auf diese Frage, denn die jeweilige Lage bei unseren Kunden unterscheidet sich schon innerhalb eines Bundeslandes teils stark“, schätzt Siebert die Situation ein.

In manchen Jugendämtern wird nun besonders bei Einrichtungen mit auslaufenden Förderungen oder anstehenden Sanierungen geprüft, ob ein Weiterbetrieb sinnvoll beziehungsweise rentabel ist. Dies kann auch kleine Kitas mit beispielsweise nur zwei Gruppen betreffen. Hier wird in Gesprächen

mit den jeweiligen Trägern geprüft, ob eine Zusammenlegung der verbleibenden Gruppen innerhalb einer Einrichtung möglich ist. In Kitas mit vielen Gruppen kann eine Reduktion der Gruppenanzahl sinnvoll sein, vor allem, wenn die Möglichkeit besteht, die sinkende Kinderzahl durch eine veränderte Ausrichtung mit entsprechenden Angeboten, etwa als integrative



Eltern haben die Wahl: Kita oder Kindertagespflege.

Kita, zu kompensieren. Zumindest das wachsende Problem des Personalmangels wird durch die aktuelle Entwicklung etwas entschärft.

Auch in der Kindertagespflege lässt sich erkennen, dass sich die Tagespflegepersonen allmählich auf die veränderte Situation einstellen. Viele gehen von einem Teilzeitangebot mit drei oder vier Tagen pro Woche zu einer Fünf-Tage-Woche über. Außerdem sieht man, dass das Angebot an Randzeit-, Wochenend- und Rund-um-die-Uhr-Betreuung (wichtig für im Schichtbetrieb arbeitende Eltern) zunimmt. Der Rechtsanspruch auf Nachmittagsbetreuung bietet den Tagespflegern ebenfalls Chancen, sich von sinkenden Geburtenraten abzukoppeln. Außerdem bewerben die Kommunen vermehrt die Möglichkeit zur

Qualifizierung als Kita-Fachkraft, zum Beispiel QiK in Nordrhein-Westfalen.

Egal wie – die Kommunen sind gefragt, gemeinsam mit Trägern und Tagespflegepersonen zu prüfen, wie sie auf die Folgen des demografischen Wandels reagieren können und müssen. Dafür ist eine exakte, aktuelle Zahlenbasis unerlässlich. „Ohne entsprechende Planungs- und Vergabesysteme wird es schwierig, in diesem derzeit volatilen Umfeld den Überblick zu wahren“, ist sich Frank Siebert sicher. Das fängt schon mit der genauen Erfassung der Bedarfe an. Für eine valide Entscheidung der Eltern zwischen Tagespflege und Krippe braucht es außerdem eine Plattform, auf der sich beide Systeme gleichberechtigt und für die Eltern transparent mit ihren jeweiligen Angeboten und Schwerpunkten präsentieren können.

Es ist außerdem sinnvoll, die Systeme für die Planung und Vergabe von Kitaplätzen eng mit der Tagespflegeverwaltung zu koppeln. Ein integriertes System bietet die Möglichkeit, schon in einem frühen Stadium Tagespflege-Kinder in der Bedarfsplanung zu berücksichtigen. Andererseits ist die Kenntnis über die aktuelle Belegungssituation in den Tagespflegern vor Ort wichtig, wenn es darum geht, welches Kind eine Zusage erhalten soll sowie ob und wo Kitas geschlossen oder zusammengelegt werden können.

Annette Steidle ist Marketingleiterin der Trinuts GmbH.

Gestalten statt reagieren

Louisa Ujhelyi

Der Fachkräftemangel, der Geburtenrückgang und der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung verändern die Kinderbetreuung grundlegend. Die Lösungen von Anbieter Little Bird helfen Kommunen, auf diese Herausforderungen zu reagieren und sie zu gestalten.

Die Kinderbetreuung in Deutschland wandelt sich in mehrfacher Hinsicht. Während zum einen die Zahl der Geburten deutlich abnimmt, steigen zum anderen die Anforderungen an die Flexibilität und Kommunikationsfähigkeit des Personals. Zudem verändert der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab 2026 die Bedarfslandschaft grundlegend. Hinzu kommt, dass sich die Herausforderungen regional stark unterscheiden. Im Westen Deutschlands geht es vielfach darum, neue Mitarbeitende zu gewinnen, Teams stabil zu halten und trotz steigender Nachfrage ein hohes Betreuungsniveau zu gewährleisten. Im Osten sehen sich viele Kommunen hingegen mit der Aufgabe konfrontiert, Betreuungskapazitäten angesichts sinkender Kinderzahlen gezielt zurückzufahren, ohne dabei gewachsene Strukturen zu gefährden.

Genau hier setzt das Unternehmen Little Bird an. Es stellt digitale Werkzeuge bereit, die Kommunen datenbasiert, flexibel und zukunftsicher unterstützen. „Wir erleben täglich, wie unterschiedlich die Herausforderungen in deutschen Kommunen sind“, erklärt Anke Odrig, Geschäftsführerin von Little

Bird. „Deshalb haben wir unsere Software so entwickelt, dass sie beide Szenarien unterstützt – von den datenbasierten Belegungs- und Bedarfsansichten bis hin zur intelligenten Kapazitätssicht in die Zukunft.“

Ein Praxisbeispiel liefert die Stadt Heidenau in Sachsen. Sie nutzt seit über 15 Jahren die Lösung von Little Bird, um demografische Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und die Betreuungseinrichtungen vorausschauend zu steuern. „Dank der kontinuierlichen Datenanalyse können wir heute schon sagen, wie sich unsere Betreuungslandschaft in den kommenden Jahren entwickeln wird“, berichtet Sylvia Röder, Amtsleiterin für Familie und Schule. „Wir wissen genau, wann und wo welche Kinder angemeldet sind, und können so kurz- und mittelfristig den Personaleinsatz planen. Wir sehen auch deutlich, welche Einrichtungen gern und viel gebucht sind und welche am meisten vom Rückgang der Kinderzahlen betroffen sind. Das ermöglicht uns eine behutsame, sozialverträgliche Planung.“ Die Little-Bird-Software liefert unter anderem Echtzeit-Vormerklisten, Belegungsübersichten



ShunTerra/stock.adobe.com

Betreuungsangebot vorausschauend planen.

in die Zukunft, Altersstrukturanalysen und Kapazitätsprognosen. So entsteht eine solide Grundlage für kommunale Entscheidungen, die auf validen Daten statt auf bloßen Erfahrungswerten beruhen.

Laut Statistischem Bundesamt wurden 2024 bundesweit rund 677.000 Kinder geboren – fast 16.000 weniger als im Vorjahr. Das ist nicht nur ein neuer Tiefstand, sondern eine klare Warnung. Die demografische Kurve fällt, und mit ihr der Bedarf an Betreuungs-

plätzen. Allerdings nicht überall gleich. Insbesondere in wachsenden Städten mit hoher Zuwanderung bleibt der Bedarf stabil oder steigt. In vielen Regionen Ostdeutschlands entstehen dagegen zunehmend Überkapazitäten. Mit der Lösung von Little Bird erkennen Kommunen frühzeitig, wo Über- oder Unterversorgung droht, und können Ressourcen entsprechend umverteilen.

Neben der langfristigen Kapazitätsplanung stellt der akute Personalmangel viele Kommunen vor große Herausforderungen. Wenn Fachkräfte krank sind, in den Urlaub gehen oder Fortbildungen besuchen, können viele Einrichtungen den Ausfall nicht kompensieren. Das hat zur Folge, dass Eltern ihre Kinder selbst betreuen oder früher abholen müssen. WORK4KIDS, die neue Jobplattform von Little Bird, bringt Kommunen, Betreuungseinrichtungen und pädagogisches Fachpersonal effizient zusammen, auch bei kurzfristigem Bedarf. Ob feste Stellen, Springer, Interimskräfte oder pädagogische Honorarkräfte

– WORK4KIDS deckt viele Szenarien ab und bietet schnelle und flexible Lösungen. Die Plattform ist mehr als eine klassische Stellenbörse. Neben der Veröffentlichung von offenen Stellen, Ausbildungsplätzen und dualen Studienangeboten können sich auch potenzielle Fachkräfte selbst listen. Ihr Profil kann dann von Trägern und Einrichtungen gefunden werden. Auch Anbieter von Interimskräften können ihre Leistungen direkt präsentieren. So entsteht ein lebendiger Marktplatz für alle, die Kinderbetreuung gestalten – ob dauerhaft, befristet oder begleitend.

Der Personalmangel betrifft nicht nur den Kitabereich. Ab 2026 tritt der bundesweite Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder in Kraft. Schon heute sind viele Kommunen mit dem Aufbau entsprechender Angebote beschäftigt. Doch oft fehlen Räume, Strukturen und vor allem Personal. Die Little-Bird-Software ermöglicht es, frei werdende Kapazitäten aus dem Kitabereich gezielt in die Schulkindbetreuung zu überführen.

So lassen sich Personalressourcen effizient nutzen, ohne Qualitätseinbußen oder unnötigen Verwaltungsaufwand. Darüber hinaus kann die Plattform künftig dazu beitragen, Schnittstellen zwischen Kita und Schule besser zu organisieren. Das bedeutet: einheitliche Planung, zentrale Datenhaltung und intelligente Übergänge für Kinder, Eltern und Träger gleichermaßen.

Nicht zuletzt spielt Kommunikation eine immer wichtigere Rolle. Eltern wollen und müssen schnell informiert werden, ob über Krankheitsausfälle, geänderte Abholzeiten oder neue Gruppeneinteilungen. Die KIKOM-App ermöglicht eine einfache, DSGVO-konforme Kommunikation zwischen Einrichtung und Eltern. Nachrichten, Termine, Krankmeldungen und Dokumentenaustausch laufen zentral über eine App. Das spart Zeit, senkt die Fehleranfälligkeit und stärkt die Zufriedenheit aller Beteiligten.

Louisa Ujhelyi ist bei der LITTLE BIRD GmbH für die Unternehmenskommunikation zuständig.

Anzeige

**Wir digitalisieren Verwaltung.
Smart. Sicher. Innovativ.**

ITEBO
Unternehmensgruppe



www.itebo.de

Mitwachsendes System

Christina Philipp

Eine ganzheitliche Lösung für den frühkindlichen und angrenzende Bereiche samt zugehöriger App bietet das Unternehmen Stay Informed an.

Die Herausforderungen im frühkindlichen Bildungsbereich sind bekannt: Zeitmangel, Personalknappheit und steigende Anforderungen stellen Kitas und Träger tagtäglich vor enorme Belastungen. Hinzu kommen organisatorische Hürden und ein hoher Kommunikationsaufwand – oft noch immer geprägt von analoger Zettelwirtschaft, Sprachbarrieren und ineffizienten Abläufen. In dieser angespannten Lage braucht es digitale Lösungen, die nicht zusätzlich belasten, sondern tatsächlich entlasten.

Die Lösung des Unternehmens Stay Informed bietet Trägern ein ganzheitliches System, das speziell für den frühkindlichen Bereich entwickelt wurde und sich flexibel auf angrenzende Bildungsbereiche übertragen lässt. Von der Kita über den Grundschulbereich bis hin zu Horten können Einrichtungen innerhalb eines Trägers auf ein durchgängiges System setzen – mit dem Vorteil, dass Eltern wie auch Teams nicht immer wieder neu geschult oder umgewöhnt werden müssen.

Im Zentrum steht eine moderne, mehrsprachige Kommunikationsstruktur, die alle Beteiligten einbindet: Leitung, Fachkräfte, Eltern und Träger. Mit der Stay-Informed-App erhalten Eltern wichtige Informa-

tionen schnell, sicher und ohne Umwege direkt auf ihr Smartphone. Die Kommunikation bleibt so persönlich und verbindlich, wird aber zugleich effizienter.

Das Verwaltungsportal entlastet Leitung und Träger durch intuitive Funktionen für Organisation, Planung und Dokumentation. Standardprozesse lassen sich digital abbilden und zentral steuern – von der Terminplanung über Rückmeldungen bis hin zu individuellen Mitteilungen. Ganz neu bietet Stay Informed zudem Module für Dienstplanung, Zeiterfassung und Abwesenheitsmanagement. Damit schließt die Lösung eine wichtige Lücke im Kita-Alltag: Viele Teams planen ihre Dienste bislang noch mit Excel-Tabellen oder auf Papier. Die neuen Funktionen bieten eine digitale, transparente und entlastende Alternative und sind ein weiterer Schritt in Richtung einer praxisnahen Digitalisierung.

Ein zentrales Prinzip bei Stay Informed: Lösungen werden gemeinsam mit Trägern und Einrichtungen weiterentwickelt. Feedback ist nicht nur willkommen, sondern ausdrücklich erwünscht. Das zeigt Wirkung: Mehr als 11.000 Einrichtungen arbeiten bereits mit der Stay-Informed-Lösung. Die App zählt über eine Million Nutzende

und mehr als 27.000 Bewertungen in den App-Stores. Ein Großteil der Neukunden kommt über Weiterempfehlungen – ein klares Zeichen für Kundenzufriedenheit und Praxistauglichkeit.

Eine Leitung berichtet: „Besonders in der Informationsweitergabe erleichtert uns die App die Arbeit und optimiert die Kommunikation mit den Eltern. Die meisten Eltern waren schnell begeistert, da sie wichtige Informationen umgehend und direkt erhalten – ganz ohne die Zettelwirtschaft. Das spart nicht nur Papier- und Druckkosten, sondern vor allem auch Zeit. Besonders bei Personalausfällen oder der Organisation von Notbetreuungen ist die App unverzichtbar: Wir können Eltern rechtzeitig informieren, sodass niemand morgens vor verschlossenen Türen steht. Stay Informed ist für uns eine echte Bereicherung und aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken.“

Christina Philipp ist Brand Managerin bei der Stay Informed GmbH.

Link-Tipp

Stay Informed kann 14 Tage kostenfrei getestet werden. Mehr Informationen zur Lösung sowie zur Beantragung der Testversion finden Sie unter:

• www.stayinformed.de/kommune21

Mut für neue Wege

Rund 700 Teilnehmende sind der Einladung zu den Merseburger Digitaltagen gefolgt. Dort wurden neue Lösungen, Anwendungen und Technologien präsentiert.

Rund 700 Fachleute aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft kamen am 27. und 28. August 2025 zu den Merseburger Digitaltagen auf dem Campus der Hochschule Merseburg zusammen. Das teilte das Unternehmen brain-SCC mit, das zu den Veranstaltern der Digitaltage zählt. Unter dem Motto „Smart City und Digitale Verwaltung – Wir gehen den nächsten Schritt!“, standen dabei die digitale Teilhabe, Innovation und der praxisnahe Austausch im Mittelpunkt.

Ein Höhepunkt war die Vorstellung der Merseburger Erklärung 2025 durch Torsten Ringling, Bürgermeister der Gemeinde Schkopau. Das strategische Positionspapier zeigt konkrete Schritte für die digitale Transformation in Kommunen und Verwaltungen auf und soll als Leitlinie für die kommenden Jahre dienen. „Mit der Verabschiedung der Merseburger Erklärung haben wir ein starkes Signal für Innovation, Zusammenarbeit und Verantwortung gesendet“, kommentiert dies brain-SCC-Geschäftsführer Sirko Scheffler.

Link-Tipp

Die fünften Merseburger Digitaltage finden am 26. und 27. August 2026 statt:

- www.merseburger-digitaltage.de



Vincent Grätsch

[Bild vergrößern](#)

Teilnehmende der Merseburger Digitaltage.

Im Rahmen der Digitaltage gaben Rednerinnen und Redner Einblicke in aktuelle Entwicklungen der Digitalisierung in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus. Am zweiten Tag standen Workshops, Fachvorträge und der 17. brain-SCC Anwendertag im Vordergrund. Formate wie die Schkopauer Runde, die Digital-Lotsen Sachsen-Anhalt und das Kompetenzzentrum Stadtumbau ermöglichten einen praxisnahen Wissenstransfer und stärkten kommunale Digitalstrategien.

„Die Verwaltung braucht mehr Mut, um neue Wege zu gehen“, sagt Christina Kleinert, Dezernentin Innere Verwaltung und Öffentliche Ordnung beim Saalekreis. „Verwaltung ist kein Selbstzweck, wir sind für die Menschen da. Ziel muss es also sein, dass wir nutzerfreundlicher werden und näher an die

Menschen heranrücken. Die Merseburger Digitaltage sind in unserer Region und darüber hinaus die ideale Plattform, um sich umfassend zu informieren, auszutauschen und zu netzwerken.“

Sirko Scheffler ergänzt: „Mit den Merseburger Digitaltagen und den rund 700 Teilnehmenden konnten wir zeigen, dass wir bei der Digitalisierung der Verwaltung bereits weiter sind, als vielfach angenommen. Besonders stolz sind wir auf die Digitale Baugenehmigung als Erfolgsmodell: Die 43.103 Vorgänge in 219 produktiven Bauportalen in inzwischen 13 mitnutzenden Ländern belegen, wie praxisnah und flächendeckend Digitalisierung gelingen kann – weitere Kommunen werden in Kürze folgen.“

Verena Barth

Lotse für Gesundheitsämter W. Reimann / A. Prechel

Die Software GA-Lotse soll das Gesundheitsamt Frankfurt am Main – und bald viele weitere Behörden in Deutschland – digital in die Zukunft führen. Auf den Weg gebracht wurde das Open-Source-Projekt von zwei unkonventionellen Denkern.

Die Entwicklung einer einheitlichen Software für die hessischen Gesundheitsämter stellt eines der größten Open-Source-Projekte im Verwaltungsbereich in Deutschland dar. Innerhalb von nur elf Monaten wurde im Frankfurter Gesundheitsamt – gefördert von der EU und dem Land Hessen – die Lösung GA-Lotse entwickelt. Sie unterstützt die Ämter bei der digitalen Fallbearbeitung, der Kommunikation und Datenverarbeitung und wahrt höchste Datensicherheitsstandards. Für das ambitionierte Digitalisierungsprojekt verantwortlich zeichnete ein interdisziplinäres Team um die IT-Experten Bianca Kastl und Tim Lusa. „Vor uns lag eine grüne Wiese“, sagt Lusa, „und wir hatten die Chance, alles richtig zu machen.“ Kastl ergänzt: „Wir wollten mit GA-Lotse einen Mehrwehrt für die Verwaltung schaffen.“ Im Oktober 2024 ist ihre Software zunächst in Frankfurt am Main live gegangen, demnächst sollen weitere Städte folgen, und der GA-Lotse somit den Flickenteppich aus veralteten Einzelanwendungen ablösen.

Die Ausgangslage war typisch für viele deutsche Behörden: jahrzehntealte, lokal angepasste Software, teils ohne Schnittstellen, mit hohem Wartungsaufwand – und

kaum noch kompatibel mit modernen Anforderungen an Datenschutz, Effizienz oder Nutzerfreundlichkeit. „In der Coronapandemie mussten sich Gesundheitsämter die Fallzahlen teilweise telefonisch durchgeben“, erinnert sich Peter Tinnemann, Leiter des Frankfurter Gesundheitsamts. Die Vision war daher, eine zentrale Plattform zu schaffen, die modular, offen und interoperabel ist. Die Umsetzung erfolgte durch ein Team aus bis zu 120 Personen – Entwickler, UX-Experten, Datenschutzbeauftragte, Verwaltungskräfte. Und mittendrin Kastl und Lusa, die als Product Owner nicht nur die Vision entwickelten und verfolgten, sondern intensiv in Technik und Umsetzung eingebunden waren. „GA-Lotse ist mehr als Software“, sagt Tinnemann. „Es ist der Versuch, öffentliche Verwaltung neu zu denken – transparent, nutzerzentriert, offen für Kooperation.“

Ein zentrales Prinzip war von Anfang an gesetzt: Wer später mit der Software arbeiten soll, gestaltet sie mit. In zahlreichen Workshops und Roadshows analysierten Kastl und Lusa mit Mitarbeitenden aus Fachabteilungen der Gesundheits-



Die unkonventionellen Denker hinter GA-Lotse.*

ämter nicht nur bestehende Prozesse, sondern entwarfen neue digitale Abläufe – dokumentiert, getestet und in iterativen Sprints umgesetzt. „Wir wollten nicht digitalisieren, was schlecht läuft“, sagt Kastl. „Wir wollten bessere Abläufe gestalten – gemeinsam.“ Dazu gehörte auch die bewusste Entscheidung gegen die typische Behördensoftware-Ästhetik: GA-Lotse kommt mit barrierefreier Navigation und einem klaren Interface, das auch ohne Schulung intuitiv bedienbar ist.

Datenschutz war für das Team kein notwendiges Übel, sondern integraler Bestandteil des Systems. „Wir haben Datenschutz so

*Bianca Kastl (links) und Tim Lusa

gedacht, wie man es heute muss“, erklärt Lusa. GA-Lotse trennt strikt zwischen Personen- und Falldaten, nutzt Zero-Trust-Prinzipien und passwortlose Anmeldungen via biometrischer Verfahren oder Sicherheitstokens. Die Software erfüllt die Kriterien des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und wird in Rechenzentren mit Geo-Redundanz betrieben. Im März 2025 wurde sie mit dem InfoSec Impact Award ausgezeichnet – einem der renommiertesten Preise für Informationssicherheit in Europa.

GA-Lotse ist Open Source. Behörden können sich einklinken, Module adaptieren oder mitentwickeln – über die OpenCoDE-Plattform oder bilateral. „Dass so ein Projekt von einer kommunalen Behörde wie Frankfurt initiiert wurde und gleichzeitig in enger Kooperation mit einem Landesministerium umgesetzt wird, ist außergewöhnlich“, betont Kastl. Die Hoffnung: ein Kulturwandel in der Verwaltung hin zu Kooperation, Wissensaustausch und digitalen Standards, die nicht in jeder Stadt neu erfunden werden müssen.

Dank der Lösung GA-Lotse lassen sich etwa Einschulungsuntersuchungen oder amtsärztliche Termine online verschieben, Unterlagen hochladen oder Dokumente digital empfangen. Vor allem aber profitieren die Bürgerinnen und Bürger mittelbar: „Wenn Mitarbeitende nicht mehr ihre Zeit mit dem Übertragen von Formularen oder dem Suchen nach Daten verbringen müssen, haben sie mehr Kapazität für Beratung, Prävention und Forschung“, sagt Kastl. Zudem liefert die Plattform in Echtzeit aggregierte

Gesundheitsdaten – ein wichtiger Schritt hin zu einem evidenzbasierten Handeln im Öffentlichen Gesundheitsdienst.

Eine bundesweite Nutzung der Software erscheint möglich – und ist ausdrücklich erwünscht. „GA-Lotse kann überall dort helfen, wo komplexe Prozesse einfach und sicher abgebildet werden sollen“, sagt Amtsleiter Tinnemann. „Und wo man den Mut hat, Verwaltung nicht nur digital, sondern auch

neu zu denken.“ Die Entwickler sehen in GA-Lotse nicht das Ziel, sondern den Anfang. „Wir haben eine skalierbare, offene Plattform geschaffen“, sagt Lusa. „Darauf kann man aufbauen – in Gesundheitsämtern, aber auch in anderen Bereichen wie der Feuerwehr oder Bürgerdiensten.“

Wiebke Reimann ist Pressesprecherin des Gesundheitsamts der Stadt Frankfurt am Main; Anja Prechel ist dort Mitarbeitende im Team für Kommunikation.

Anzeige



EGAL WO EGAL WANN EGAL WIE

MOBIL UND FLEXIBEL IM FINANZWESEN

Digitales mobiles Arbeiten, intuitive Bedienung, individuell gestaltete Arbeitsplätze und coole Standards!

Unsere Modern Clients sind das neue Gesicht von Infoma – und Ihr Ticket für einen Arbeitsplatz 2.0. Arbeiten Sie egal an welchem Ort, egal zu welcher Zeit, egal mit welchem Gerät.



Alle Highlights auf einen Blick:
Film ab!



Mit Digitallinie auf AR-Reise

Esra Alkhateeb

Wie könnten Städte in Zukunft aussehen? Die Digitallinie 302 – ein innovatives Gemeinschaftsprojekt der Städte Gelsenkirchen und Bochum – macht digitale Stadtentwicklung via Augmented Reality für alle erlebbar.

Entlang der Straßenbahnlinie 302 in Bochum und Gelsenkirchen können künftig alle App-Nutzenden mit ihrem eigenen Smartphone oder Tablet in virtuelle Welten eintauchen. In der Nähe ausgewählter Haltestellen zeigt die Digitallinie 302 mit Augmented Reality (AR) Stadtquartiere in Veränderung, visionäre Verkehrskonzepte oder interaktive Szenarien zur Klimaanpassung.

Die Digitallinie 302 wird als gemeinsames Projekt der Städte Gelsenkirchen und Bochum im Rahmen der Modellprojekte Smart Cities vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen gefördert. Das Ziel: Die Chancen der Digitalisierung für die Menschen vor Ort erlebbar und verständlich zu machen – direkt im öffentlichen Raum und kostenfrei für alle. Per Augmented Reality lässt sich dabei sowohl ein Blick zurück auf bereits Erreichtes werfen als auch nach vorn in den Entwurf einer smarten Stadt. Unterstützt werden die Nutzerinnen und Nutzer dabei von Potti, einem virtuellen Begleiter, der entlang der Strecke die digitalen Erlebnisse erklärt.

Kreation und Konzeption des Projekts sowie die technische Umsetzung erfolgten in enger



Bild vergrößern

Digitallinie macht smarte Stadtentwicklung erfahrbar.*

Zusammenarbeit mit dem Soester Softwareunternehmen SWCode. In gemeinsamen Kreativ-Workshops mit Stakeholdern aus beiden Städten wurden Ideen gesammelt, diskutiert und weiterentwickelt. Auf dieser Grundlage entstand schrittweise ein Augmented-Reality-Konzept, das auf die Besonderheiten der Linie 302 und die lokalen Gegebenheiten abgestimmt ist. Im Rahmen der technischen Entwicklung sind eigens erstellte AR-Szenen und 3D-Modelle entstanden, die über eine App erlebbar werden. Parallel dazu führten Gelsenkirchen und Bochum auf verschiedenen Veranstaltungen Nutzertests durch – das dort gewonnene Feedback floss direkt in die Weiterentwicklung ein und half, das Nutzererlebnis weiter zu verbessern.

Die Reise mit der Digitallinie 302 beginnt auf Gelsenkirchener Seite an der Haltestation Buer Rathaus – dort wird das Thema Mobilitätswende sichtbar. Im Rahmen des Masterplans Mobilität arbeitet die Stadt an der Verbesserung der Lebensqualität in den Quartieren. Über ein AR-Erlebnis erhalten die Nutzenden hier einen Eindruck davon, wie eine umgestaltete De-La-Chevallerie-Straße künftig aussehen könnte – mit mehr Platz für umweltfreundliche Verkehrsmittel wie Fahrräder, ÖPNV und Fußgänger.

Von dort aus geht es weiter zum Herzen Gelsenkirchens – der VEL-

* v.l.: Manfred vom Sondern, CIO der Stadt Gelsenkirchen (BL gkd-el); Denes Küçük, CDO der Stadt Bochum

TINS-Arena. Im ARENA PARK gibt es Einblicke in das Open Innovation Lab (OIL), ein Leuchtturmprojekt der Stadt Gelsenkirchen und eines der größten urbanen Reallabore der Region. Auf rund 140 Hektar werden innovative Technologien und Smart-City-Lösungen unter realen Bedingungen getestet. Userinnen und User der Digitallinie 302 können Einblicke in aktuelle Testmessungen und bereits erfolgreich umgesetzte Projekte der Stadt gewinnen. Ein Beispiel ist das Erlebnis „Bewegungsdaten für eine sichere Stadt“ – hier wird ein System zur Erfassung von Bewegungsdaten bei Großveranstaltungen vorgestellt. Wenn mehr als 60.000 Menschen zu Fußballspielen oder Konzerten strömen, hilft Sensorik dabei, anonymisiert Bewegungsströme zu messen (<https://www.kommune21.de/k21-meldungen/besucherstroemesteuern>). So können Einsatzkräfte frühzeitig auf Staus und Engstellen reagieren und für mehr Sicherheit sorgen. Im AR-Erlebnis lässt sich spielerisch nachvollziehen, welche Daten erhoben werden.

Am Heinrich-König-Platz in Gelsenkirchen wird Digitalisierung im öffentlichen Raum anschaulich umgesetzt. Sechs interaktive Stationen, darunter ein digitales Stadtmodell, visualisieren den Verlauf der Digitallinie 302 bis Bochum und ihre erlebnisorientierten Haltepunkte. Gleichzeitig dient der Platz als Fallbeispiel für klimaresiliente Stadtentwicklung: Aufgrund seiner vollständigen Versiegelung – bedingt durch die unterirdisch verlaufende Verkehrsinfrastruktur und multifunktionale Nutzung – heizt sich die Fläche an heißen Tagen stark auf. Drei AR-Erlebnisse vor Ort zeigen, wie mobile Schat-

tensponder auf dem Platz platziert werden könnten und machen deren Wirkung direkt erfahrbar. Ein weiteres Erlebnis verdeutlicht die thermische Belastung und sensibilisiert für die klimatischen Herausforderungen innerstädtischer Räume.

„Unsere Städte verändern sich. Digitalisierung, Klimawandel und Mobilität betreffen uns alle – und natürlich beschäftigen auch wir uns als Stadt intensiv mit diesen Themen. Mit der Digitallinie 302 holen wir sie raus aus dem Konzeptpapier und rein in den Stadtraum, direkt dorthin, wo die Menschen unterwegs sind. Damit der Wandel erlebbar wird – und alle mitreden können“, betont Sabrina Zimmermann, Projektverantwortliche seitens der Stadt Gelsenkirchen. Die Digitallinie 302 macht an diesen und weiteren Haltestellen in Gelsenkirchen erfahrbar, wie Digitalisierung und smarte Stadtentwicklung den Alltag verbessern können.

Bochum wiederum präsentiert sich entlang der Linie 302 als Stadt, in der Vergangenheit und Zukunft aufeinandertreffen. Die Digitallinie verbindet hier beeindruckende Orte des Wandels – von Industriekultur über Spitzensport bis hin zu digitalen Innovationen. Auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Holland zum Beispiel ist mit dem TGW Wattenscheid ein moderner Standort für Arbeiten, Netzwerken und Innovation entstanden. Sportliches Weltformat bot das neue Lohrheidestadion, das 2025 Austragungsort der FISU World University Games war. Der August-Bebel-Platz in Bochum wird nach dem Schwammstadt-Prinzip zu einem grünen, klimaangepassten Stadtraum umgestaltet. Im Westpark und der Jahrhunderthalle

verbinden sich Industriekulisse und Kultur – ergänzt durch den Bau des neuen Forschungs- und Depotgebäudes des Deutschen Bergbau-Museums. Das Rathaus Bochum steht heute für digitale Bürgerservices, während gegenüber mit dem Haus des Wissens ein Zentrum für Bildung, Innovation und Begegnung entsteht. Rund um den Hauptbahnhof prägt neue Architektur das Stadtbild, und im Innovationsquartier MARK 51°7 entsteht ein urbaner Standort für Forschung, Start-ups und Unternehmen.

Die interkommunale Zusammenarbeit zwischen Bochum und Gelsenkirchen bei der Digitallinie 302 folgt einer konsequenten Logik: Stadtgrenzen sind im Alltag und bei Zukunftsthemen wie Klimaanpassung, Mobilität und digitaler Teilhabe zunehmend irrelevant. Die gemeinsame Umsetzung stärkt Reichweite und Wirkung der Maßnahmen und unterstreicht, welches Potenzial in einem koordinierten kommunalen Handeln liegt.

Die Digitallinie 302 bildet den Auftakt für ein skalierbares Konzept digitaler Stadtentwicklung. Zukünftig können weitere Haltestellen und Erlebnispunkte ergänzt werden. Die entwickelten 3D-Modelle und AR-Szenen stehen unter Open-Source-Lizenz auf OpenCode bereit und lassen sich von anderen Kommunen adaptieren. Damit wird das Projekt zur übertragbaren Blaupause – für nachhaltige Mobilität, Stadtteilerneuerung und klimafreundliche Transformation.

Esra Alkhateeb ist Kommunikationsmanagerin bei der Gelsenkirchener Kommunalen Datenzentrale, dem IT-Dienstleister der Stadt Gelsenkirchen.

Alles in der SuperApp

Anna Reehuis

In ihrer SuperApp bündelt die Stadt Ahaus kommunale Dienstleistungen sowie Informationen von Unternehmen und Vereinen. Ein KI-Assistent ergänzt das Angebot.

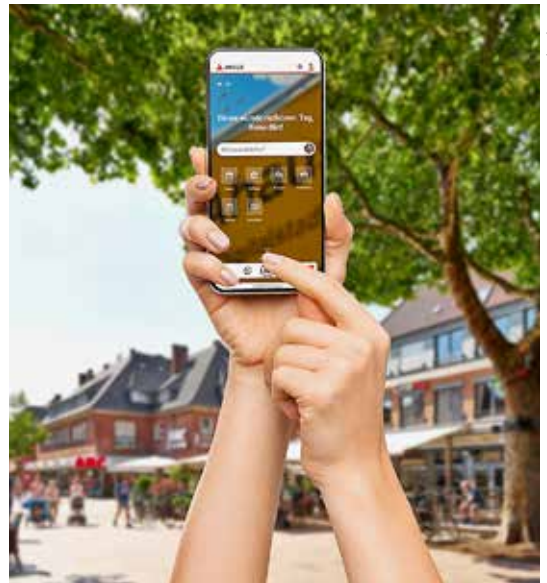
Als eine der ersten Städte Deutschlands bündelt Ahaus sämtliche lokal relevante Informationen, Dienstleistungen und Angebote in einer App. Die sogenannte SuperApp ist ein zentraler Baustein der Digitalisierungsstrategie 2028 der nordrhein-westfälischen Kommune und wurde in enger Zusammenarbeit von der Stadtverwaltung, Ahaus Marketing und Touristik und dem Ahauser Unternehmen Tobit Software erarbeitet. „Digitalisierung verbindet alle mit allem – genau das setzen wir in Ahaus Schritt für Schritt um“, sagt Bürgermeisterin Karola Voß. „Mit der neuen SuperApp schaffen wir einen direkten, einfachen Zugang zu allem, was den Menschen in unserer Stadt wichtig ist – Events finden, Bürgerservice nutzen, Gutscheine einlösen oder Informationen zu Projekten der Stadtplanung.“

Über die SuperApp können die Bürgerinnen und Bürger ihre Anliegen schnell und bequem online erledigen. Im Zentrum steht ein sogenanntes Springboard, das als digitaler Marktplatz fungiert und Informationen sowie Angebote aus den Bereichen Verwaltung, Handel, Gastronomie, Vereine und lokale Wirtschaft zusammenführt. Ein integrierter, auf Künstlicher Intelligenz (KI) basierender Assistent

übernimmt Anfragen, unterstützt bei Terminbuchungen und gibt personalisierte Empfehlungen. Über eine personalisierte ID können die User auf die unterschiedlichen Angebote zugreifen.

Die Stadtverwaltung kann mithilfe der App bestimmte Themen in den Fokus rücken. So will sie beispielsweise aktuelle Informationen über ein städteplanerisches Großprojekt bereitstellen und Fragen dazu direkt per KI beantworten. Nicht zuletzt profitieren lokale Dienstleister, Vereine und Unternehmen von der App. Sie können ihre Angebote einfach und kostenfrei in die Lösung integrieren, ohne selbst eine digitale Infrastruktur entwickeln zu müssen. „So entsteht ein echtes digitales Miteinander in Ahaus“, betont Bürgermeisterin Voß. „Wir schaffen eine Plattform, auf der Stadt, Wirtschaft und Gesellschaft gleichberechtigt und zukunftsorientiert zusammenwirken“, betont die Bürgermeisterin.

In der Digitalisierungsstrategie 2028 definiert Ahaus vier strategische Zielfelder: die digitale Stadt, die digitale Verwaltung, die ganzheitliche Digitalisierung und die Befähigung der Mitarbeitenden.



Stadt Ahaus

Von der SuperApp profitiert ganz Ahaus.

Zu den Digitalisierungsprojekten zählen digitale Parkraumbewirtschaftung, Sensorik zur Klimabeobachtung und ein Digitaler Zwilling. Die App unterstützt die Kommune dabei, diese Themen umzusetzen. „Wir wollen nicht nur mithalten, sondern vorausgehen“, erklärt Chief Digital Officer Thomas Spieker. „Deshalb investieren wir gezielt in digitale Technologien, die unsere Stadt lebenswerter, effizienter und moderner machen.“ Die SuperApp wird kontinuierlich weiterentwickelt. Als White-Label-Anwendung kann sie auch von anderen Städten genutzt werden.

Anna Reehuis war Pressesprecherin der Stadt Ahaus.

Geregelter KI-Einsatz

W. Heyder / A. Hensch / H. Hagdorn

KI kann die Verwaltungsarbeit erleichtern. Ihr Einsatz muss allerdings bestimmten Kriterien genügen. Die Stadt Eppingen hat dazu eine Dienstanweisung erlassen.

Beschleunigte Prozesse, entlastetes Personal und weniger Datenpannen zählen zu den Vorteilen, die eine Künstliche Intelligenz (KI) in die öffentliche Verwaltung bringen kann. Davon will auch die Stadt Eppingen profitieren und hat unter Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen die KI-Nutzung in der Verwaltung zugelassen. Vorab hat die baden-württembergische Kommune allerdings Rücksprache mit dem Datenschutzbeauftragten gehalten und die wichtigsten datenschutzrechtlichen Aspekte des KI-Einsatzes per Dienstanweisung geregelt. Da die Beschäftigten KI immer häufiger auch im privaten Alltag nutzen, ist solch ein verbindlicher Regelungsrahmen unerlässlich.

Als Verwenderin der KI ist die Stadt Eppingen dafür verantwortlich, dass personenbezogene Daten sicher sind. Aus diesem Grund untersagt die Dienstanweisung den Mitarbeitenden die Eingabe solcher Daten. Primär eingesetzt wird die KI in der Ideenfindung, der Korrektur oder der Übersetzung von Texten sowie für das schnelle Erstellen von Textentwürfen.

Wenn Mitarbeitende dienstliche Aufgaben mit privaten KI-Accounts erledigen, birgt dies Datenschutz- und urheberrechtliche Risiken.

Werden beispielsweise bei der Bildbearbeitung, Textgenerierung oder -analyse private KI-Zugänge genutzt, kann es schnell zu erheblichen Datenlecks kommen. Eine klare Trennung zwischen beruflicher und privater Verwendung ist deshalb unabdingbar. Die Mitarbeitenden dürfen während ihres Dienstes nur über berufliche Accounts auf die KI zugreifen. Auf diese Weise beugt die Dienstanweisung haftungsrechtlichen Konsequenzen vor. Gleichzeitig sorgt sie bei den Mitarbeitenden für Klarheit, welche Tools sie verwenden dürfen.

Gemäß Artikel 4 des EU AI-Acts müssen Mitarbeiter, die mit dem Betrieb und der Nutzung von KI-Systemen befasst sind, über ein angemessenes Maß an KI-Kompetenz verfügen. Dies muss durch Schulungen und Weiterbildungen sichergestellt werden. Zwar macht die Gesetzesbegründung zur KI-Verordnung bislang keine konkreten Schulungsvorgaben. Es sollten allerdings technische, rechtliche und ethische Aspekte abgedeckt werden. Dazu zählt auch, über die Risiken des KI-Einsatzes zu informieren.

Mit einer umfassenden Mitarbeiterschulung ist die Stadt Eppingen



Eppingen setzt KI verantwortungsvoll ein.

diesen Anforderungen nachgekommen. Es wurden in diesem Rahmen nicht nur die datenschutzrechtlichen Aspekte beim KI-Einsatz herausgearbeitet. Es wurde auch erläutert, welche Nutzung zugelassen ist. Damit sie tatsächlich zur Arbeitserleichterung führt, wurden den Mitarbeitenden außerdem nützliche Tipps für den Umgang mit einer KI an die Hand gegeben. Dabei spielt vor allem eine präzise und konkrete Fragestellung eine wichtige Rolle. Nicht zuletzt wurden die Mitarbeitenden darüber aufgeklärt, dass die KI zwar als Unterstützung eingesetzt werden kann, sie aber die Richtigkeit der von der KI generierten Informationen stets überprüfen müssen.

Dr. Wolfgang Heyder ist Geschäftsführer und Alina Hensch Prokuristin bei Heyder + Partner Tübingen. Hilmar Hagdorn ist Leiter der Abteilung Personal & Organisation bei der Stadt Eppingen.

Mehr Druck als Wirkung

Die Bilanz der OZG-Umsetzung fällt in kleinen Kommunen ernüchternd aus. Das zeigt eine Studie der Hochschule Harz. Die Vorgaben des Gesetzes werden dort als wenig hilfreich und teilweise sogar als hinderlich für die Digitalisierung wahrgenommen.

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland gilt als zentraler Hebel für mehr Effizienz, Bürgernähe und Zukunftsfähigkeit. Doch vor allem auf kommunaler Ebene ist der digitale Fortschritt ein zähes Unterfangen. Eine Untersuchung des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz, veröffentlicht in der Schriftenreihe Local Government Transformation (Heft 15, 2025), widmet sich der Frage, wie kleine Kommunen mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) umgehen – und warum die Bilanz ernüchternd ausfällt.

Das OZG von 2017 sollte Verwaltung neu denken: Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollten bis Ende 2022 alle relevanten Verwaltungsleistungen online beantragen können. Die Umsetzung scheiterte krachend. Nur ein Bruchteil der Leistungen wurde digitalisiert. Der Bundesrechnungshof kritisierte in seinem Bericht von 2023 massive Defizite, darunter fehlende Steuerung, mangelnde Standardisierung, unklare Zuständigkeiten und unzureichende Ressourcen.

Mit dem „Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes“ (OZG 2.0) wurde 2024 nachgebessert.

Ziel sind eine fokussiertere Umsetzung, verbindliche Standards und die gesetzliche Verankerung der Ende-zu-Ende-Digitalisierung. Doch wie kommen diese Reformimpulse auf der Basisebene an?

Die Studie der Hochschule Harz verzichtet bewusst auf quantitative Vergleiche per Fragebogen. Stattdessen wurden 22 qualitative Interviews mit Hauptverwaltungsbeamten und operativ Verantwortlichen für Digitalisierung (OZG-Beauftragte) in zwölf kleinen Kommunen (unter 10.000 Einwohnern) in sechs Bundesländern durchgeführt. Die Auswahl der Kommunen orientierte sich an den OZG-Umstellungsständen im Digitalisierungsdashboard – mit dem Ziel, ein möglichst breites Spektrum kommunaler Erfahrungswerte abzubilden. Durch die Kombination von Verwaltungsleitung und operativer Ebene erlaubt das Design nach Angaben der Hochschule eine differenzierte Analyse zwischen strategischem Anspruch und tatsächlicher Umsetzungspraxis.

Alle befragten Kommunen erkennen die Notwendigkeit der Verwal-



Nicht jede OZG-Leistung ist für kleine Gemeinden relevant.

tungsdigitalisierung an. Sie sehen darin einen Beitrag zur Modernisierung, Attraktivitätssteigerung als Arbeitgeber sowie langfristig zur Entlastung ihrer Mitarbeitenden. Das OZG jedoch wird als wenig hilfreicher, teils sogar hinderlicher Impuls wahrgenommen. Viele Kommunen bewerten das Gesetz als zu technokratisch, zu unklar und zu realitätsfern – vor allem für ihre Größe und Ressourcenlage. „Ich finde das ganze Gesetz überflüssig. Hätten die Kommunen auch ohne das Gesetz angefangen, wäre es vielleicht besser gelaufen“, so ein Hauptverwaltungsbeamter im Interview.

Fast alle befragten Kommunen bieten einzelne OZG-Leistungen online an, meist in Form von Formularen zum Download (Reifegrad 1). Medienbruchfreie Verfahren

sind selten, Once-Only-Prinzipien oder Ende-zu-Ende-Digitalisierung kaum realisiert. Viele Prozesse werden nach wie vor analog weiterverarbeitet. Die Gründe liegen in mangelnder Integration der Fachverfahren, heterogenen Softwarelandschaften und fehlenden Standards. Zitat: „Wir sind halb digital. Die Formulare gibt es online – aber es fehlt die Verbindung zum Fachverfahren.“

Ein zentrales Ergebnis der Studie: In den meisten Kommunen gibt es maximal eine Person, die sich nebenbei mit der OZG-Umsetzung befasst. Eigene Digitalisierungsteams existieren kaum. Die Verantwortlichen sind oft gleichzeitig für IT, Organisation, Datenschutz oder Personal zuständig. Eine strategische Steuerung ist so kaum möglich. Auch das politische Interesse an der Verwaltungsdigitalisierung ist gering: In Gemeinderäten und Bürgermeisterbüros wird das Thema kaum priorisiert. Haushaltsmittel für Digitalisierungsmaßnahmen werden meist nur bereitgestellt, wenn es externe Fördermittel gibt.

Ein zentrales Problem ist die föderale Organisation des deutschen Verwaltungssystems: Während der Bund Standards definiert, sind die Länder für die Umsetzung zuständig – und die Kommunen letztlich für die Leistungserbringung. Viele Kommunen berichten von unzureichender Unterstützung durch ihre Landesregierung. Ansprechpersonen wechseln häufig, Informationen sind unvollständig oder nicht praxistauglich aufbereitet. Koordination findet kaum statt. Zudem fehlen verbindliche Vorgaben zur IT-Architektur, zur Softwareauswahl oder zur Integra-

tion in bestehende Systeme. Dies führt zu teuren Einzellösungen und Medienbrüchen.

Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) gilt als Schlüssel zur Digitalisierung kleiner Kommunen. Doch in der Praxis sind viele Kooperationsstrukturen träge, intransparent oder teuer. Die Umlagen für landesweite IT-Dienstleistungen erscheinen vielen kleinen Kommunen im Verhältnis zu ihren Budgets als zu hoch. Stattdessen entstehen teilweise informelle Kooperationsnetzwerke mit Landkreisen oder Nachbargemeinden, die als praxistauglicher wahrgenommen werden.

Die Autorinnen und Autoren der Studie kommen zu dem Schluss: Das OZG ist für kleine Kommunen kein wirksames Steuerungsinstrument der Digitalisierung. Vielmehr entsteht Digitalisierung dort, wo interne Kompetenzen, personelle Kapazitäten und externe Unterstützung vorhanden sind – unabhängig vom Gesetz. Während das OZG immerhin für Aufmerksamkeit gesorgt hat, sind die Hürden für die praktische Umsetzung zu hoch. Reifegradmodelle und Fristsetzungen erzeugen mehr Druck als Wirkung.

Aus den Erkenntnissen der Studie der Hochschule Harz lassen sich mehrere Handlungsempfehlungen ableiten. Dazu zählen:

- klare, verbindliche IT-Vorgaben und Standards zur Reduzierung von Komplexität,
- eine niedrigschwellige, dauerhafte Unterstützung durch zentrale IT-Dienstleister – nicht nur auf Projektbasis,
- die stärkere Integration kommunaler Per-

spektiven in die Digitalstrategie (etwa über kommunale Repräsentanz im IT-Planungsrat),

- verbindliche Regelungen zur Beteiligung und Finanzierung kommunaler Umsetzung.

Das Fazit der Studie: Für Kommunen ist es entscheidend, die digitalen Basiskompetenzen aller Mitarbeitenden durch gezielte Fortbildungen zu stärken. Ebenso wichtig ist die strategische Verankerung der Digitalisierung auf Leitungsebene, im Idealfall unterstützt durch einen politischen Digitalausschuss. Darüber hinaus sollten Kommunen aktiv Kooperationen suchen und pflegen, auch in informeller Form, etwa durch den regelmäßigen Austausch mit Nachbargemeinden oder Landkreisen. Schließlich gehört auch der Mut zur Priorisierung dazu, denn nicht jede OZG-Leistung ist für jede Kommune gleichermaßen relevant.

Die Untersuchung der Hochschule Harz liefert einen wichtigen Beitrag zur Debatte um die Verwaltungsdigitalisierung in Deutschland. Sie zeigt, dass Digitalisierung kein Selbstläufer ist – und kein Projekt, das man kleinen Kommunen einfach überstülpen kann. Vielmehr braucht es passgenaue Unterstützung, realistische Erwartungen und eine konsequente Ausrichtung auf die tatsächlichen Bedarfe vor Ort.

Alexander Schaeff

Link-Tipp

Bong, Eileen et al.: Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes in kleinen Kommunen – Erfahrungen und Probleme. Schriftenreihe Local Government Transformation, Hochschule Harz, Nr. 15, 2025.

- <https://t1p.de/zjvry>

OZG-Umsetzung vor Ort

David Rodriguez Fernandez

Kommunen sehen sich bei der OZG-Umsetzung mit Personalmangel, knappen Ressourcen und komplexer IT konfrontiert. Das Land Niedersachsen reagiert mit zentral bereitgestellten Efa-Diensten, Wissenstransfer und der Bündelung von Zuständigkeiten.

Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) ist ein zentraler Baustein der digitalen Transformation im öffentlichen Sektor. Mit mehr als 1.000 bereits digital beantragbaren Verwaltungsleistungen und einer Vielzahl weiterer Leistungen im Roll-out zeigt sich: Die Digitalisierung der Verwaltung ist in Bewegung, aber längst nicht am Ziel. Der Weg ist anspruchsvoll – insbesondere für die Kommunen, die das Rückgrat der Umsetzung bilden. In Niedersachsen sind für 1.069 Verwaltungsleistungen flächendeckend Onlinedienste verfügbar. Weitere 742 Leistungen sind in mindestens einer Kommune digital nutzbar.

In Niedersachsen befinden sich die von Bürgern und Unternehmen häufig genutzten Leistungen – die sogenannten Fokusleistungen – sowie Leistungen von föderalem Interesse im Roll-out. Darunter sind die elektronische Wohnsitzanmeldung, ElterngeldDigital oder die EheschließungOnline. Leider konnte der digitale Zugang zu diesen Leistungen bislang nur in 22 Prozent der 2.283 Vollzugsbehörden des Landes realisiert werden.

Ein wichtiger Schritt zur Entlastung der Kommunen und zur Beschleunigung des Roll-outs: Die



Laricha/stock.adobe.com

Niedersachsen will die OZG-Umsetzung beschleunigen.

Onlinedienste nach dem Einer-für-Alle(Efa)-Prinzip für Fokusleistungen und Leistungen von föderalem Interesse werden inzwischen vom Land zentral und kostenfrei bereitgestellt. Auch die Kosten für Schnittstellen zwischen Efa-Onlinediensten und Fachverfahren werden jetzt zentral vom Land übernommen. Damit werden die Kommunen weiter finanziell entlastet. Auch zukünftig will das Land gemeinsam mit den Kommunen und den kommunalen IT-Dienstleistern weitere Hürden auf dem Weg zur flächendeckenden Nutzbarkeit der Fokusleistungen und der Leistungen von föderalem Interesse beseitigen.

Die vom Land geförderte Initiative „Digitale Kommune Nie-

dersachsen“, gestartet im Herbst 2023, hat erstmals systematisch die Herausforderungen der Kommunen erhoben. Mehr als 250 von 440 Kommunen haben teilgenommen. Die Ergebnisse zeigen ein heterogenes Bild: Während größere Kommunen strategisch und operativ besser aufgestellt sind, kämpfen kleinere Verwaltungen mit fehlenden IT-Fachkräften, komplexen Prozesslandschaften und parallelen analogen sowie digitalen Abläufen.

Nicht in allen Kommunen sind alle notwendigen finanziellen Mittel zur Umsetzung von Digitalisierungsprojekten verfügbar. Die größten Hürden liegen aber im Prozessmanagement und der IT-Komplexität. Digitalisierung be-

deutet nicht nur Technik, sondern auch tiefgreifender organisatorischer Wandel. Viele Kommunen wünschen sich einfachere Prozesse, mehr Effizienz und stärkere interkommunale Kooperationen. Die Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen wird als zu komplex empfunden.

Neben der finanziellen Förderung unterstützt das Land Niedersachsen seine Kommunen durch die Bündelung und zentrale Bereitstellung von Wissen und Best Practices. In mehr als 20 Informationsveranstaltungen wurden die EfA-Onlinedienste vorgestellt. Step-by-Step-Anleitungen führen die Kommunen durch den durchaus komplexen Anbindungsprozess. Um sie auch praktisch gezielter unterstützen zu können,

arbeitet das Land in Zukunft enger mit den sechs niedersächsischen IT-Dienstleistern zusammen, die den Roll-out bei „ihren“ Kommunen umsetzen sollen. Mit der Einführung und Anschubfinanzierung eines DigitalHub beim IT-Dienstleister GovConnect sollen die Roll-out-Strukturen dauerhaft etabliert und weiterentwickelt werden. Der vom Land unterstützte DigitalHub soll dabei künftig für alle Themen der Verwaltungsdigitalisierung als zentraler Ansprechpartner für die Kommunen dienen.

Ein weiterer Schritt hin zu einer Beschleunigung des digitalen Wandels in Niedersachsen war die Einrichtung einer eigenen Abteilung für Digitalisierung im Niedersächsischen Ministerium für

Inneres, Sport und Digitalisierung zum 1. September 2025. Mit der Berufung von Anke Pörksen zur Staatssekretärin für Digitalisierung wurde die strategische Steuerung gebündelt. Ihre Aufgabe: Eine noch effektivere ressortübergreifende Koordination, die schnelle Umsetzung des OZG, die Entwicklung einer landesweiten Datenstrategie sowie die Förderung von KI-Anwendungen und Cybersicherheit. Der Fokus soll aber auch auf der Vereinfachung und Beschleunigung von Verwaltungsprozessen liegen, die dann unkomplizierter digitalisiert werden können.

David Rodriguez Fernandez ist Koordinator für EfA-Onlinedienste im Niedersächsischen Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung.

Anzeige



tts
learning architects

IT-FACHVERFAHREN EINFÜHREN – GANZ OHNE DRAMA

DIGITALISIERUNGSSCHMERZ?

KANNSTE KNICKEN.

MIT PASSGENAUER QUALIFIZIERUNG.



JETZT LOSLEGEN!

Schneller zum Jagdschein

Benjamin Klein

Die Onlinedienste Jägerprüfung und Jagdschein sorgen im niedersächsischen Heidekreis für erhebliche Erleichterungen bei allen Beteiligten. Die Sachbearbeitung profitiert dabei vor allem von einer großen Zeit- und Aufwandsersparnis.

Mit den OZG-Leistungen „Jägerprüfung und Jagdschein“ sollen jagdrechtliche Belange wie die Beantragung eines Jagdscheins oder die Zulassung zur Jägerprüfung digital abgebildet werden. Um sich die Arbeit rund um Jagdangelegenheiten zu erleichtern, arbeitet etwa der Heidekreis bereits seit rund sieben Monaten mit entsprechenden Onlinediensten des Anbieters GovConnect. Das heißt für die niedersächsische Kommune vor allem: deutlich kürzere Bearbeitungszeiten und mehr Anträge als erwartet, wie Laura Müller, Fachgruppenleiterin für den Bereich Allgemeines Ordnungs-, Ausländer- und Jagdwesen beim Heidekreis, berichtet.

Der Heidekreis zeichnet sich insgesamt durch einen hohen Digitalisierungsgrad aus, die Beauftragung der Onlinedienste im Bereich Jagd war daher ein logischer Schluss für die Kommune. Inzwischen wickeln die Verwaltungsmitarbeitenden des Landkreises viele zentrale Tätigkeiten rund um den Jagdschein digital ab. Von der Beantragung von Jagdscheinen, über deren Verlän-



WildMedia/stock.adobe.com

Der Heidekreis wickelt viele Anliegen rund um den Jagdschein digital ab.

gerung bis hin zur Anmeldung zur Jäger- oder Falknerprüfung kann von den Bürgerinnen und Bürgern alles bequem von zu Hause aus erledigt werden. Auch die Bezahlung ist digital möglich. Als E-Payment-Komponente wird im Heidekreis pmPayment, ebenfalls aus dem Hause GovConnect, genutzt.

Vor allem für die Sachbearbeitung bieten die Jagd-Onlinedienste eine große Zeit- und Aufwandsersparnis. Bezieht man alle involvierten Bereiche ein, so konnte die reine Bearbeitungszeit von 45 auf 20 Minuten mehr als halbiert werden. „Es ist schneller und leichter geworden, Jagdanträge zu bearbeiten. Sie lassen sich problemlos wie eine digitale Checkliste abarbeiten“,

erklärt Laura Müller. Schon jetzt lässt sich abschätzen, dass in den kommenden zwei Jahren rund 90 Arbeitstage eingespart werden können, wenn weiterhin etwa die Hälfte der eingehenden Anträge online abgewickelt wird.

Durch das leichte Handling der Onlinedienste wird auch die Vertretung untereinander einfacher. So könnten beispielsweise Anträge im Krankheitsfall direkt weiterbearbeitet werden, berichtet Laura Müller. Das bedeutet auch für die Antragstellenden weniger Wartezeit, bis Anträge bearbeitet sind.

Inzwischen wurden im Heidekreis über 300 Anträge erfolgreich mit den Jagd-Onlinediensten ge-

Link-Tipp

Weitere Informationen unter:

- www.govconnect.de

stellt. Laura Müller verrät: „Damit haben wir tatsächlich gar nicht gerechnet, dass schon im ersten halben Jahr die Hälfte der geschätzten Anträge online erfolgt.“ Selbst ältere Jagdscheininhaber scheuten die digitalen Dienste nicht.

Ein weiterer Vorteil für die Sachbearbeitung ist die Ende-zu-Ende-Digitalisierung der Onlinedienste. Diese ermöglicht es, den Prozess von der Anmeldung bis zur Weitergabe der Informationen ins Fachverfahren komplett digital abzubilden. Anträge, die bisher mühselig von Hand eingescannt und im System hinterlegt werden mussten, können durch die Integration der GovForms-Onlinedienste in das Modul AntragOnline von Condition Workoffice nun problemlos medienbruchfrei weiterverarbeitet werden. Alle Dokumente werden automatisch der digitalen Akte hinzugefügt und die notwendigen Prozesse im Fachverfahren in Abhängigkeit der Angaben im Onlineantrag bereits für die Sachbearbeitenden vorselektiert und befüllt. Die Datenübertragung erfolgt sicher und der gesamte

Workflow wird durch das nahtlose Zusammenspiel optimiert.

Als Pilotkommune war der Heidekreis maßgeblich an der Entwicklung der Onlinedienste Jägerprüfung und Jagdschein beteiligt. Aktuelle gesetzliche Vorgaben wie zum Beispiel das für den Landkreis relevante Niedersächsische Jagdgesetz (NJagdG) sowie der XJagd-Standard wurden eingehalten – doch neben den rechtlich notwendigen Aspekten konnten auch praktische Anpassungen wie zusätzliche Upload-Funktionen berücksichtigt werden. Eine nahe Anlehnung an die Bedarfe der Kommunen bringen die Onlinedienste deshalb von Haus aus mit. Durch die enge Abstimmung mit dem Landkreis konnte auch die Auslieferung der Dienste innerhalb kurzer Zeit erfolgen. Insgesamt werden mit den Jagd-Onlinediensten nun über 90 LeiKa-Leistungen abgedeckt.

Ein zusätzlicher Vorteil ist die Möglichkeit, eine Terminbuchungslösung in die Antragsformulare zu integrieren. Diese Option ist mitt-

lerweile in die GovForms-Onlinedienste eingebettet und kann etwa zum Einsatz kommen, wenn rechtliche Grundlagen das persönliche Erscheinen des Antragstellers notwendig machen. Die Terminbuchung lässt sich deshalb über das angebundene Terminbuchungstool der Firma FrontDesk lösen.

Der Heidekreis hat für die Jagd-Onlinedienste bereits von mehreren Seiten positives Feedback erhalten. Nicht nur die Sachbearbeitung ist begeistert, dass etwa zusätzlicher Schriftverkehr und Telefonate aufgrund fehlender Dokumente reduziert wurden. Auch die Antragsteller freuen sich über die Bedienerfreundlichkeit der Onlinedienste. Da sie die notwendigen Unterlagen direkt hochladen können und bei fehlenden Dokumenten einen Hinweis erhalten, behalten sie stets den Überblick. Daraus ergibt sich eine ebenso effiziente wie bürgerfreundliche Antragstellung.

Benjamin Klein ist Produktmanager für GovForms bei der GovConnect GmbH, Oldenburg.

Anzeige



Ihre Arbeitsrealität
im Ausländerwesen?

KOMMUNIX | VOIS
SOFTWARE, SYSTEME & BERATUNG SOFTWARE

So bequem wie Netflix

Uwe Warnecke

Weniger das Onlinezugangsgesetz als vielmehr die entsprechende Erkenntnis in den Kommunen forciert die Bereitstellung von Onlinebürgerservices. Dabei beschleunigt ein flexibles und pragmatisches Vorgehen der Städte und Gemeinden die Digitalisierung erheblich.

Sukzessive steigt die Zahl der Onlineservices für Bürger und Unternehmen. Dabei ist das Tempo in den Kommunen sehr unterschiedlich. Nicht deren Größe ist hierbei entscheidend, sondern die Einstellung, dass die Digitalisierung von Anträgen viele Vorteile hat. Das Onlinezugangsgesetz (OZG) trägt offenkundig nur bedingt dazu bei, wenn Kommunen wirklich intensiv daran arbeiten, vielfältige Onlineangebote zu machen. Eine von vielen Kommunen, die sich intensiv um Digitalisierung bemühen, ist die nordrhein-westfälische Stadt Rhede. Bürgermeister Jürgen Bernsmann: „Insgesamt wollen wir mit den digitalen Dienstleistungsangeboten eine vollständig digitale, einheitliche und nutzerfreundliche Verwaltung etablieren – neben dem persönlichen Kontakt vor Ort, telefonisch und per E-Mail.“

So wie in Rhede wird mittlerweile in vielen Städten und Gemeinden gedacht, unabhängig von der Einwohnerzahl. Naturgemäß sind die personellen und wirtschaftlichen Ressourcen dabei in größeren Städten stärker ausgeprägt. So hat Niedersachsens Landeshauptstadt Hannover eine Taskforce Digitalisierung unter der Leitung von Lenart Schaer aufgestellt. Onlineser-

vices werden ständig ergänzt und optimiert.

In Hannover und vielen anderen Städten treiben Menschen, die der Digitalisierung gegenüber aufgeschlossen sind, die Umsetzung voran, weil sie die Notwendigkeit erkannt haben. Das OZG hat dabei teilweise geholfen. Christian Springfeld, Bürgermeister der niedersächsischen Stadt Springe, beschreibt das so: „Das OZG gab Rückenwind, entscheidend aber war die Lebenswirklichkeit der Menschen. Wer ganz bequem und alltäglich online einkauft und Filme und Serien streamt, der erwartet vom Staat vollkommen zu Recht mindestens den gleichen Standard im digitalen Angebot der Bürgerservices. Das muss der Anspruch sein: Bürgerservices so bequem wie Amazon und Netflix.“

Die Stadt Springe setzt, ebenso wie mittlerweile bundesweit mehr als 300 Kommunen, auf die Lösung NOLIS | Rathausdirekt für Dienstleistungsangebote, Onlineservices und damit verknüpfte Basisleistungen. David Jauch, Prokurist bei NOLIS sagt: „Wir haben über viele Jahre gelernt, was in Verwaltungen



Bürgerservices müssen so einfach zugänglich sein wie Medien.

bei der Realisierung von Onlineangeboten wichtig ist. Das hat unsere Vorgehensweise im Bereich OZG stark beeinflusst. Nahe an der Praxis, und nicht dominiert von dem Willen, zwingend eine völlig neue Lösung aus dem Boden zu stampfen.“

Die grundlegende Frage ist, wie Onlineservices bereitgestellt werden können – auch unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte. Christian Schumacher, OZG-Consultant bei NOLIS: „Es gilt, für jeden Prozess den richtigen Onlineservice auszuwählen: EfA-Dienst, Webformular oder das Front End eines bewährten Fachverfahrens. Der Ansatz, alles über den gleichen Weg zu lösen, hat sich als teure Sackgasse erwiesen.“ Einen sehr pragmatischen Ansatz vertritt auch Achim Janssen, bei der Stadt Hattersheim für Onlineservices zu-

ständig – und das mit Erfolg: „Laut offizieller Statistik des Landes sind wir nach wie vor auf Platz 1 der OZG-Umsetzung in Hessen mit über 200 Onlineservices.“ Dabei spielt auch die Bereitschaft, den jeweils effizientesten Weg zu gehen, eine große Rolle. Janssen: „Wir setzen zwei EfA-Dienste ein, die elektronische Wohnsitzanmeldung und Eheschließung online. Insgesamt decken wir damit etwa 16 OZG-Leistungen ab. Zudem nutzen wir 86 mit NOLIS | smartForms selbst erstellte Formulare.“ Darüber hinaus werden auch Front-End-Formulare der Fachverfahren angeboten. Janssen: „Die sind mir ganz lieb, weil sie eine fast perfekte Integration in das Fachverfahren bieten und wenig eigene Arbeit erfordern, aber es gibt sie selten.“

Ähnlich offen bezüglich der eingesetzten Services ist die Vorgehensweise in anderen Kommunen. Santos Reyländer, zuständig für Digitalisierungsprozesse bei der Stadtverwaltung Rhede, berichtet von 119 einzelnen Leistungen, die über EfA-Dienste angeboten wer-

den. Zudem wurden 176 Formulare selbst erstellt, davon 50 für OZG-Leistungen. Darüber hinaus gibt es die Front Ends der Fachverfahren. Bei der Stadt Springe sind es zwei EfA-Leistungen, mehr als 30 selbst erstellte Formulare und einige Drittangebote. Zudem wird die Möglichkeit genutzt, User-Front-Ends von NOLIS-Fachsoftware nahtlos und optisch einheitlich in das Stadtportal zu integrieren.

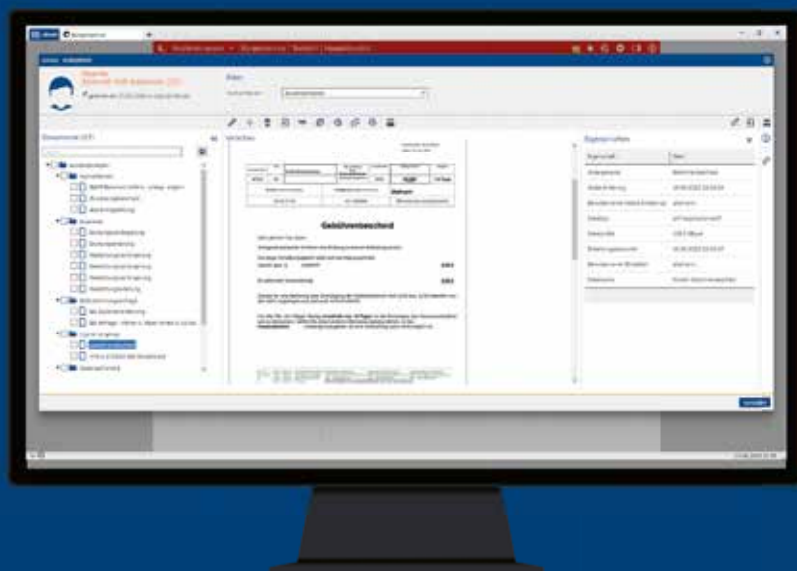
Hinsichtlich der Akzeptanz von EfA-Leistungen ist neben der Verfügbarkeit das Thema Zuständigkeit ein wichtiger Faktor. „Bislang haben wir mit der elektronischen Wohnsitzanmeldung erst einen EfA-Dienst aktiviert. Für das Gros der Aufgaben, für die es eine EfA-Leistung gibt, besteht in unserer Gemeinde keine Zuständigkeit“, erklärt Partho Banerjea, CIO im niedersächsischen Neu Wulmstorf. „Wir haben einen starken Mix aus selbst erstellen Formularen über den integrierten Formular-Editor unseres NOLIS | CMS und den Einkauf von Front-End-Formularen bei Fachverfahren.“

Eine wichtige Rolle spielt die weitere Bearbeitung von Anträgen. „Vielfältige Schnittstellen in das DMS oder das jeweilige Fachverfahren sind in Betrieb, sofern das aufnehmende System mitspielt“, meint Lina Scheiermann, Produktverantwortliche bei NOLIS. Achim Janssen: „Für die meisten OZG-Formulare gibt es aber tatsächlich kein Fachverfahren. NOLIS wurde auch wegen des integrierten Bearbeitungssystems ausgewählt. In den meisten Fällen genau das, was benötigt wird; DSGVO-konformer Datenaustausch mit dem Antragsteller, Statistikfunktionen, eindeutige IDs und Zeitstempel – und eine einfache Handhabung. Das ist eine starke Erleichterung und Zeitersparnis für die Sachbearbeitung.“ Zusammenfassend drückt Partho Banerjea aus, was in allen Gesprächen mit kommunalen Vertretern deutlich wird: „Es besteht keine Alternative zur Digitalisierung. Aber es ist noch ein langer Weg.“

Uwe Warnecke ist Geschäftsführer des E-Government-Spezialisten NOLIS.

Anzeige

Mit VOIS|ADVIS:
Sie behalten alles
im Blick. Schnell,
einfach und sicher.



Dank eWA leichter umziehen

Ein Erfolgsprojekt im Rahmen des OZG ist die elektronische Wohnsitzanmeldung (eWA). Sie ist bereits in mehreren Bundesländern flächendeckend verfügbar.

Wer den Wohnort wechselt, muss dies den Behörden mitteilen. In zahlreichen Kommunen in ganz Deutschland kann hierfür dank der elektronischen Wohnsitzanmeldung (eWA) mittlerweile der Gang aufs Amt entfallen. Der Onlinedienst ermöglicht es, alle Änderungen digital vorzunehmen und die Anmeldung bequem vom neuen Zuhause aus zu erledigen. Konnte der Dienst zu Beginn nur von unverheirateten Personen ohne minderjährige Kinder in Anspruch genommen werden, die innerhalb der Stadt umziehen, wurde der Nutzerkreis

mittlerweile auf Familien in unterschiedlichsten Patchwork-Konstellationen erweitert und ist auch bei einem Umzug mit Ortswechsel nutzbar.

Entwickelt wurde die elektronische Wohnsitzanmeldung im Rahmen der OZG-Umsetzung vom

Amt für IT und Digitalisierung der Senatskanzlei Hamburg in Kooperation mit dem Bundesinnenministerium nach dem Einer-für-Alle-Prinzip. In Hamburg startete der

Pfalz. In vielen weiteren Ländern wie Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Bayern oder Baden-Württemberg ist zudem schon ein Großteil der Meldebehörden an eWA angebunden. In Brandenburg hingegen bietet bislang nur die Landeshauptstadt Potsdam den Dienst an. Insgesamt profitiert aber bereits mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung von eWA.

„Dass wir in Rheinland-Pfalz die digitale Wohnsitzanmeldung flächendeckend anbieten können, ist ein starkes Zeichen für den Erfolg kooperativer Digitalpolitik“, kommentiert Digitalministerin

Dörte Schall. „Das Prinzip Einer für Alle wird so zum echten Mehrwert: Ein zentrales Angebot, flexibel integriert – für einfache und einheitliche Abläufe auf kommunaler Ebene und für alle Bürgerinnen und Bürger unkompliziert, einheitlich und zeitsparend nutzbar.“ Das Projekt zeige, was möglich sei, wenn Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen, so der rheinland-pfälzische Innenminister Michael Ebling.

Bettina Weidemann



Mit eWA online im neuen Zuhause anmelden.

Service im September 2022 offiziell in den Pilotbetrieb, im Rahmen des bundesweiten Roll-outs wird eWA seitdem schrittweise in ganz Deutschland verfügbar gemacht.

Ziel ist es, den Dienst bis Ende 2025 in nahezu allen Bundesländern flächendeckend zur Verfügung zu stellen – bereits erreicht wurde dies etwa in Hamburg selbst, außerdem in Bremen, Berlin, Schleswig-Holstein und seit August dieses Jahres in Rheinland-

Link-Tipp

Weitere Informationen unter:

- <https://wohnsitzanmeldung.gov.de>

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

- E-Government / Personalwesen / IT-Dienstleistung 51
- Friedhof / Spezial-Software / E-Procurement /
E-Partizipation 52
- Dokumenten-Management / Consulting 53
- CMS | Portale / Finanzwesen / OZG-Lösungen /
Geodaten-Management / Breitband / IT-Infrastruktur / Apps 54
- IT-Security / ITSM / RIS / Schul-IT / E-Formulare /
Digital Signage / KI 55
- Komplettlösungen 56 - 57

Anzeige

D-0	 Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe	TSA Public Service GmbH Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20 06108 Halle (Saale) Telefon: 0345 / 773874-0 E-Mail: info@tsa.de Internet: www.tsa.de	TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/II 5, Ideen- und Beschwerdemanagement, Integration von Verwaltungsdaten, II 5-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.
D-0		brain-SCC GmbH Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 06217 Merseburg Telefon: 03461 / 25 99 510 Fax: 03461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de Internet: www.brain-scc.de	Die brain-SCC GmbH ist ein führender und TÜV-zertifizierter IT- und Mediendienstleister mit Sitz in der Dom- und Hochschulstadt Merseburg. Das Unternehmen hat sich auf zwei innovative Produkte für den öffentlichen Sektor spezialisiert, welche zu dessen Unterstützung beitragen: die Digitale Baugenehmigung sowie den VOIS-Vorgangsraum.
D-2		Governikus GmbH & Co. KG Ansprechpartnerin: Silke Heitmann Hochschulring 4 28359 Bremen Telefon: 0421 / 204 95-0 Telefax: 0421 / 204 95-11 E-Mail: kontakt@governikus.de Internet: www.governikus.de	Gemeinsam vom digitalen Wandel zum digitalen Vorsprung: Mit IT-Lösungen, die das Leben der Menschen sicherer und einfacher machen. Sichere Identitäten, vertrauliche und rechtssichere Kommunikation sowie der Umgang mit schützenswerten Daten zur Authentizitäts- und Integritätssicherung stehen hierbei im Vordergrund.
D-2	 Verwaltung macht Zukunft	MACH AG Wielandstr. 14 23558 Lübeck Telefon: 0451 / 706470 E-Mail: mailbox@mach.de Internet: www.mach.de	Für Kommunen und öffentliche Betriebe bietet MACH passgenaue Software für Finanz- und Prozessmanagement. Dazu zählen Online-Formulare, Antragsmanagement, Bau- und Betriebshof, Friedhofsmanagement, Denkmalpflege, Brandschau, Umweltschutz und Liegenschaften. Bundesweit nutzen über 4.000 kommunale Kunden Lösungen von MACH.
D-4	 Unternehmensgruppe	ITEBO GmbH Diellingerstraße 39/40 49074 Osnabrück Telefon: 0541 / 9631-0 Fax: 0541 / 9631-196 E-Mail: info@itebo.de Internet: www.itebo.de	Die Verwaltung übernimmt digitale Verantwortung für Prozesse, Daten und IT-Systeme. Wir stehen als strategischer Partner für die Digitalisierung der Verwaltung an Ihrer Seite – als Softwarehaus, Beratungshaus und mit unserem ISO 27001 zertifizierten Rechenzentrum inkl. durchgängig verfügbarer und redundant ausgelegter Infrastrukturen für den IT-Betrieb.
D-7		cit GmbH Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 73265 Dettingen/Teck Telefon: 070 21 / 95 08 58-0 Fax: 070 21 / 95 08 58-9 E-Mail: vertrieb@cit.de Internet: www.cit.de	Die cit GmbH ist mit cit intelliForm® führender Anbieter von E-Government-Lösungen speziell in den Bereichen Virtuelles Bauamt mit dem XBau-Standard, EfA-Dienste und OZG. Die modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.
D-3		NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 31582 Nienburg/Weser Telefon: 05021 / 88 77 555 Fax: 05021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	NOLIS Recruiting ist eine komfortable Bewerbungsmanagement-Lösung mit zahlreichen speziell auf die öffentliche Verwaltung abgestimmten Features. Mit Schnittstellen zu relevanten Stellenbörsen, CV-Parsing und einem individuellen Karriereportal wirken Sie dem Fachkräftemangel clever entgegen.
D-6		tts GmbH Schneidmühlstraße 19 69115 Heidelberg Telefon: 06221 / 89469-0 Fax: 06221 / 89469-79 E-Mail: info@tt-s.com Internet: www.tt-s.com	Seit 1998 unterstützt tts öffentliche Organisationen mit maßgeschneiderten Qualifizierungen bei der Realisierung ihrer Digitalisierungsziele. Zusätzlich bieten wir mit der tts performance suite eine Software, die Ihre Anwender:innen sowohl bei der Nutzung von IT-Fachverfahren als auch bei neuen Prozessen unterstützt.

E-Government

Personalwesen

IT-Dienstleistung

D-4		HADES Software GmbH Ansprechpartner: Herr Gerrit Anlauf Jacksonring 15 48429 Rheine Telefon: 05971 / 9871-0 E-Mail: info@hades-software.de Internet: www.hades-software.de	Die HADES Software GmbH ist marktführendes Unternehmen für Friedhofsverwaltungsverfahren und betreut mittlerweile mehr als 4.000 Anwenderinnen und Anwender in Friedhofsverwaltungen jeder Größe. Mit innovativen Lösungen werden stets neue Maßstäbe gesetzt und so die Digitalisierung moderner Verwaltungen effektiv unterstützt.	Friedhof
D-3		Barthauer Software GmbH Pillastraße 1a 38126 Braunschweig Telefon: 0531 / 23533-0 Fax: 0531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de	Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.	Spezial-Software
D-7		AIDA ORGA GmbH Otto-Lilienthal-Straße 36 71034 Böblingen Telefon: 07031 / 30460-0 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de	AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKF/NKHR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.	
D-8		G&W Software AG Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h 81671 München Telefon: 089 / 5 15 06-4 Fax: 089 / 5 15 06-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de	CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NFK: Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten, integriertes Bau- und Kostenmanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen. Arbeiten in der Cloud mit AVA4CLOUD.	
D-9		LogoData ERFURT GmbH Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 99084 Erfurt Telefon: 0361 / 5661222 Fax: 0361 / 5661223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de	Seit über 30 Jahren entwickelt LogoData® Softwarelösungen für verschiedene Abteilungen der Jugendämter und freien Träger. Unsere Arbeit umfasst u.a. Installationen, Implementierungen, Schulungen, Weiterentwicklungen und den Support unserer Produkte. Wir sind Ihr zuverlässiger Dienstleister im Bereich Software und Beratung.	
D-1		DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH Ansprechpartner: Lucas Spänhoff Unter den Linden 24 10117 Berlin Telefon: 030 / 374343-810 Fax: 030 / 374343-822 E-Mail: vergabestellen@dtvp.de Internet: www.dtvp.de	DTVP bietet eine umfassende E-Vergabe-Lösung für Vergabestellen und unterstützt diese bei der elektronischen Durchführung von Vergabeverfahren. Neben einem breiten Funktionsumfang und offenen Schnittstellen liegen die Besonderheiten des Portals u.a. in der intuitiven Benutzerführung, die ohne Einführungsprojekte verständlich ist.	E-Procurement
D-5		subreport Verlag Schawe GmbH Ansprechpartnerin: Joeline Koch Buchforststraße 1-15 51101 Köln Telefon: 0221 / 98578-60 Fax: 0221 / 98578-66 E-Mail: info@subreport.de Internet: www.subreport.de	Seit über 100 Jahren gestalten wir die Welt öffentlicher Ausschreibungen – mit Erfahrung, Innovation und persönlichem Service. subreport ELViS vereint eVergabe und Vergabemanagement: digital, webbasiert und rechtskonform. subreport CAMPUS vernetzt Auftraggeber und Unternehmen, fördert Austausch und macht die Lieferantensuche einfacher denn je.	
D-7		TEK-SERVICE AG Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 79541 Lörrach Telefon: 07621 / 914040 Fax: 07621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-SERVICE AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierende Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	
D-3		leanact GmbH Hagenmarkt 8 38100 Braunschweig Telefon: 0531 / 22436214 Fax: 0531 / 42878895 E-Mail: info@leanact.de Internet: www.leanact.de	Mehr Zeitersparnis bei der Bearbeitung von Bürgeranliegen! Unser Anliegenmanagement MeldooPLUS ermöglicht Kommunalverwaltungen die zeitschonende Bearbeitung von Bürgeranliegen. Über 95 Verwaltungen bundesweit nutzen bereits die Module Mängelmelder, allgemeine Anliegen und Bürgerbeteiligung für eine innovative Bürgerinteraktion.	E-Partizipation
D-6		wer denkt was GmbH Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 64293 Darmstadt Telefon: 06151 / 6291550 Fax: 06151 / 6291551 E-Mail: kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de	Bürgerbeteiligung von A bis Z, digital und vor Ort: Als Full-Service-Anbieter beraten und begleiten wir Kommunen und Landkreise bei Beteiligungsvorhaben und beim Anliegenmanagement. Unsere digitalen Lösungen sind bei über 130 Kommunen erfolgreich im Einsatz, u.a. in München, Heidelberg, Wuppertal, Friedrichshafen, Bad Homburg.	

D-3	 OPTIMAL SYSTEMS A KYOCERA GROUP COMPANY	OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, 30163 Hannover Telefon: 0511 / 123315-0 Fax: 0511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.
D-3	 CEYONIQ Technology A KYOCERA GROUP COMPANY	Ceyoniq Technology GmbH Ansprechpartner: Robert Wander Boulevard 9 33613 Bielefeld Telefon: 0521 / 9318-1000 Fax: 0521 / 9318-1111 E-Mail: info@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com	Die Ceyoniq Technology GmbH ist innovativer Partner der öffentlichen Verwaltung für intelligentes Informationsmanagement. Die flexible E-Akte-Lösung nscale eGov ist genau an die Anforderungen der digitalen Verwaltung angepasst. Sie gibt den Pulsschlag des abteilungsübergreifenden Informationsflusses vor und führt Länder und Kommunen ins digitale Zeitalter.
D-4	 smart Documents	SmartDocuments Deutschland GmbH Ansprechpartner: Sven Buick Erkrather Str. 401 40231 Düsseldorf Telefon: 0228/37728810 E-Mail: info@smartdocuments.de Internet: www.smartdocuments.de	Raus aus dem Vorlagendschunel! SmartDocuments ist eine Softwarelösung, welche die Erstellung von Dokumenten und Vorlagen automatisiert und somit Ihre zentrale Vorlagenverwaltung massiv erleichtert. SmartDocuments ist eine flexible und skalierbare Lösung, die sich an Ihre individuellen Anforderungen und IT-Architektur anpasst.
D-4	 MATERNA	Materna Information & Communications SE Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Robert-Schuman-Straße 20 44263 Dortmund Telefon: 0231 / 55 99-82 92 Fax: 0231 / 55 99-9 82 92 E-Mail: Andrea.Siwiek-Schmidt@materna.group Internet: www.materna.de	Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratungsangebote und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen und die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit. Darüber hinaus realisiert Materna innovative IT-Lösungen.
D-4	 d.velop	d.velop AG Schildarpstraße 6-8 48712 Gescher Telefon: 05931 / 93 98 - 0 E-Mail: info@d-velop.de Internet: www.d-velop.de/public-sector	d.velop als innovativer Lösungsanbieter im ECM-Umfeld ist unter anderem seit über 20 Jahren auf die Branchen der öffentlichen Verwaltung sowie Hochschulen und Universitäten spezialisiert. Die Software-Lösungen lassen sich an die jeweiligen Anforderungen anpassen oder in Fachanwendungen integrieren.
D-6	 Lorenz ORGA-SYSTEME	LORENZ Orga-Systeme GmbH Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 60489 Frankfurt am Main Telefon: 069 / 7 89 91- 900 Fax: 069 / 7 89 91- 110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de	Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung.
D-7	 regisafe GmbH	regisafe GmbH Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 71332 Waiblingen Telefon: 07151 / 96528-233 Fax: 07151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.
D-7	 QNG	GELAS GmbH Digitalisierungssysteme Anton-Schmidt-Straße 3, 71332 Waiblingen Telefon: 07151 / 9534-70 Fax: 07151 / 9534-1 E-Mail: info@gelas.de Internet: www.gelas.de	Questys und nunmehr die neue Produktgeneration Questys Next Generation – kurz QNG – ist heute eines der führend eingesetzten ECM-Systeme für das Dokumentenmanagement und die Archivierung in der öffentlichen Verwaltung in Baden-Württemberg. Im Rahmen der Cyber-Security-Strategie wird QNG heute mit WORM-Technologie eingesetzt.
D-9	 PDV GmbH	PDV GmbH Haarbergstraße 73 99097 Erfurt Telefon: 0361 / 4407-100 Fax: 0361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt	Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.
D-4	 bpc best practice consulting	best practice consulting AG Ansprechpartner: Herr Pascal Gasch Am Mittelhafen 16, 48155 Münster Telefon: 0163 / 6360760 Fax: 0251 / 287798-1 E-Mail: Pascal.Gasch@bpc.ag Internet: www.bpc.ag	Über 20 Jahre Erfahrung in der IT-Beratung von Kommunen und unsere SAP S/4HANA Expertise sind die Basis unseres bpc S/4-Masters für Kommunen: Mit digitaler Haushaltsplanung, Drucklösung, mobilem Reporting und Fiori-basierter Prozessdigitalisierung begleiten wir Kommunen auf ihrem Weg zur intelligenten Verwaltung.

D-3		NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 31582 Nienburg/Weser Telefon: 050 21 / 88 77 555 Fax: 050 21 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.	CMS Portale
D-2		xSuite Group GmbH Ansprechpartner: Daniel Petersen Hamburger Straße 12 22926 Ahrensburg Telefon: 0173 / 7208949 E-Mail: info@xsuite.com Internet: www.xsuite.com	Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für öffentliche Auftraggeber eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM und PSCD sowie der Kommunalmas-ter Finanzen. Es können alle Rechnungsformate wie Papier, PDF, XRechnung, ZUGFeRD, etc. verarbeitet werden.	Finanzwesen
D-4		ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 42551 Velbert Telefon: 02051 / 944-0 Fax: 02051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	VOIS FIWE ist das exklusiv von ab-data für die marktführende IT-Plattform VOIS entwickelte Finanzwesen. Dessen HKR-/Doppik- und Steuerverfahren machen bestehende VOIS-Bürgerservices wie MESO und GESO zum fachamtsübergreifenden Baukastensystem: digital, integriert, skalierbar, standardisiert, medienbruchfrei und maximal wirtschaftlich.	
D-7		SEITENBAU GmbH Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 78467 Konstanz Telefon: 075 31 / 3 65 98-00 Fax: 075 31 / 3 65 98-11 E-Mail: info@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com	SEITENBAU bietet Beratung, Konzeption und Entwicklung hochwertiger Individualsoftware im öffentlichen und privaten Sektor mit den Schwerpunkten OZG-Umsetzung, Register-modernisierung, Serviceplattformen und Social Intranet. Gemeinsam mit unseren Kunden bauen wir die digitale Verwaltung in Deutschland.	OZG-Lösungen
D-4		GIS Consult GmbH Schultenbusch 3 45721 Haltern am See Telefon: 02364 / 9218-11 Fax: 02364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de	GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.	Geodaten-Management
D-4		con terra GmbH Martin-Luther-King-Weg 20 48155 Münster Telefon: 0251 / 59689 300 Fax: 0251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de	Mit GeoIT von con terra in die digitale Zukunft: Von anwen-dungszentrierten Apps über Informationsportale bis zum digi-talen Zwilling. Unsere Stärke: maßgeschneiderte, wirtschaftliche und voll integrierte Lösungen, die Ihre Anforderungen erfüllen. Unser ganzheitlicher Full-Service-Ansatz garantiert nachhaltige GeoIT-Lösungen.	
D-1		DNS:NET Internet Service GmbH Zimmerstraße 23 10969 Berlin Telefon: 030 / 66765-0 Fax: 030 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de	DNS:NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasferringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftssicher mit Glasfaser erschlossen. Kontakt für Anfragen von Kommunen: glasfaserausbau@dns-net.de	Breitband
D-2		Lünecom Kommunikationslösungen GmbH Wulf-Werum-Straße 3 21337 Lüneburg Telefon: 04131 / 78964-0 Fax: 04131 / 78964-125 E-Mail: info@lunecom.de Internet: www.lunecom.de	Glasfaser für Norddeutschland und Niedersachsen: „Unser Netz ist das, was Du daraus machst!“ dafür steht die lünecom. Als starke regionale Marke, Netzbetreiber und Servicepro-vider versorgt lünecom Kunden, Unternehmen, Wohnungs-wirtschaft und Kommunen mit individuellen Lösungen und Gigabitinternet aus einer Hand.	
D-3		sewikom GmbH Unter der Schirmeke 3 37688 Beverungen Telefon: 05273 / 3676-400 Fax: 05273 / 3676-330 E-Mail: info@sewikom.de Internet: www.sewikom.de	Die sewikom mit Sitz in NRW ist seit 1995 verlässlicher Partner für die Kommunen und ländliche Regionen. sewikom sorgt für einen flächendeckenden Ausbau des Glasfaser-Netzes, den Betrieb der Glasfaser-Netze und liefert schnellste Datenraten für Privathaushalte, Wohnungswirtschaft und Wirtschafts-unternehmen. Vom Ausbau bis zum Anschluss aus einer Hand.	IT-Infrastruktur
D-1		Smart Village Solutions SVS GmbH Ansprechpartner: Herr Philipp Wilimzig Klein Glien 25 14806 Bad Belzig Telefon: 033841 / 63969-0 E-Mail: anfrage@smart-village.app Internet: https://smart-village.app	Per Pushnachricht mit Bürger:innen kommunizieren: Unser ausgezeichnete Open-Source-App-Baukasten „Smart Village App“ unterstützt Kommunen und Landkreise bei der Entwick-lung und dem Betrieb eigener Apps. Mit über 35 funktionalen Modulen und vielen Schnittstellen ermöglichen wir eine schnelle Erstellung individueller Apps.	Apps

D-9		NCP engineering GmbH Ansprechpartner: Bernd Nüßlein Dombühler Straße 2 90449 Nürnberg Telefon: 0911 / 9968-0 Fax: 0911 / 9968-299 E-Mail: info@ncp-e.com Internet: www.ncp-e.com	NCP ist ein weltweit führender Softwarehersteller für VPN-Lösungen, die sich in moderne Konzepte flexibel integrieren lassen und diese perfekt ergänzen. Kunden aus allen Branchen setzen auf die Lösungen „Made in Germany“. Zum Portfolio gehören auch vom BSI zugelassene Lösungen für mobiles Arbeiten nach der Geheimhaltungsstufe „VS-NfD“.	IT-Security
D-9		beyond SSL GmbH Ansprechpartner: Siegfried Plommer Braunslingenweg 19 90619 Trautskirchen Telefon: 0911 / 495 229 35 E-Mail: info@beyondssl.com Internet: www.beyondssl.com	Hochsicherer Fernzugriff für kritische Infrastrukturen (KRITIS) und mobiles Arbeiten sowie die sichere Verwaltung von sensiblen Daten lassen sich mit Lösungen von beyond SSL effizient und kostengünstig umsetzen. Ohne den Einsatz komplexer VPN-Strukturen und natürlich vollständig DSGVO-konform. Ihre Daten – Ihre Regeln!	IT-Security
D-6		Matrix42 GmbH Ansprechpartner: Sebastian Werner Elbinger Straße 7 60487 Frankfurt am Main Telefon: 069 / 6677-3838-0 Fax: 069 / 6677-8865-7 E-Mail: publicsector@matrix42.com Internet: www.matrix42.com	Mit Matrix42 digitalisiert der öffentliche Sektor seine IT- und Serviceprozesse effizient, sicher und zukunftsfähig – mit modernem IT-Service-Management, Software Asset Management sowie Unified Endpoint Management. Als European Choice verbindet Matrix42 höchste Datenschutzstandards mit Innovation und bietet exzellenten Service direkt aus Deutschland.	ITSM
D-3		STERNBERG Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmannstraße 1 33729 Bielefeld Telefon: 0521 / 97700 0 Fax: 0521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net	STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.	RIS
D-3		H+H Software GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, 37073 Göttingen Telefon: 0551 / 52208-0 Fax: 0551 / 52208-25 E-Mail: info@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de	Die H+H Software GmbH bietet Schulträgern und Schulen individuelle Softwarelösungen und IT-Dienstleistungen für die Schuldigitalisierung an. Mit NetMan for Schools erhalten Schulen eine IT-Gesamtlösung für Infrastruktur, Unterrichtsgestaltung und Organisation. NetMan ist für den Einsatz im pädagogischen Schulnetz sowie im Schulverwaltungsnetz geeignet.	Schul-IT
D-7		S-Management Services GmbH Ansprechpartner: Peter Höcherl Am Wallgraben 115 70565 Stuttgart Telefon: 0711 / 782-0 E-Mail: peter.hoecherl@s-management-services.de Internet: www.s-management-services.de	Die S-Management Services GmbH (S-MS) ist ein Unternehmen aus der DSV-Gruppe und Partner für Business-Lösungen des öffentlichen Sektors. Sie unterstützt Verwaltungen mit modernen E-Government-Lösungen und bietet bürgerorientierte Prozesse von Online-Terminvergabe über Besucherstrom-Management bis zu digitalen Antragsverfahren.	E-Formulare
D-7		Deutscher Gemeindeverlag GmbH Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart Telefon: 0711 / 78 63-73 55 Fax: 0711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgv@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de	Mit KoFos und WebAmt unterstützen wir Verwaltungen, den digitalen Wandel zu vollziehen. KoFoS ist ein Formularmanagementsystem, das eGovernment auf Basis unserer Formulare und Signaturen bietet. Über WebAmt können den Kommunen und Unternehmen Formulare und Assistenten als ASP-Anbieter zur Verfügung gestellt werden.	E-Formulare
D-2		digitalSIGNAGE.de GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Kfm. Björn Christiansen Ottenser Hauptstraße 2-6 22765 Hamburg Telefon: 0800 / 72400-98 Telefon: 040 / 180 2410 80 E-Mail: vertrieb@digitalsignage.de Internet: www.digitalsignage.de	Die digitalSIGNAGE.de GmbH bietet Digital Signage Komplettlösungen für Behörden, Institutionen & Unternehmen: Digitale Schwarze Bretter, Infostelen, Leitsysteme, Besucheraufsysteme, E-Paper-Türbeschilderung, Raumbuchungsdisplays – inkl. 3 Jahre Cloud CMS Software, Support & Garantie, ISO-zertifiziert und DSGVO-konform.	Digital Signage
D-0		brainocons GmbH Ansprechpartner: Ronny Kirchner Leipziger Straße 110 04425 Taucha bei Leipzig Telefon: 0173 / 8 65 15 69 E-Mail: rki@brainocons.de Internet: www.brainocons.de	brainocons bietet eine cloudbasierte KI-Middleware für Kommunen. Unsere Lösung vernetzt bestehende Systeme – wie Webanwendungen, Fachverfahren und DMS – mit modernen KI-Modellen. Dabei unterstützen wir wichtige IT-Standards und betreiben die KI-Modelle DSGVO-Konform und gemäß AI Act der EU in einem RZ in Deutschland.	KI

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. 0711.937740-10.

D-0		Lecos GmbH Ansprechpartner: Peter Kühne Prager Straße 8 04103 Leipzig Telefon: 0341 / 2538-0 Fax: 0341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.
D-0		GISA GmbH Leipziger Chaussee 191 a 06112 Halle (Saale) Telefon: 0345 / 585-0 Fax: 0345 / 585-2177 E-Mail: kontakt@gisa.de Internet: www.gisa.de	Als Cloud Service-Provider und -Integrator oder mit der souveränen Cloud bietet GISA umfassende IT-Lösungen für den öffentlichen Sektor: Ob Finanz- und Haushaltsmanagement mit S/4 HANA, IT-Security, Open Source-Lösungen wie die Smart City Plattform oder KI-Themen - wir unterstützen Sie dabei, Ihre Digitalisierung zu meistern!
D-1		Telecomputer GmbH Wilhelm-Kabus-Straße 9 10829 Berlin Telefon: 030 / 1210012-0 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: https://telecomputer.de	Telecomputer ist Ihr Komplett-Dienstleister für Software und IT-Projekte im Kfz-Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen und einer der Marktführer in diesem Bereich. Wir bieten flexible, zuverlässige IT-Lösungen und OZG-konforme Online-Dienste mit einem hohen Grad an Integration und Interoperabilität – für eine moderne, schnelle und zukunftssichere Sachbearbeitung.
D-2		CC e-gov GmbH Gutenstraße 10 20097 Hamburg Telefon: 040 / 22 71 99-0 Fax: 040 / 22 71 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de	Die CC e-gov GmbH entwickelt digitale Lösungen für die öffentliche Verwaltung. Zu den Produkten zählen ALLRIS, ein Ratsinformationssystem, und CC ECM für Dokumentenmanagement. In ALLRIS unterstützt eine KI-gestützte Protokollierung die Arbeit in der Gremienverwaltung.
D-2		Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, 26121 Oldenburg Telefon: 0441 / 9714-0 Fax: 0441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 50 Jahren!
D-3		GovConnect GmbH Jathostraße 11b, 30163 Hannover Geschäftsstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, 26123 Oldenburg Telefon: 0441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Hund & Halter sowie OZG-konforme Online-Dienste.
D-3		ekom21 – KGRZ Hessen Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 35398 Gießen Telefon: 06 41 / 98 30-12 20 Fax: 06 41 / 98 30-20 20 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.
D-3		KID Magdeburg GmbH Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 39104 Magdeburg Telefon: 0391 / 2 44 64-0 Fax: 0391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de	Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector.
D-4		PROSOZ Herten GmbH Ewaldstr. 261 45699 Herten Telefon: 023 66 / 188-0 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	Prosoz hat sich in den zurückliegenden 35 Jahren vom Softwarehersteller für Kommunen zum Komplettlösungsanbieter in den Bereichen Soziales, Jugend sowie Bauen und Umwelt entwickelt. Mit Software- und Beratungsdienstleistungen sowie BI-Lösungen begleitet Prosoz Kommunen auf dem Weg der digitalen Transformation.
D-4		JCC Software GmbH Mendelstraße 11 48149 Münster Telefon: 0251 / 980-1470 E-Mail: info@jccsoftware.de Internet: www.jccsoftware.de	Weniger warten, mehr erledigen! JCC Software hilft Ihnen dabei Ihre Verwaltungsprozesse zu digitalisieren: Von der Terminvergabe über die Personalplanung bis zur Besuchersteuerung und Zahlungsverarbeitung. Seit über 30 Jahren entwickeln wir unsere Software mit Kommunen für Kommunen. Jetzt kostenlose Vorführung vereinbaren: hallo.jccsoftware.de/k21-demo

Komplettlösungen

Anzeige

D-5		SYNQONY GmbH Ansprechpartner: Michael Mittwollen Klosgartenstraße 31 50374 Erftstadt Telefon: 022 35 / 46 55 600 E-Mail: info@synqony.com Internet: synqony.com	SYNQONY – Digitale Lösungen für die Kreislaufwirtschaft und öffentliche Verwaltung. Unsere Software unterstützt u.a. Städte, Gemeinden und Kommunen bei der effizienten Steuerung von kommunaler Entsorgung und Vorgangsbearbeitung im Umweltamt. Durch digitale Prozesse wird Ihr Abfall- und Umweltmanagement nachweislich besser.
D-5		komvor by SYNQONY Ansprechpartner: Michael Mittwollen Klosgartenstraße 31 50374 Erftstadt Telefon: 0491 / 92 56 788 E-Mail: komvor@synqony.com Internet: synqony.com/loesungen/#komvor	Ihr gesamtes Umweltamt in einer Software: komvor unterstützt Ihre Mitarbeitenden mit tiefgreifenden Fachanwendungen – von Wasserrecht bis Bodenschutz, automatisierter Vorgangsbearbeitung und klaren Workflows. Weniger Fehler, mehr Tempo, keine Medienbrüche. Teil der SYNQONY Group. Fachlösungen für das Abfall- und Umweltmanagement.
D-5		Nagarro Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf Campusplatz 2 51379 Leverkusen Telefon: 0611 / 71 89 200 E-Mail: PublicSector.NES@nagarro.com Internet: www.nagarro.com/de/services/erp/sap/german-public-sector	Suite4Public: ganzheitliches kommunales Finanzwesen auf Basis von SAP. Fachverfahren für die Veranlagung von Steuern und Abgaben und Vollstreckung (Suite4KA) sowie template-basierte SAP-Implementierungen (Suite4Doppik auf Basis SAP PSCD, Haushaltsplanung mit SAC und Haushaltsplandruck).
D-5		regio IT GmbH Lombardenstraße 24 52070 Aachen Telefon: 0241 / 41 359-0 E-Mail: vertrieb@regioit.de Internet: www.regioit.de	Digitaler Wandel: Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen bietet die regio IT GmbH öffentlichen Auftraggebern wie Kommunen, Schulen, Energieversorgern und Entsorgern ein umfangreiches Produkt- und Serviceportfolio – qualitätsgesichert und dreifach nach international gültigen Standards zertifiziert.
D-5		EDV Ermtraud GmbH Ansprechpartner: Tobias Krumnow Arienheller Str. 10 56598 Rheinbrohl Telefon: 02635 / 9224-0 Fax: 02635 / 9224-29 E-Mail: vertrieb@edv-ermtraud.de Internet: www.edv-ermtraud.de	KASSENVERFAHREN TopCash: zentral/dezentral, Maus & Touch, Gebühren, Leistungen + Artikel, TSE, DSFinV-K, DGVV I 15-005, EC-Terminals, PayPal. GEWERBE-Fachverfahren geve f. Städte&Kreise, Cloud/SaaS. Gewerbeanzeige online > Register > Auskunft. Erlaubniswesen, ProstSchG.
D-5		Kommunix GmbH Ansprechpartner: Joseph Buntin Friedrich-Ebert-Straße 74 59425 Unna Telefon: 023 03 / 25 47 00 Fax: 023 03 / 4 00 49 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-8		AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern Hansastraße 12-16 80686 München Telefon: 089 / 59 03-0 Fax: 089 / 59 03-18 45 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
D-8		Ayunis / Locaboo GmbH Ansprechpartner: Tim McNeill Balanstr. 73 / Haus 21A 81541 München Telefon: 089 / 21 54 70 960 E-Mail: sales@ayunis.com Internet: www.ayunis.com	Ayunis entwickelt moderne Lösungen für die öffentliche Verwaltung. Unser Ziel: praxiserprobtes Verwaltungswissen mit starker Technologie zu verbinden – um die öffentliche Hand im digitalen Wandel zu unterstützen und den Arbeitsalltag spürbar zu erleichtern. Einfach. Sicher. Zukunftsfähig.
D-8		Axians Infoma GmbH Ansprechpartnerin: Hanne Kathrin Müller Hörvelsinger Weg 21 89081 Ulm Telefon: 0731 / 1551-637 Fax: 0731 / 1551-555 E-Mail: hanne-kathrin.mueller@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Seit mehr als 35 Jahren ist Axians Infoma führender Partner von Kommunen und deren Betriebe, Rechenzentren und kirchlichen Institutionen. Die webbasierte Lösung Infoma für Finanzwesen, Liegenschafts- und Gebäudemanagement, Kommunale Betriebe ermöglicht durchgängig digitale Prozesse – auf dem Kunden-server, im RZ gehostet oder in der Cloud.
D-9		DATEV eG Ansprechpartner: Alexander Mathiowetz Paumgartnerstraße 6-14 90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0 11 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: www.datev.de/public-sector	Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

Vorschau

Die nächste Ausgabe (11/2025) erscheint am 30.10.2025

vegetox.com/stock.adobe.com



Für offene Daten begeistern

Was Menschen motiviert, das Open-Data-Angebot von Kommunen zu nutzen, hat ein Forschungsteam an der TU Dresden untersucht. Die Nutzerumfrage soll Hinweise darauf geben, wie sich die Wertschöpfung des Dresdner Open-Data-Portals optimieren lässt.

ai tekno concept/stock.adobe.com



Selbstbestimmt gestalten

Digitale Souveränität entscheidet darüber, ob Kommunen künftig handlungsfähig bleiben – politisch, wirtschaftlich und technisch. Doch was bedeutet digitale Souveränität konkret und wie lässt sie sich in einer komplexen urbanen Verwaltung umsetzen?

Aleksey/stock.adobe.com



IT-Schwerpunkte im November

Um Lessons Learned aus dem Projekt KONSENS zur bundeseinheitlichen Modernisierung der Steuerverwaltung, Lösungen für das Formularmanagement und Fachverfahren für das Friedhofswesen geht es in der Rubrik Informationstechnik.

STMD



Staat wieder cool machen

Im Länderspezial Bayern berichtet Digitalminister Fabian Mehring, wie es dem Freistaat gelungen ist, zum Meister der Verwaltungsdigitalisierung zu werden und warum er KI als zentrale Zukunftstechnologie einer modernen Verwaltung sieht.

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

Advantic	5	Governikus	25	NOLIS	2
AKDB	23	Heyder + Partner	Beilage	rku.it	19
Axians Infoma	37	HINTE	59	SAP	7
brain-SCC	27	ITEBO	33	SYNQONY	29
cit	3	Kommunix	47, 49	tts	45
ekom21	9	LITTLE BIRD	13	Wolters Kluwer	60
GovConnect	19	MR Datentechnik	21	Branchenindex IT-Guide	51 - 57

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media GmbH
Friedrichstraße 13
70174 Stuttgart
Telefon: 0711 / 937 740-10
E-Mail: info@k21media.de
Internet: www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff
Friedrichstraße 13
70174 Stuttgart
E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Weidemann
(stellv. Chefredakteurin)
Verena Barth
Alexandra Braun
Dr. Thomas Nolte
Dr. Helmut Merschmann
(Autor)
Sibylle Mühlke
(Freie Mitarbeiterin)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Sara Ott
Friedrichstraße 13
70174 Stuttgart
Telefon: 0711 / 937 740-11
E-Mail: 0160 / 6960381
marketing@k21media.de

Seit dem 1.1.2025 gilt die Preisliste Nr. 25 der Media Information 2025.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901
Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: 0711 / 937 740-10

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,
BLZ 641 500 20
Kontonr. 155 010

Layout: tebitron gmbh, Gerlingen

Titelbild, Seite 4: Enrique/stock.adobe.com

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchterstraße 14
72770 Reutlingen

Hinweise:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommenen und veröffentlichten Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

© Copyright 2025 K21 media GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

INTERGEO®

2025
OCT. 7-9
FRANKFURT

INSPIRATION
FOR A SMARTER
WORLD

WWW.INTERGEO.DE



GET YOUR
TICKET NOW!

VOUCHER CODE: IG25-KOMMUNE21

EXPO
CONFERENCE STAGE
NETWORKING



Host: DVW e.V.
Conference organiser: DVW GmbH
Expo organiser: HINTE Expo & Conference GmbH



AUTODESK



esri



HEXAGON



Trimble

SPONSORS:



Perfekt vorbereitet für die Kommunalwahl 2026 in Bayern

Mit praxisnaher Fachliteratur und Online-Seminaren für eine erfolgreiche Wahlvorbereitung, -durchführung und -nachbereitung

Die Online-Seminare für Wahlämter zu den Kommunalwahlen Bayern 2026

Online-Seminare: **Kommunalwahl in Bayern 2026** mit drei Teilen und Terminen zu den Kernthemen der Wahl – als Kombination zum Sonderpreis buchbar

Online-Seminare: **Konstituierende Sitzung des Gemeinde- bzw. Stadtrats 2026**



Wählen Sie **Wahlrecht** aus und melden sich jetzt an:

akademie.wolterskluwer.de →

Modul Carl Link Kommunalrecht Bayern Flat

Das Gesamtpaket für die bayerische Kommunalverwaltung

Mit dem Modul Carl Link **Kommunalrecht Bayern Flat** erhalten Sie über 55 aktuelle und praxisrelevante Standardwerke als Gesamtpaket für die bayerische Kommunalverwaltung. Hochwertige Rechtsinformationen in Form von Kommentaren, Handbüchern und Zeitschriften zu relevanten Themengebieten wie Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Finanzen und Haushalt.



Auch im Handel erhältlich

Alle Inhalte jetzt anschauen:

Beachten Sie auch die folgende Beilage.

Wir interessieren uns für folgende Dienstleistungen:

- ☐ Smart City / Smart Village
- ☐ Datenschutzrechtliche Schulung
- ☐ Wir haben Interesse an weiteren Dienstleistungen:

- ☐ Bitte rufen Sie uns an
- ☐ Senden Sie uns weiteres Informationsmaterial

HEYDER + PARTNER
GESELLSCHAFT FÜR KOMMUNALBERATUNG MBH

RÜCKFAX an
07071 9795-55



KONTAKTFORMULAR

Individuelle Lösungen in den Bereichen kommunales Finanzwesen, Organisationsentwicklung, IT und digitale Services

Organisation

Ansprechpartner

Straße / Postfach

PLZ / Ort

Telefon

Fax

E-Mail

HEYDER + PARTNER

GESELLSCHAFT FÜR KOMMUNALBERATUNG MBH

Herr Dr. Wolfgang Heyder
Konrad-Adenauer-Straße 11
72072 Tübingen

Telefon: +49 7071 9795-0
Fax: +49 7071 9795-55
E-Mail: w.heyder@heyder-partner.de
Internet: www.heyder-partner.de



Ihr kompetenter Partner in kommunalen Fragen

+ DIGITALISIERUNG

+ DATENSCHUTZ

+ IT

HEYDER + PARTNER
GESELLSCHAFT FÜR KOMMUNALBERATUNG MBH



- Erstellung eines Smart-City-Konzepts
- Digitalisierung der versiegelten Flächen für die gesplittete Abwassergebühr
- Digitalisierung und Bewertung von Straßenflächen / Straßenkataster
- Open GIS
- Erfassung und Berechnung des Straßenentwässerungsanteils (Zwei- und Dreikanalmodell)
- Erfassung aller Baulücken / Baulückenkataster

- Untersuchung IT-Abteilung
- Schwachstellenanalyse
- Erstellung, Überprüfung Organisationskonzept
- Personalbedarfsermittlung mit Analyse der Arbeitsprozesse und Kennzahlenberechnung
- Konzeptionierung Benutzerservice/Helpdesk nach ITIL-Kriterien
- Analyse im Technikbereich: Hard- und Softwareausstattung
- E-Government
- Green-IT



- Umsetzungskonzepte
- Schulung und Sensibilisierungen von Mitarbeitenden
- Stellung Datenschutzbeauftragte/r
- Erstellung von TOMs und Verzeichnissen von Verarbeitungstätigkeiten

DIGITALISIERUNG

IT

DATENSCHUTZ & DATENSICHERHEIT

- Bauleitpläne: Digitalisierung und Georeferenzierung von Plänen ggf. auch im INSPIRE-konformen Format XPlanung.
- Erfassung von Fotovoltaikanlagen, Digitalisierung der Grünflächen, Bäume usw. / Grünflächen- oder Baumkataster
- Digitalisierung von Belegungsplänen / Friedhofskataster
- Darstellung des Wärmebedarfs kommunaler Liegenschaften
- Einscannen und Georeferenzieren aller Arten von Plänen.

- Eingruppierungsüberprüfung
- Mitarbeiterschulung, Beschwerdemanagement, Kundenservice
- Beratung

- Überprüfung der Websites (DSGVO-konform)
- Sicherheitsanalyse (Zugang, Backups etc.)
- Beratung mit großer Themenbreite
- Dienstanweisungen
- Schwachstellenanalysen (SWOT)
- Balance-Scorecard
- Digitales Rathaus

